Die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes unter Einwirkung des Krieges und der Nachkriegszeit

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

genehmigt von der philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Hugo Jesinghaus
aus Nächstebreck (Westfalen)

Tag der Promotion: 3. März 1926

93

Referenten: Prof. Dr. Sering
Prof. Dr. Bernhard

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Gebrüder Hoffmann, Charlottenburg, Schillerstraße 44

Meinen Eltern

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544323_0025

Vorwort.

Die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nahm in den letzten Jahren vor dem Kriege in der deutschen Landwirtschaft eine besondere Stellung ein. Die Industrie konnte sich nur auf Kosten der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausdehnen und diese wurde immer teurer. Daneben rief die Industrie mit ihrer dichten Bevölkerung eine Umstellung in der landwirtschaftlichen Betriebsführung in Bezug auf ihre Produktionsrichtung hervor. Die landwirtschaftlichen Betriebe stellten sich immer mehr darauf ein, nur wenige Arten von Produkten zu erzeugen, die sie aber dafür in möglichst großen Mengen herstellten. Die dazu gehörigen Rohstoffe bezogen sie in großem Ausmaß vom Markte, sie gingen also zur umfangreichen Spezialkultur über. Allein diese Entwicklung wurde durch die Ausdehnung des Verkehrnetzes insofern sehr gehemmt, als auch andere Gegenden zur Versorgung der Industriebevölkerung mit hochwertigen Produkten, wie Milch und Gemüse, herangezogen werden konnten. Dadurch verschwanden die Monopolpreise dieser Produkte für die Landwirte des Industriegebietes mehr und mehr, und der hohe Bodenpreis konnte bei landwirtschaftlicher Nutzung kaum noch verzinst werden. Dies führte zur allmählichen Auflösung der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt.

Der Krieg wirkte dadurch, daß die bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe sehr stark vom Markte abhängig waren, viel stärker auf die Landwirtschaft des Industriegebietes ein als auf die Landwirtschaft des übrigen Deutschlands, und daneben hatte die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes viel mehr als die übrige Landwirtschaft unter dem Druck der städtischen Bevölkerung zu leiden. Die Aufgabe dieser Arbeit wird darin bestehen, die Veränderungen, die der Krieg in der Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hervorrief, zu untersuchen. Es wird dabei nötig sein, oft über den Rahmen des Industriegebietes hinauszugehen und die allgemeinen Wirkungen des Krieges auf die deutsche Landwirtschaft mit zu berücksichtigen. So sehr in den Vorkriegsverhältnissen die Landwirtschaft des Industriegebietes unter besonderen Bedingungen arbeitete, um so weniger ist dies während des Krieges der

Fall gewesen. Die wirtschaftlichen Nöte, die der Krieg hervorrie wirkten auf das gesamte deutsche Staatsgebiet ein. Ein prin zipieller Unterschied in der Auswirkung dieser wirtschaftliche Umstellung auf die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen In dustriegebietes und des übrigen Deutschlands besteht nicht, es is nur ein gradueller Unterschied vorhanden, und wir haben uns be müht, diese besonderen Verhältnisse herauszuarbeiten.

Es ist im Rahmen der Arbeit nicht möglich, alle Veränderun gen, die der Krieg in der Landwirtschaft des rheinisch-westfäli schen Industriegebietes hervorrief, zu untersuchen. Wir beschrän ken uns deswegen darauf, festzustellen, wie sich die Betriebs form und die Produktionsrichtung der landwirtschaftlichen Betrie be während des Krieges und der Inflation gestaltet haben. In de Natur der Untersuchung liegt es, daß wir uns bei ihrer Durch führung in der Hauptsache auf die Berichte von Fachleuten stützen mußten. Gedrucktes Material konnte außer den statisti schen Quellenwerken kaum benutzt werden. Für die Beschaf fung des Materials sind wir den Herren Dr. Golte und Dr Thedick vom Rheinischen bezw. Westfälischen Bauernverein der Kreise im Industriegebiet, Herrn Dr. Kotting vom Westfä lischen Landbund und Herrn Dr. Steinecke, Geschäftsführe der Vereinigten Milchversorgungen G. m b H., Essen, zu besonde rem Dank verpflichtet.

Inhalt

Seite

A. Die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vor dem Kriege.

I. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet
1. Name und Abgrenzung 1
2. Die natürlichen Verhältnisse 2
3. Die wirtschaftlichen Grundlagen 3

II. Die Landwirtschaft im rhein.-westf. Industriegebiet
1. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche 4
2. Die in der Landwirtschaft tätigen Personen 5
3. Die Bodenpreise und ihre Bedeutung für die Landwirtschaft 6
4. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe 7
5. Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe 12
6. Die landwirtschaftliche Entwicklungstendenz 13

B. Die Landwirtschaft des rhein.-westfäl. Industriegebietes unter Einwirkung des Krieges und der Nachkriegszeit

I. Der Krieg und die Landwirtschaft des rhein.-westf. Industriegebietes.
1. Allgemeiner Ueberblick 14
2. Wirkung des Ausfalls von Arbeitskräften 15
3. Die direkten Wirkungen der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Umwälzungen (Zwangswirtschaft) und ihre Folgen 19
a) Die Milchwirtschaften 19
b) Die Ackerwirtschaften 21
4. Die indirekten Einwirkungen des Krieges 46
5. Die Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebsführung und der Produktionsrichtung 49
6. Das landwirtschaftliche Nebengewerbe 52

Seite

II. Die Nachkriegszeit und die Landwirtschaft des rhein.-westf. Industriegebietes

1. Die neue Staatsform und die Landwirtschaft des Industriegebietes 54
2. Die Siedlungsgesetze und die Landwirtschaft des Industriegebietes 55
3. Die wirtschaftlichen Einwirkungen auf die Landwirtschaft des Industriegebietes 60
4. Die landwirtschaftlichen Betriebe in der Nachkriegszeit 60
5. Der Ruhreinbruch und die Landwirtschaft des Industriegebietes 68
6. Zusammenfassung 69
7. Das Jahr der Stabilisierung 70

C. Schlußbetrachtungen 73

Die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vor dem Kriege.

I. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet.

1. Name und Abgrenzung.

Rheinisch-westfälisches Industriegebiet nennen wir den Distrikt, der sich zwischen Ruhr, Rhein und Lippe erstreckt, und infolge seiner starken Industrialisierung seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts einen Aufschwung zu verzeichnen hat, wie er im alten Europa nicht für möglich gehalten wurde. Dies gewaltige Aufblühen hat das Gebiet vor allem den in seinem Schoße in gewaltigen Mengen vorkommenden Kohlenablagerungen zu verdanken, die in Schiefer und Sandstein eingebettet sind und in einer Reihe von Mulden und Sätteln von West-Südwest nach Nord-Nordosten streichen. Im Süden an beiden Seiten der Ruhr tritt das Steinkohlengebirge zu Tage, nach Nordosten verschwindet es mehr und mehr unter den Kreideschichten der Münsterschen Bucht, die nördlich der Lippe eine Mächtigkeit von 1000 m erreichen. Der Kohlenbergbau hat sich der Streichrichtung der Kohlenflöze nach ausgedehnt[1]. Im Ruhrtale wird die Kohle schon seit langem gehoben, während die nördlichen Schichten nur soweit ausgebeutet werden, wie es gelingt, die Kreide zu durchbrechen. In dem südlichen und mittleren Teile unseres Bezirkes hat der Kohlenbergbau die Grenze seiner Ausdehnung bereits erreicht. Hier werden kaum noch neue Zechen errichtet, dagegen siedelt sich hier immer mehr die Schwerindustrie an. Anders ist es im nördlichen Teil. Dort erobern die Kohlenzechen immer noch Bezirke rein ländlichen Charakters, um sie allmählich zu Industriezentren zu gestalten.[2]

---

1. Hundt, Die Steinkohlenformation des Ruhrkohlenbeckens (Festschrift zum 8. Allg. deutschen Bergmannstage, Seite 1 ff.)

2. Dr. Strehlow, Die Boden- und Wohnungsfrage des rhein.-westf. Industriegebietes, Seite 5 ff.

Während man im allgemeinen auch dieses Gebiet zum Industriegebiet rechnet, wollen wir für unsere Untersuchung nur den Teil ins Auge fassen, der ein festes Entwicklungsstadium erreicht hat und in dem die Industrie zur Herrscherin geworden ist. Es kommt somit für uns der Distrikt in Betracht, der sich in der Hauptsache zwischen Rhein, Ruhr und Emscher erstreckt und politisch in die westfälischen Kreise:

Dortmund Stadt	Hörde Stadt
Dortmund Land	Hörde Land
Bochum Stadt	Witten Stadt
Bochum Land	Herne Stadt
Gelsenkirchen Stadt	Gelsenkirchen Land

und in die rheinischen Kreise:

Duisburg Stadt	Oberhausen Stadt
Mühlheim Stadt	Hamborn Stadt
Dinslaken	Essen Stadt
Essen Land	

zerfällt und eine Fläche von 1330 qkm[3] umfaßt.

2. Die natürlichen Verhältnisse.[4]

Geographisch rechnet man diesen Bezirk zur Münsterschen Bucht, die sich als Teil der Norddeutschen Tiefebene nördlich des Sauerlandes erstreckt. Der westliche Teil unseres Untersuchungsgebietes ist bis auf einige flache Höhenzüge, die ihn von Westen nach Osten durchziehen, ganz eben. Sein östlicher Teil flacht sich von den Höhen des Haarstranges und des Ardäygebirges, zweier nördlicher Randgebirge des Sauerlandes, nach Norden zu ganz allmählich ab, um südlich der Lippe endgültig in die Norddeutsche Tiefebene überzugehen.

Die Oberfläche besteht zum größten Teil aus dem Diluvium, das in den verschiedensten Zusammensetzungen vorkommt. Neben Sand, Ton und Mergel sind ihm auch Kalkteilchen in bedeutenden Mengen beigemengt. Der Sand ist sehr phosphorhaltig, besonders stark tritt er im Westen auf. Die Ackerkrume,

---

3. Preuß. Statistik Bd. 234, S. 239/40 u. 246/47.

4. Diese Ausführungen im wesentlichen entnommen:

a) Avereck, Die Landwirtschaft unter dem Einfluß von Bergbau u. Industrie im rheinischen Ruhrkohlengebiet, Seite 2 ff.

b) Linneweber, Die Landwirtschaft in den Kreisen Dortmund und Hörde unter dem Einfluß der Industrie, Seite 3 ff.

die hauptsächlich in den Qualitäten: leichter Sand, lehmiger Sand und sandiger Lehm vorkommt, besitzt durchweg einen tiefen Untergrund und ist für den Ackerbau als günstig zu bezeichnen. Die Flußufer bestehen aus jüngsten Anschwemmungsböden und geben gutes Weide- und Wiesenland. Dieses nimmt einen beträchtlichen Raum ein. Nach der Bodenstatistik vom Jahre 1913[5] umfaßt es mit 19319,7 ha etwa 25 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche, die 78759,7 ha betrug und 57 % der Gesamtfläche ausmachte. Als größere Gewässer hat das Gebiet nur die Grenzflüsse Rhein, Ruhr und Emscher aufzuweisen.

Das Klima[6] wird durch kühle und feuchte Sommer und milde Winter charakterisiert. Die Durchschnittsjahrestemperatur beträgt 9 Grad Celsius, die Durchschnittssommertemperatur 16,47 Grad und die Durchschnittswintertemperatur 1,46 Grad.

Ueber Trockenheit brauchen sich die Landwirte des Industriegebietes nicht zu beklagen. In der Hauptsache streichen West- und Nordwestwinde über unseren Bezirk. Diese führen immer starke Regenmassen mit, die sich bei ihrem Steigen vor dem Gebirge des Sauerlandes abkühlen und ihre Wassermassen auf unser Gebiet niederprasseln lassen. Im Jahre liefern etwa 170 Regentage eine Durchschnittsniederschlagsmenge von 740 mm.

Das Klima ist im allgemeinen für die Landwirtschaft als günstig zu bezeichnen, doch wird es durch die Rauchmassen der industriellen Werke sehr stark beeinträchtigt.

3. Die wirtschaftlichen Grundlagen.

a) Bevölkerungs- und Industrieverhältnisse.

In unserem Bezirke lebten nach der Volkszählung von 1910[7] (der letzten vor dem Kriege) 2416800 Personen, das waren 1810 Personen pro Quadratkilometer,

Die Bevölkerung wohnte über das ganze Gebiet zerstreut, einen scharfen Unterschied zwischen Stadt und Land gibt es nicht, was in der Hauptsache der Industrie zu verdanken ist, die sich als rohstofforientierte Industrie (Kohle und Erze) nicht von einem Punkte aus entwickelt hat, sondern von vielen kleinen Zentren ausging.

---

5. Preuß. Statistik, Band 246, Seite 147 u. 171.
6. Linneweber (wie oben) S. 10,
   Avereck (wie oben) S. 8 ff.
7. Preuß. Statistik, Band 234, S. 239/40 u. 246/47.

Der starken Durchsetzung des Landes mit gewerblich tätiger Bevölkerung ist es zu verdanken, daß die Volksschichten in enger Berührung mit dem Lande geblieben sind. Die Berufsstatistik von 1907[8] sagt uns, daß 76,62 % der männlichen und 85,83 % der weiblichen beruflich tätigen Bevölkerung im Nebenberuf Landwirtschaft betreiben. Die landwirtschaftliche Betriebsstatistik von 1907[9] hat in unserem Bezirk insgesamt 114 898 Betriebe gezählt, von denen nur 4 238 durch ihre Besitzer im Hauptberuf genutzt wurden, also rein landwirtschaftliche Betriebe waren.

b) Die Verkehrsverhältnisse.

Zwei große Wasserstraßen schneiden unser Untersuchungsgebiet, der Rhein und der Dortmunder Emskanal. Der Rhein verbindet flußaufwärts das Lothringische Eisenbecken, flußabwärts den Atlantischen Ozean mit unserem Bezirk. In unserem Gebiet liegt seine größte Hafenanlage, Duisburg-Ruhrort.

Der Rhein-Herne-Dortmund-Emskanal geht von Ruhrort aus in nordöstlicher Richtung durch das Industriegebiet und verbindet Rhein und Industriegebiet mit der östlichen Nordsee.

Das wichtigste Verkehrsmittel ist die Eisenbahn. Eisenbahnlinien führen nach allen Seiten hin aus dem Industriegebiete heraus und stellen dadurch nach allen Richtungen eine enge Verbindung mit den übrigen Teilen Deutschlands her. Auch im Industriegebiet selbst bilden sie neben dem engmaschigen Straßennetz den wichtigsten Verkehrsweg; sie bringen die Kohle zu den Stapelplätzen oder Eisenwerken und führen Eisenerz von den Hafenplätzen zu den Verbrauchsstellen.

II. Die Landwirtschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

1. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Aus dem gegebenen kurzen Ueberblick sehen wir, daß das Industriegebiet voll pulsierenden Lebens ist. Die Entwicklung der Industrie mit ihrer stetig zunehmenden Bevölkerung und ihrem immer dichter werdenden Verkehrsnetz konnte nur auf Kosten der Landwirtschaft vor sich gehen. Die landwirtschaft-

8. Statistik d. Dt. Reiches, Band 209, S. 327 ff. u. 388 ff,
9. Statistik d. Dt. Reiches, Band 212, S. 342 ff. u, 346 ff.

liche Nutzfläche verkleinerte sich mehr und mehr. Sie umfaßte im Jahre 1913[1] 78 789,7 ha, das sind etwa 59 % des Gesamtareals unseres Bezirkes.

Nach der Betriebsstatistik von 1907 wurde die landwirtschaftlich genutzte Fläche unseres Gebietes von folgenden landwirtschaftlichen Betrieben nebenberuflich bewirtschaftet:

104 432 Betriebe unter 0,5 ha
4 997 Betriebe von 0,5 bis 2 ha
980 Betriebe von 2 bis 5 ha
227 Betriebe von 5 bis 20 ha
24 Betriebe von 20 bis 100 ha

Hauptberuflich wurden dagegen nur[2] bewirtschaftet:

385 Betr. unter 0,5 ha, d. s. 8,32 % d. Gesamtzahl d. landwirtsch. Hauptbetriebe
727 Betr. von 0,05— 2 ha d. s. 15,74 % „
874 Betr. von 2 — 5 ha d. s. 18,9 % „
1883 Betr. von 5 — 20 ha d. s. 40,73 % „
746 Betr. von 20 —100 ha d. s. 16,15 % „
7 Betr. von 100 —200 ha d. s. 0,15 % „
1 Betr. über 200 ha d. s. 0,02 % „

Aus dieser Gegenüberstellung ersehen wir, daß nur sehr wenige landwirtschaftliche Hauptbetriebe vorhanden waren. In der Folge haben wir es nur mit diesen Betrieben zu tun, weil man nur sie als landwirtschaftliche Betriebe im engeren Sinne bezeichnen kann.

2. Die in der Landwirtschaft tätigen Personen.

Mit der Verringerung der landwirtschaftlich genutzten Fläche nahm die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen immer mehr ab.[3]

In den landwirtschaftlichen Hauptbetrieben waren nach der Berufsstatistik von 1907[2] 22 386 Personen — etwa 2 % der gesamten berufstätigen Bevölkerung — beschäftigt. Von diesen

---

1. Preuß. Statistik, Band 246, S. 147 u. 171.
2. Preuß. Statistik, Band 239, S. 122 ff. u. 142 ff.
3. Avereck, (wie oben) S. 32 ff. und Linneweber, (wie oben) S. 33 ff. haben die Bewegung der landwirtschaftlichen Bevölkerung seit 1882 verfolgt.

waren 9 950 männliche und 7 427 weibliche Personen in diesen Betrieben hauptberuflich tätig und 1 899 männliche und 686 weibliche Personen arbeiteten in diesen Betrieben nebenberuflich.

Die meisten Betriebe werden von den Familien selbst bewirtschaftet; das ist insofern zu begrüßen, als die Landwirtschaft im Industriegebiet vor dem Kriege sehr stark unter Arbeitermangel zu leiden hatte.

Die Industrie hatte ihr die guten Kräfte genommen. Stellenbesitzende Landarbeiter[5] gab es kaum noch. Jugendliche und und alte Personen, sowie Invaliden, die in der Industrie keine Verwendung mehr fanden, und Landstreicher stellten sich dem Landwirt zur Verfügung. Die Knechte und Mägde, die aus dem Osten zugewandert waren, gingen auch bald zur Industrie über. Neben den Lohnverhältnissen[6] waren es vor allem die geregelte Dienstzeit und die Zusammenarbeit in den Industriewerkstätten, die die Landarbeiter immer mehr zur Aufgabe ihres Berufes bestimmten.

3. Die Bodenpreise und ihre Bedeutung für die Landwirtschaft.

Die Bodenpreise waren vor dem Kriege in unserem Untersuchungsgebiet erschreckend hoch. Zahlte man doch in den abgelegensten Zonen 5 073 bis 9 960 Mark pro ha für Güter und 7 000 bis 12 520 Mark pro ha für Parzellen. In den verkehrsreichsten Gebieten hatten die Güter einen Wert von 17600 Mark und die Parzellen einen solchen von etwa 27 000 Mark pro ha.[7] Die Größe des Umsatzes sagt uns, daß die Industrie in der Lage war, diese Preise zu bezahlen. Für einen Landwirt waren sie dagegen viel zu hoch. Derartige Preise konnte er für ein Grundstück, das er landwirtschaftlich nutzen wollte, nicht bieten. Sie überstiegen den Ertragswert bei weitem.

Aber auch für die bodenständige Landwirtschaft waren diese Preise nicht ohne Bedeutung. Sie spielten bei der Erbübernahme eine große Rolle. Nach den Preisen der Grundstücke richtet sich die Höhe der Abfindungssumme der Miterben. In unserem Gebiete war früher die geschlossene Erbfolge üblich und doch stieß die Einführung des westfälischen Anerbenrechtes vom 2. Juli 1898,[8] das diese Sitte bewahren sollte, auf heftigen Widerstand.

---

5. Linneweber, (wie oben) S. 111.
6. Linneweber, (wie oben) S. 120 ff.
7. Avereck (wie oben) S. 24 ff.
   Linneweber (wie oben) S. 41 ff.
8. Preuß. Gesetzessammlung 1898 S. 139.

Deswegen wurde das Anerbenrecht als mittelbares Anerbenrecht eingeführt, d. h. nur der Hof, welcher auf Wunsch des Besitzers in die Güterrolle eingetragen wurde, unterlag dem Gesetz. Es haben sich sehr wenig Landwirte dieser Bestimmung bedient, um ihren Hof zusammenzuhalten. Allerdings hat die geschlossene Erbfolge noch nicht vollkommen aufgehört.[9] Wohl schritt man hier und da zur reinen Realteilung, doch meistens wählte man den Ausweg, daß einer den Hof erhielt, seinen Geschwistern aber soviel Land abtreten mußte, daß sie sich darauf ein Haus errichten und einen Garten anlegen konnten. Dieser Weg ist auch nicht dauernd gangbar, führt er doch zu einer Zersetzung der landwirtschaftlichen Betriebe. Von Generation zu Generation wird die landwirtschaftlich genutzte Fläche pro Betrieb geringer und einmal hat sie die unterste Grenze erreicht. Diese Form der Erbteilung, die auf die hohen Bodenpreise zurückzuführen ist, hätte mit der Zeit eine vollständige Auflösung der landwirtschaftlichen Betriebe im Industriegebiet herbeigeführt.

4. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die landwirtschaftlichen Betriebe unseres Bezirkes hatten sich vor dem Kriege in ihrer Bewirtschaftung ganz ihrer Verkehrslage angepaßt. Es wurden in der Hauptsache die Erzeugnisse produziert, die keine großen Entfernungen überwinden und direkt an die Konsumenten ohne Veredlung verkauft werden können.

Die günstige Verkehrslage hat nicht nur den Vorteil, daß die landwirtschaftlichen Betriebe durch bequemeren Absatz ihrer Erzeugnisse einen größeren Gewinn als die entfernt liegenden Betriebe erzielen, sondern daß auch die Bodennutzungsmittel für sie billiger sind. Maschinen u. Kunstdüngemittel wurden im Industriegebiet von der Quelle bezogen und fanden deshalb bei der dortigen Landwirtschaft eher Verwendung als in entfernteren Gebieten. Einen anderen Vorteil besaßen die Landwirte des Industriegebietes dadurch, daß ihnen der Dünger der Pferde, die in gewerblichen Betrieben beschäftigt waren, in reichlichem Maße zur Verfügung stand.

Für die kleinen Landwirte bot sich durch die Nähe des Marktes die Möglichkeit, bequem Nebenbeschäftigung zu finden, sodaß sie ihre Arbeitskraft und die ihres teuersten Nutzungsmittels,

---

9. Dr. W. Reinicke, Die Entwicklung des bäuerlichen Erbrechtes von 1815 bis 1912, S. 125 ff. (Beiträge zur Geschichte des westfälischen Bauernstandes, Berlin 1912).

des Pferdes, voll ausnutzen konnten. Aus diesem Grunde hatten im Industriegebiet auch die kleinsten Besitzer ein Pferd zur Verfügung.

Der Nachteil dieser Lage besteht für die Landwirtschaft unseres Untersuchungsgebietes darin, daß die Bodenerzeugnisse sowohl in ihrem Wachstum als in ihrer Qualität unter den Rauchwolken der Industriewerkstätten sehr stark zu leiden haben[10] und daß Felddiebstähle an der Tagesordnung sind. Von großer Bedeutung sind auch die Schäden, die der Bergbau der Landwirtschaft durch Veränderung der Grundwasserverhältnisse usw. zufügt.

Untersuchen wir nun die einzelnen Betriebe nach ihrer Produktionsart und beginnen wir mit

a) dem Gemüsebau. Gemüsebau wurde vor allem von den Parzellenbesitzern betrieben. Er stellt große Anforderungen an die Arbeitskraft, nutzt aber die vorhandene Fläche am besten aus. Die Gärtnereibetriebe nahmen vor dem Kriege einen sehr großen Raum ein. Nach der Berufszählung von 1907[11] lebten in unserem Gebiet 3150 Gärtner. Wieviele von ihnen sich mit Gemüsebau befaßten, ist aus der Statistik nicht zu ersehen. Der Feldgemüsebau nahm nach der Bodenstatistik von 1913[12] etwa 0,75 % der gesamten als Acker- oder Gartenland genutzten Fläche ein.

Besonders der Kleinbetrieb befaßte sich neben einer intensiven Milchwirtschaft noch mit einer intensiven Gemüsekultur; denn auf diese Weise konnte er die Dungstoffe seines Milchviehes am besten verwerten. Doch hatte der Gemüsebau besonders stark unter den Rauchwolken der Werkstätten zu leiden und seine Verbreitung und Entwicklung wurde durch die Verkehrsrevolution, die durch die Ausdehnung der Eisenbahn hervorgerufen worden war, gehemmt. Die Eisenbahn hat es den Gemüsebauern am Niederrhein und in Holland ermöglicht, ihre Produkte in frischem Zustande nach dem Industriegebiet zu liefern. Die Gemüsebauern in unserem Untersuchungsgebiet konnten gegen diese Konkurrenz, die durch langjährigere Erfahrungen und günstigeres Klima ihnen überlegen war, nicht aufkommen und deshalb ging der Gemüsebau in den letzten Jahren vor dem Kriege ständig zurück[13].

---

10. Landwirtschaftl. Versuchsstat. der Prov. Westfalen. Die Beschädigung der Vegetation durch Rauch mit besonderer Berücksichtigung d. rhein.-westf. Industriegebietes. (Veröffentl. d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Westfalen, Heft 21, Münster 1915).

Landwirtschaftl. Zeitschr. f. Westfalen und Lippe 1914, Heft 26 u. 27.

11. Statistik d. Dt. Reiches, Band 209, S. 233 ff u. 278 ff.

12. Preuß. Statistik, Band 246, S. 147 u. 171.

13. Linneweber, (wie oben) S. 93 ff.

b) Die Milchwirtschaften. Milchwirtschaft wurde vor dem Kriege von dem größten Teile der Bauern des Industriegebietes betrieben. Die Viehstatistik[14] zählte in den letzten Vorkriegsjahren durchschnittlich 39 841 Stück Rindvieh, davon waren 27 078 Stück Milchkühe.

Die Tiere wurden allerdings nicht ausschließlich von den Landwirten gehalten. Es hatten sich in den letzten Jahren vor dem Kriege die Milchwirtschaften zum Teil von den landwirtschaftlichen Betrieben gelöst. Diese Milchproduktionsstätten nannte man Abmelkewirtschaften. Sie besaßen nur Milchkühe, die sie in tragendem Zustande oder kurz nach Beginn der Laktationsperiode aufkauften und, sobald sie abgemolken waren, veräußerten. Die Tiere wurden meistens nur mit Trockenfutter genährt und zwar so reichlich, daß sie neben ihrer Milchleistung auch noch Fleisch ansetzen konnten, um mit Gewinn an den Metzger verkauft werden zu können. Diese Art von Milchbetrieben war im Industriegebiet sehr verbreitet.[15]. Die reinen Abmelkewirtschaften, d. h. solche Betriebe, die sämtliche Futtermittel vom Markte beziehen mußten, hatten schon vor dem Kriege eine Krisis durchzumachen, die zum Teil darauf zurückzuführen war, daß die Preise für Milchvieh im Verhältnis zu den Milchpreisen stärker gestiegen waren, zum Teil darauf, daß die Schlachtviehpreise immer mehr zurückgingen.[16] Die niedrigen Milchpreise sowohl wie die niedrigen Schlachtviehpreise waren auf die Entwicklung der Eisenbahn zurückzuführen, die immer entferntere Gegenden in die Frischmilch- und Schlachtviehzone hineingezogen und dadurch die steigende Nachfrage nach Milch, hervorgerufen durch vergrößertes Angebot, wieder ausgleichen konnte.

Neben diesen rationellen Abmelkewirtschaften, die sich in den Städten entwickelten, gab es auch noch sehr intensive Abmelkebetriebe, denen landwirtschaftliche Nutzflächen zur Verfügung standen, die sie in weitgehendstem Maße zur Gewinnung von Viehfutter benutzten. Daneben nahmen sie aber auch den Markt durch Ankauf von Kraftfutter sehr stark in Anspruch. Besonders zahlreich waren diese Betriebe in der Umgebung von Dortmund vertreten, wo sie den Treber der Dortmunder Brauereien in reichlichen Mengen als Kraftfutter benutzen konnten und in der breiten Ruhrebene, die gutes Heu liefert.

---

14. Preuß. Statistik, Band 252, S. 10/11.

15. Th. Brinkmann, Die Stellung des Abmelkebetriebes in der neuzeitlichen Landwirtschaft, (Frühlings Landwirtschaftliche Ztg., Heft 13, 1. Juli 1914) S. 332 ff.

16. Th. Brinkmann, (wie oben) S. 439.

Bei den bäuerlichen Milchwirtschaften herrschte vor dem Kriege große Mannigfaltigkeit. Sie hatten teils Weide-, teils Stallfütterung. Während die kleineren Milchbetriebe fast nur auf den Verkauf von Frischmilch angewiesen waren, paßten sich die größeren in den Rahmen des landwirtschaftlichen Betriebes ein und brachten auch noch andere landwirtschaftliche Erzeugnisse zum Markte. Die kleineren Betriebe waren in der Beschaffung des Winterfutters für ihr Vieh fast ganz von dem Markte abhängig. Ihre Wirtschaft lieferte ihnen höchstens das Grünfutter für den Sommer und Heu für den Winter. Alles übrige, z. B., Futterrüben und Stroh, mußten sie kaufen. Für den eigenen Haushalt pflanzten sie Kartoffeln und Frischgemüse. Wenn es ihre Fläche erlaubte, bauten sie noch etwas Hafer für ihr Pferd an. Das Milchvieh zogen sie sich selbst auf. Die zweijährigen Rinder gaben sie meistens zu einem größeren Landwirt auf die Weide, um ihre eigenen Futterstoffe für die Milchproduktion verwenden zu können. Je größer die Betriebe waren, um so organischer wurde die Betriebsführung, d. h., um so mehr waren ihre Leiter bemüht, die Futtermittel in ihrer eigenen Wirtschaft zu erzeugen. Aber auch sie konnten sich nicht vollständig von dem Bezug der Futtermittel von dem Markt freimachen. Auch sie verfütterten Kraftfuttermittel in großen Mengen. Bei den größeren Betrieben trat, soweit sie nicht Abmelkewirtschaften errichtet hatten, der andere Zweck der Milchviehhaltung — die Düngerproduktion — mehr hervor. Sie hatten meistens Stallfütterung, legten auch sehr viel Wert auf Futterbau; sehr bevorzugt war Klee, der in den letzten Vorkriegsjahren eine Fläche von durchschnittlich 4 128 ha[17] einnahm. Auch nahm der Futterrübenbau im letzten Jahre vor dem Kriege eine Fläche von etwa 907 ha ein. Seine Grenzen wurden ihm durch die Arbeiterverhältnisse und durch die Entwicklung der Eisenbahn gezogen. Die Eisenbahn verbilligte von Jahr zu Jahr ihre Frachten und ermöglichte es dadurch den Landwirten des Industriegebietes, die Futterrüben billiger aus entfernteren Gegenden zu beziehen, als sie im eigenen Betrieb gezogen werden konnten.

Der Milchabsatz gestaltete sich folgendermaßen: Die kleinen Besitzer lieferten ihre Milch direkt an die Konsumenten und bezogen somit Kleinhandelspreise. Sie fuhren ihre Ware jeden Morgen in die Stadt, in der sie einen festen Kundenkreis besaßen. Einige nahmen auch die Milch ihrer größeren Nachbarn mit, die sie für eigene Rechnung verkauften. Sie erhielten pro

17. Diese Zahl sowie die im folgenden angeführten Anbauflächenzahlen der einzelnen Fruchtarten entnommen der Preuß. Statistik, Band 240, S. 27 ff. u. 30 ff.

Liter 20 Pf. und zuletzt auch 22 Pfennig.. Von ihrer Kundschaft nahmen sie auch gleichzeitig die Küchenabfälle mit, die sie als Viehfutter verwerteten. Die größeren Besitzer lieferten die Milch meistens an Milchhändler, und zwar geschah dies in der Weise, daß sie sie entweder dem Händler brachten oder letzterer sie vom Hofe holte. Der Produzentenpreis betrug pro Liter 16 bezw. 18 Pfennig. Zwischen Milchhändlern und Milchproduzenten bestand schon vor dem Kriege ein Kampf um den Milchpreis. Die Milchhändler waren insofern im Vorteil, als sie ihre Ware per Eisenbahn aus entfernteren Gegenden billiger beziehen konnten und dadurch zogen die Milchproduzenten des Industriegebietes fast immer den kürzeren.[18].

c) Die Ackerwirtschaften. Neben den Milchbetrieben gab es Ackerwirtschaften in den verschiedensten Abstufungen, von den gemischten Betrieben, in denen Viehwirtschaft und Ackerbau gleichmäßig vertreten waren bis zu den reinsten Ackerwirtschaften. Hauptsächlich wurde Körnerbau betrieben, für den der Boden besonders geeignet ist. Die Hauptfruchtart war der Winterroggen. Mit ihm wurden in den letzten Jahren vor dem Kriege durchschnittlich 17595 ha bestellt. Der Sommerroggen nahm nur 2 ha ein. Die Anbaufläche des Winterweizens betrug 6388 ha, die des Sommerweizens 18 ha. Die Gerste hatte nur 90 ha aufzuweisen. Das Getreide wanderte fast ausschließlich zum Markte. Mit diesem waren die Landwirte unseres Gebietes so eng verflochten, daß sie sich in weitgehendstem Maße seiner bedienten. Die Kleie bezogen sie vom Händler und das Brot für den eigenen Haushalt kauften sie vom Bäcker. Der Markt lieferte ihnen diese Waren bequemer, als wenn sie sie im eigenen Betriebe herstellten, zumal das Brotgetreide, vor allem der Weizen, infolge seines niedrigen Klebergehaltes sich für die Herstellung von Brot schlecht eignete.

Der Kartoffelbau hatte eine Fläche von 3496,6 ha aufzuweisen. Vielfach wurde die Ernte an Industriearbeiter vergeben. Diese bezahlten für den Morgen 14–21 Mark[19] und mußten sich die Kartoffeln selbst ausgraben. Der Landwirt sparte dadurch Arbeitskräfte. Die Hülsenfrüchte spielten eine untergeordnete Rolle, mit ihnen waren etwa 100 ha bestellt. Die Zuckerrübe hatte eine Anbaufläche von 197 ha aufzuweisen.

Der Boden wurde in jeder Weise vollkommen ausgenutzt. Waren doch nach der Bodenstatistik von 1913[20] 1372,9 ha zweimal bestellt. Die hauptsächlichsten Anbauarten für die Nebenfrucht waren Blattfrüchte und Futterpflanzen.

---

19. Linneweber, (wie oben) S. 91.
20. Preuß. Statistik, Band 246, S. 147 u. 171.

5. Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe.

Aus unserer Betrachtung geht hervor, daß die landwirtschaftliche Tätigkeit vor dem Kriege sehr mannigfaltig war. Wir fanden sowohl in der Betriebsintensität wie in der Produktionsrichtung die weitgehendsten Abstufungen. Doch konnten wir die Feststellung machen, daß sich die Landwirte in der Hauptsache auf die Herstellung von 1 oder 2 Produkten einstellten und zur Beschaffung der Hilfsstoffe in weitgehendstem Maße sich der Marktwirtschaft bedienten, die diese aus allen Gegenden heranführte. Nicht nur in der Beschaffung der Rohstoffe waren sie vom Markt abhängig, sondern auch Nahrungsmittel und Kleidung für sich und ihre Angehörigen bezogen sie in weitgehendstem Maße vom Markte. Auf der anderen Seite hatte die Verkehrswirtschaft so gerade mit sich gebracht, daß die Landwirte das Monopol für die Güter, die infolge ihrer leichten Verderblichkeit nur in der engsten Marktzone hergestellt werden konnten, verloren. Die Eisenbahn zog immer weitere Kreise zur Versorgung der Industriemärkte mit diesen Waren heran. Die landwirtschaftlichen Produkte wurden infolge dieser Entwicklung im Verhältnis zum Boden immer billiger, sodaß sich eine landwirtschaftliche Betätigung auf dem Boden immer weniger rentierte, was auch die von Avereck[21] aufgestellten Rentabilitätsberechnungen einiger landwirtschaftlicher Betriebe des Industriegebietes bestätigen.

Avereck hat 5 Betriebe, und zwar je einen von 154ha, 67,5ha, 35 ha, 34 ha und 13,5 ha Flächeninhalt untersucht und kommt zu dem Ergebnis, daß der Reinertrag des reinen Grund und Bodens[22] in dem Betrieb von:

154	ha	3 133,40 M,	das sind pro ha	20,33	M
67,5	ha	537,94 M,	das sind pro ha	7,97	M
35	ha	4 133,— M,	das sind pro ha	118,09	M
34	ha	4 115,— M,	das sind pro ha	129,85	M
13,5	ha	1 097,50 M,	das sind pro ha	80,—	M

beträgt. Stellen wir diese Aufstellung den Pachtpreisen für Gartenland gegenüber, die 100—120 Mark im rheinischen Industriegebiet pro ha ausmachten, so sehen wir, daß die Selbstbe-

21. Avereck, (wie oben) S. 79 ff.

22. Avereck, (wie oben) S. 80 ff. versteht unter „Reinertrag des reinen Grund und Bodens" Wirtschaftsreinertrag (Geldrohertrag — Wirtschaftsunkosten) — Zinsen für alle im Betriebe tätigen Produktivkapitalien.

wirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Fläche sich im Industriegebiet kaum noch rentierte und wir es vor dem Kriege keinem Landwirt verübeln konnten, wenn er seinen Boden lieber als Gartenland verpachtete, als selbst bewirtschaftete.

6. Die landwirtschaftliche Entwicklungstendenz.

Aber auch noch andere Faktoren als diese rein wirtschaftlichen wirkten auf die Auflösung der landwirtschaftlichen Betriebe ein. Die Landwirte hatten seelisch sehr stark unter dem Druck der Industrie und ihrer Wirkungen zu leiden. Der kleine Landwirt stand sich im allgemeinen schlechter als der ungelernte Arbeiter. Sein Hof war durch die Erbschaftshypothek so hoch belastet, daß er kaum die Zinsen erarbeiten konnte. Für einen weiteren Ausbau seiner Wirtschaft, sei es zur rein kapitalistisch eingestellten Abmelkewirtschaft oder zu intensivem Gemüsebetrieb fehlte ihm das nötige Kapital sowie die persönliche Fähigkeit und das Verständnis. Für die größeren Besitzer war die Arbeiterfrage der Punkt, an dem alles scheiterte. Sollten sie sich mit den minderwertigen Kräften, die sich ihnen anboten, abmühen oder ihre Besitzungen in Parzellenpacht aufteilen? Sie wählten immer mehr das letztere. Brachte es doch mit weniger Mühe einen größeren Gewinn ein. Der Bauer beneidete seinen Berufskollegen, der sein Land gut an die Industrie verkauft hatte und war selbst bemüht, seine Besitzung an den Mann zu bringen.

Die Lust und Liebe für die landwirtschaftliche Tätigkeit im Industriegebiet war somit bei den Landwirten verloren gegangen. Allerdings gab es unter ihnen solche, die sich mit aller Energie auf die landwirtschaftliche Produktion legten und keine Mittel unversucht ließen, ihren Erwerb zu vergrößern. Dies taten sie aber nicht aus Interesse am Betrieb, sondern um sich die nötigen Mittel für eine gute Ausbildung ihrer Kinder zu beschaffen, und vielfach behielten sie keinen ihrer männlichen Nachkommen in der Landwirtschaft, sondern ließen jeden einen anderen Beruf erlernen. — Wohl bemühte sich der Staat, durch die Errichtung von landwirtschaftlichen Winterschulen die Liebe zur Landwirtschaft in den Kreisen der Landwirte zu erhalten. Ebenso versuchte der westfälische Bauernverein, den Landwirten im Industriegebiet das Rückgrat zu stärken. Allein diese Versuche hemmten die Entwicklung wohl, waren aber nicht imstande, sie aufzuhalten. Was die Wirtschaft vorschrieb, drang allmählich in die Psyche des Landwirtes ein. Die wirtschaftliche Notwendigkeit, die die Auflösung der landwirtschaftlichen Betriebe verlangt, wurde zum freien Willen.

Die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes unter Einwirkung des Krieges und der Nachkriegszeit.

I. Der Krieg und die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industiegebietes

1. Allgemeiner Ueberblick.

Der Krieg wirkte vornehmlich in doppelter Form auf das deutsche Wirtschaftsleben ein. Einmal durch die Umgruppierung der in Deutschland vorhandenen Arbeitskräfte, zum anderen durch die plötzliche Trennung Deutschlands vom Weltmarkte.

Er zog alle waffenfähigen Männer Deutschlands aus ihrer Tätigkeit heraus und vereinigte sie, um Deutschlands Grenzen zu verteidigen. In dem hochentwickelten Wirtschaftsleben mit seiner strengen Arbeitsteilung und der engen Verbundenheit der einzelnen Glieder miteinander trat dadurch naturgemäß eine Stokkung ein.. Mußten doch gerade die Personen, die in der Vollkraft ihres Lebens standen und das Schwergewicht des komplizierten Wirtschaftsapparates zu tragen hatten, hinausziehen.

Diese durch die Aushebung der Mannschaften hervorgerufenen Stockungen vergrößerten sich durch das Heranziehen der Pferde zum Heeresdienst. Auch diese spielten in dem Organismus des Wirtschaftslebens eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Mit der Umgruppierung der Arbeitskräfte ging eine Umstellung in der Produktionsrichtung der gewerblichen Betriebe Hand in Hand. Statt der Friedenserzeugung, die eine immer vollkommenere und bequemere Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse anstrebte, mußte jetzt Kriegsmaterial in großen Mengen hergestellt werden.

Aber auch das Motiv der menschlichen Tätigkeit wurde durch den Krieg unterbrochen. In der modernen Wirtschaftsordnung hatte jede Haushaltung für sich zu sorgen, die Verantwortung für das Leben und Gedeihen ihrer Mitglieder und die Befriedigung der Bedürfnisse jeder Person ihres Verbandes selbst zu tragen. Das Millionenheer nahm tausenden von Wirtschaftseinheiten ihren Ernährer; der Staat mußte sie vor wirtschaftlichen Nöten bewahren und auf der anderen Seite für das

Heer den Lebensbedarf beschaffen. So war der Staat nicht mehr nur Beschützer vieler Einzelwirtschaften, sondern auch zugleich das Wirtschaftssubjekt einer großen einheitlichen Wirtschaftsorganisation geworden. Dazu kam noch die Abschnürung unseres Volkes vom Weltmarkt, die die Aufgaben des Staates gewaltig vergrößerte.

Tausende von Fäden verbanden vor dem Kriege unser Vaterland mit dem Auslande. Die internationale Arbeitsteilung nach dem Prinzip des kleinsten Mittels hatte vor dem Kriege große Ausdehnung angenommen und Deutschland war eng in die Weltwirtschaft verflochten. Es hatte sich in den langen Friedensjahren zu einem Industriestaat ersten Ranges entfalten können und marschierte in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Staaten an der Spitze. Die politische Einheit ermöglichte es jedem Deutschen, in seinem Heimatland zu bleiben, statt seiner wanderten die Industrieerzeugnisse hinaus und eroberten den Weltmarkt. Für diese Waren wurden neben Rohstoffen in der Hauptsache Lebensmittel eingeführt. Bei Kriegsausbruch wurden diese Fäden zerschnitten und unsere eigenen Erzeugnisse waren bald verbraucht.

Um eine Hungersnot zu verhindern, sah sich die Regierung bald nach Kriegsausbruch gezwungen, die vorhandenen Vorräte öffentlich zu bewirtschaften. Mit dem Brotgetreide begann sie. Im Laufe der Jahre verbreiteten sich ihre Maßnahmen auf fast alle Sachgüter, die für den menschlichen Gebrauch geeignet sind. So entstanden die unzähligen Kriegsverordnungen. Ein großartiger Gedanke kam zur Ausführung, der, wenn er uns auch nicht zum Siege verholfen hat, doch in späteren Zeiten als eine der größten Leistungen eines Volkes angesehen werden wird. Die Kriegsbestimmungen lasteten schwer auf dem Einzelnen. Daß sie nicht immer das erreichten, was sie wollten, ist teils auf ihre unglückliche Durchführung zurückzuführen, teils dem Umstand zuzuschreiben, daß sie zu privatwirtschaftlich ausgenützt wurden von Leuten, denen der eigene Vorteil über den der Gesamtheit ging.

Unsere Aufgabe wird darin bestehen, zu untersuchen, wie die oben skizzierten Veränderungen auf die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes einwirkten.

2. Wirkung des Ausfalls von Arbeitskräften.

a) Der Ausfall der menschlichen Arbeitskraft. Der Krieg überraschte die Landwirtschaft des Industriegebietes bei der Erntearbeit, denn die Roggenernte fällt in unserem Gebiet in die ersten Augusttage. So kam es, daß mancher Landmann von der

Mähmaschine fort zu seinem Truppenteile eilen mußte. Der plötzliche Fortfall der männlichen Arbeitskräfte verursachte keine große Verzögerung der Ernte. Die zurückgebliebenen weiblichen und älteren männlichen Kräfte übernahmen nicht nur die Arbeit der hinausziehenden Männer und Söhne, sondern auch die Verantwortung für die Fortführung der Wirtschaft. Auch betrieben die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe meistens Viehwirtschaft, sodaß der Ackerbau eine nicht allzu große Rolle in ihrem Betriebe spielte. Der Wille zur Fortführung des Betriebes, verbunden mit der Hoffnung, daß der Krieg bald zu Ende sein würde, gab den Zurückbleibenden die Kraft, neben ihrem gewöhnlichem Arbeitspensum auch noch die Arbeiten der Hinausgezogenen auszuführen.

Als der Arbeitseifer der Zurückgebliebenen infolge der Ueberanstrengungen erlahmte, hatte der Staat durch Gesetze und Verfügungen Mittel und Wege geschaffen, die die fehlenden Arbeitskräfte wenigstens zum Teil ersetzten. Schon bald nach Kriegsausbruch wurde ein Arbeitsnachweissystem[1] eingeführt, das hauptsächlich den Zweck verfolgte, die durch den Krieg beschäftigungslos gewordenen gewerblichen Arbeiter in der Landwirtschaft unterzubringen. Als zweites suchte man die noch nicht dienstpflichtigen jungen Leute, vor allem die Schüler der höheren Lehranstalten, der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen.[2] Weitere Maßnahmen in dieser Richtung wurden durch Verfügungen des stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps Münster, dem unser Gebiet unterstellt war, unternommen. Es erließ bereits in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 eine Verfügung,[3] auf Grund deren die selbständigen Landwirte, Betriebsleiter und Verwalter, soweit sie dem Landsturm angehörten, bis zum 15. November 1914 zur Bergung ihrer Ernte und Verrichtung der Herbstarbeiten zurückzustellen waren. In der Folge wurden von dem betreffenden Generalkommando Bestimmungen über längeren Ernteurlaub der Landwirte, die sich bei den Ersatztruppenteilen, Genesungsbataillonen oder in den Lazaretten aufhielten, erlassen. Auch stellte man Strafgefangene recht bald nach Kriegsausbruch der Landwirtschaft zur Verfügung.[4] Im Jah-

---

1. Ende August Errichtung eines Hauptarbeitsnachweises in Dortmund (Landwirtsch. Ztg. f. Westf. u. Lippe 1914, S. 446),

2. Erlaß des Kultusministers v. 31. Juli 1914 Deutscher Landwirtschaftsrat. Uebersicht über die amtlichen Maßnahmen während des Krieges, II. Ausgabe S. 171. In der Folge wurden weitere Verfügungen in diesem Sinne erlassen.

3. Landwirtschaftliche Ztg. f. Westfalen und Lippe.

4. Allgemeine Verfügung d. Justizministers v. 29. Juli DeutscherLand-

re 1916[5] legte die Militärbehörde einige Gefangenenlager in das Industriegebiet. Damit konnten die Gefangenen auch in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben unseres Untersuchungsgebietes verwendet werden. Früher war das, da die Gefangenen auf größere Entfernung nur unter Begleitung von Wachtposten an Landwirte vergeben werden durften, nicht möglich. Hatten die bäuerlichen Betriebe doch nur für einen, höchstens für zwei Mann Verwendung, denen natürlich kein Wachtposten beigegeben werden konnte.

So wurde dem Arbeitermangel wenigstens in den Ackerkulturen mit Erfolg gesteuert. Natürlich waren diese meistens ungelernten Arbeiter nicht in der Lage, die Eingezogenen voll zu ersetzen. Die Herbstbestellungen wurden nicht so schnell wie früher ausgeführt. In unserem Bezirke konnte indessen, wie schon erwähnt, jedes Stück Land bestellt werden; was im Herbste liegen blieb, wurde durch Erweiterung des Anbaues für Sommerung ausgeglichen. Der Ackerbau hatte somit unter dem eintretenden Mangel an ländlichen Arbeitskräften sehr wenig zu leiden.

Anders war es dagegen in der Milch- und Viehwirtschaft unseres Bezirkes bestellt. Diese Zweige der Landwirtschaft lagen in den kleinbäuerlichen Betrieben ausschließlich den Familienmitgliedern ob und in unserem Bezirk mit seiner intensiven Milchwirtschaft wurden die mit ihr verbundenen Tätigkeiten vielfach von männlichen Personen ausgeführt. Durch die plötzliche Einberufung trat hier eine Stockung ein, die nicht so leicht zu überwinden war wie die in der Ackerbestellung, was in der Natur dieses Betriebszweiges liegt. Die Viehpflege muß von einer Person ausgeführt werden, die sich länger mit den Tieren befaßt hat und Verständnis für sie besitzt. Diese Arbeit konnte infolgedessen nicht so leicht von anderen übernommen werden. Dazu kommt noch, daß sie in einem täglich gleichmäßigen und lange Zeit in Anspruch nehmenden Arbeitspensum ausgeführt werden muß und infolgedessen nicht gut von Leuten, die noch in anderen Berufen tätig sind, ausgeübt werden kann.

b) Der Ausfall von tierischen Arbeitskräften. Die landwirtschaftlichen Spannarbeiten wurden in unserem Untersuchungsgebiet vor dem Kriege fast ausschließlich von Pferden ausgeführt. Die wenigen Zweihufer, die man zu den landwirtschaftlichen Arbeiten heranzog, waren Ausnahmen und können infolgedessen bei unseren Betrachtungen ausgeschaltet werden.

---

wirtschaftsrat. Uebersicht usw. (wie oben) III. Ausgabe S. 169, B. V. O. v. 4. März 1915 daselbst 3. Nachtrag S. 238.

5. Daselbst 2. Nachtrag S. 98.

Fast jeder Landwirt besaß in unserem Bezirk sein Pferd. Besonders beliebt war das belgische Halbblut. Durch den Krieg wurden sehr vielen landwirtschaftlichen Betrieben ihre Pferde genommen. Dies wirkte verzögernd auf die Erntebergung und Herbstbestellung der Felder ein und vergrößerte somit die Hemmung, die durch die Einberufung der Landwirte in der Ausführung der Arbeiten eingetreten war. Aber auch der Mangel an tierischen Arbeitskräften wurde bald überwunden, anfangs durch gegenseitiges Aushelfen, später durch die Bestimmungen des Generalkommandos Münster.[6] Nach diesen Verordnungen wurden die Beutepferde vor allem an Landwirte abgegeben. Bereits in den letzten Augusttagen konnten der Landwirtschaft aus den erbeuteten Pferdebeständen Tiere zur Verfügung gestellt werden. In der Folge fanden dann fast alle Monate Versteigerungen von Beutepferden statt.

Im allgemeinen kann man sagen, daß seit 1915 wieder genügend Pferde in der Landwirtschaft vorhanden waren. Der Pferdebestand ist in dem von uns zu untersuchenden Gebiet zwar absolut betrachtet von 40385 Stück im Jahre 1913 auf 25448 St. 1918 zurückgegangen[7].

Dies ist aber darauf zurückzuführen, daß viele gewerbliche Betriebe, die ihre Tätigkeit während des Krieges aufrecht erhielten und die früher im Besitze von Pferden waren, schon bald nach Kriegsausbruch dazu übergingen, sich Automobile zuzulegen, soweit sie Kriegsmaterial herstellten und infolgedessen zur Benutzung eines Automobiles berechtigt waren. Die Gewerbebetriebe und kleinen landwirtschaftlichen Milchbetriebe, die der Krieg zur Auflösung ihrer Wirtschaften zwang, hatten natürlich keine Pferde mehr nötig. Auch gingen im weiteren Verlauf der Kriegsjahre hier und da größere landwirtschaftliche Betriebe dazu über, sich für die Bearbeitung ihres Landes der Zweihufer zu bedienen, weil für diese die Futtermittel leichter zu beschaffen waren als für die Pferde. Der aus der Statistik sich ergebende Rückgang des Pferdebestandes ist weniger auf einen Mangel an Pferden als auf einen Mangel an Pferdefutter zurückzuführen. Die scharfen Bestimmungen über die Verwendung von Hafer und sonstigen Futtermitteln machte es einem Pferdehalter ja fast unmöglich, sein Tier zu ernähren, wenn er sich nicht auf dunklen Wegen die nötigen Futtermittel beschaffen wollte. Von einem eigentlichen Pferdemangel darf deswegen nicht gesprochen werden. Vielmehr suchte man das Pferd aus dem Wirtschafts-

6. Landwirtschaftliche Zeitung für Westfalen und Lippe 1914 S. 501.
7. Preuß. Statistik, Band 252, S. 9/10, 75/78, 111 und 114; Band 260 S. 58 ff., 98 ff. und 138 ff.

prozeß auszuschalten. Die Funktionen, die ihm zugeteilt waren, wurden mehr und mehr auf andere Organe übertragen.

Aus unseren Betrachtungen ersehen wir, daß der mit dem Krieg eintretende Mangel an Arbeitskräften nicht von entscheidender Bedeutung für die Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebe sein konnte.

Schwerwiegende Folgen brachte dagegen die Veränderung der Wirtschaftslage während des Krieges mit sich.

3. Die direkten Wirkungen der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Umwälzungen (Zwangswirtschaft) und ihre Folgen.

a) Die Milchwirtschaft.

a 1. Die Futtermittelknappheit und Versuche zu ihrer Behebung.

Die Milchwirtschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hatten am meisten unter dem Krieg zu leiden. Sie waren fast ausschließlich auf den Bezug von Futterstoffen für ihr Vieh angewiesen. Durch den Krieg wurde ihnen die Produktionsbasis entzogen, denn ein sehr großer Teil der im Industriegebiet verwendeten Futterstoffe kam aus dem Auslande. Die Regierung bemühte sich sofort bei Ausbruch des Krieges, durch Grenzsperre für Nahrungs- und Futtermittel[8] alle menschlichen und tierischen Nahrungsmittel innerhalb unserer Grenzpfähle zu behalten und gleichzeitig durch Aufhebung der Einfuhrzölle für diese Waren[9] die Einfuhr soweit wie möglich zu heben. Doch verringerte sich die Einfuhr von Futterstoffen und Lebensmitteln durch die beim Eintritt Englands in den Krieg verhängten Blockade so gewaltig, daß sie überhaupt nicht mehr in Betracht kam. Auch im Inland wurde die Herstellung von Kraftfuttermittel dadurch, daß die vorhandenen Brotgetreidevorräte so restlos wie möglich für die menschliche Ernährung zur Verfügung gestellt werden mußten, sehr verringert.

Durch die Verminderung der Alkoholproduktion ging die für die Milcherzeugung so wichtige Schlempe verloren. Die Bestimmungen über die Einschränkung der Biererzeugung verringerten die Treberherstellung und durch das stärkere Ausmahlen des Brotgetreides verkleinerte sich die Kleiemenge beträchtlich. Wurden während der Kriegszeit doch etwa nur 730 000—1 000 000 t Brotgetreide den technischen Betrieben zur Bearbeitung überwie-

8. Verordnung vom 31. Juli (R. G. Bl. 1914, S. 260),
9. Verordnung vom 4. August (R. G. Bl. 1914, S. 338),

sen. Im Frieden betrug die von ihnen verbrauchte Menge etwa 2 156 000 t[10].

Dazu kam noch, daß die Ernte im Jahre 1915 infolge der schlechten Witterung sehr weit hinter dem Vorkriegsdurchschnitt zurückblieb.

Die Regierung bemühte sich, diesen Ausfall von Futtermitteln wieder wett zu machen. So wurde z. B. im September 1914 auf Anregung der Minister des Innern und der Landwirtschaft usw. von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ein Merkblatt: „Die Verstärkung unserer Futtervorräte" herausgegeben,[11] das in zehn Thesen Maßnahmen zur besseren Verwertung der in Deutschland vorhandenen Futterstoffe empfahl. Unter anderem wurde in diesem Flugblatt die Verfütterung von Zuckerrüben und Zucker überhaupt anheimgestellt. Weiter wies die Regierung in ihrem Aufruf vom 10. September 1914[12] auf die Verwendung von Kartoffeln zu Futterzwecken hin. Auch legte sie den Landwirten die Verfütterung von Rübenmelasse sowie die Verwendung von Küchenabfälle[13] nahe. Im Februar 1915[14] erließ sie eine Bekanntmachung über die Verfütterung von Rohzucker. Zucker konnte im ersten Kriegsjahre u. a., deswegen als Viehfutter verwendet worden, weil wir erhebliche Mengen aus dem besetzten Frankreich bezogen.[15] In der Folgezeit vergrößerte sich die Zahl ähnlicher Vorschläge und Verordnungen mehr und mehr. Sie hatten alle den Zweck, die Viehhalter zu veranlassen, solche Futterstoffe zu verwenden, die uns noch zur Verfügung standen, die Fütterungsart nach diesen umzustellen und einzurichten. Doch gelang dies sehr schlecht. Die Interessenten konnten nicht so schnell von ihren alten Gewohnheiten lassen, auch betrachteten sie diese Ratschläge sehr skeptisch. Sie versuchten, nach wie vor die früher gebrauchten Futterarten zu verwenden. Zwar hatten wir noch genügende Mengen im Lande[16], doch machte sich schon bald nach Kriegsausbruch eine starke Preissteigerung der Futtermittel geltend. Die Nachfrage nach ihnen vergrößerte sich dadurch, daß jeder Milchviehbesitzer sich so stark mit Futterstoffen einzudecken suchte, wie es ihm seine Kapitalkraft erlaubte. Der Gedanke, daß bald überhaupt keine Kraftfuttermittel mehr zu haben sein würden, drängte ihn zu dieser Handlungsweise. Dieser

---

10. Warmbold, Futtergetreide im Kriege (Beiträge zur Kriegswirtschaft Heft 4, S. 17.

11. Deutscher Landwirtschaftsrat (wie oben) III. Ausg. S. 204.

12. Ders. S. 205.

13. Ders. S. 204.

14. Bekanntmachung vom 19. Februar 1915, R. G. Bl. S. 103,

15. Deutscher Landwirtschaftsrat (wie oben). 1. Nachtrag zur III. Ausgabe S. 50.

16. Warmbold (wie oben) S. 25.

übernatürlichen Nachfrage stand ein verringertes Angebot gegenüber. Die Futtermittelhändler hielten natürlich bei dem Anziehen der Preise ihre Ware zurück in der Hoffnung, noch größeren Gewinn erzielen, da ja eine Erneuerung oder Auffüllung der in ihrem Besitz vorhandenen Warenbestände nicht möglich war; die in Deutschland vorhandenen Mengen waren begrenzt und nicht ersetzbar und wurden infolgedessen zum Monopolgut und Spielball der Spekulation.[17].

Schon bis Dezember 1914 waren die Preise für

Rübkuchen	um 85 %
Kleie	um 75 %
Reisfuttermehl	um 125 %
Erdnußkuchen	um 53 %
Biertreber	um 93 %
Mais	um 85 %
Gerste	um 100 %

des Friedenspreises gestiegen.

Im Jahre 1915 zogen die Kraftfutterpreise noch erheblicher an, so kostete die Tonne:[18]

Leinkuchen	256 M	400 M	695 M	800 M
Palmkuchen	230 M	330 M	540 M	700 M
Kokosmehl	240 M	370 M	580 M	740 M
Rapskuchen	195 M	290 M	350 M	540 M
Ausl. Kleie	265 M	235 M	460 M	560 M

Neben der Verteuerung der Kraftfutterstoffe setzte auch ein gewaltiger Rückgang ihrer Qualität ein. Dr. Stolt weist schon im September 1914 darauf hin,[19] daß das Baumwollsaatmehl, das früher 54–56 % Protein und Fett enthielt, zwei Monate nach Kriegsausbruch nur noch 38–42 % aufzuweisen hatte und daß der Brennereitreber in viel schlechterer Qualität teurer verkauft wurde als z. B. Roggen. Der Qualitätsrückgang der Kraftfuttermittel nahm mit der Dauer des Krieges immer größeren Umfang an. In den verschiedenen landwirtschaftlichen Zeitungen wurde immer wieder auf das große Mißverhältnis zwischen Preis und Qualität des Kraftfutters hingewiesen.

17. Bericht der 14. Generalversammlung der Milchverwertungsge- Westf. und Lippe 1915 S. 20).

18. Aus dem Geschäftsbericht der Handelsges. landwirtsch. Genossenschaft für Recklinghausen u. Umgegend. (Landwirtsch. Ztg. f. sch. A. G. für das Jahr 1915 (Milchwirtschaftl. Zentralblatt 1916 S. 115).

19. Landwirtschaftl. Ztg. f. Westfalen und Lippe 1914.

Statt der Kraftfuttermittel verfütterte man in dem ersten Kriegswinter vielfach Getreide. Besonders die Betriebe, die neben der Milchwirtschaft noch Getreidebau betrieben, dessen Erzeugnisse sie früher zum größten Teil auf den Markt brachten, um sich für den dadurch erzielten Erlös mit Kraftfutter einzudecken, verbrauchten ihr Korn jetzt als Viehfutter im eigenen Betriebe. Diese Verwendungsart des Getreides nahm bald so große Verbreitung an, daß die Regierung durch Verfütterungsverbote[20] dagegen einschreiten mußte. Diese Verbote genügten indessen nicht für die restlose Sicherstellung des Brotgetreides für die Volksernährung. Erst die Beschlagnahme des Brotgetreides machte, wenigstens für die erste Zeit, eine Verfütterung desselben unmöglich.

Die natürliche Folge dieser großen Futtermittelknappheit und ihre dadurch hervorgerufene Verteurung wäre ein Anziehen der Milchpreise gewesen. Die Regierung verhinderte dies, suchte dagegen im Laufe der Zeit das durch die gewaltige Verteurung der Futterstoffe entstandene Mißverhältnis zwischen den Produktionskosten und dem Preise der Milch durch die Festsetzung von Höchstpreisen für Futtermittel zu beseitigen. Schon in der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Lebens- und Nahrungsmittel vom 28. Oktober 1914 (R. G. Bl. S. 458) und durch die B. V. O. über Getreidehöchstpreise vom 28.. Oktober 1914 (R. G. Bl. S. 462) waren die Preise für Kleie festgesetzt worden, aber so unvollkommen und unglücklich, daß diese Richtpreise von dem Handel einfach übergangen wurden. Sie galten nämlich nur für die Produzenten der Kleie, also für den Mühlenbesitzer und nur für reine Kleie. Die Folge dieser Bestimmung war, daß die Kleie entweder gemischt in den Handel gelangte und viel höhere Preise erzielte oder daß die Händler, die die Kleie dem Mühlenbesitzer zum festgesetzten Preise abnahmen, sie zum Marktpreise verkauften.

Die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1914 (R. G. Bl. S. 533) änderte diese Verordnung dahin, daß die Kleie nicht mehr mit anderen Sotffen gemischt werden durfte.

Mit der Zeit wurden für einzelne andere Futterstoffe auch Höchstpreise eingeführt, doch war ihre endgültige Regelung infolge der Vielseitigkeit und ihrer großen Schwankungen in Bezug auf ihren Nährwert sowie ihre enge Beziehung zu den menschlichen Nahrungsmitteln sehr schwierig. Die Regierung bediente sich deswegen bei der Durchführung ihrer Maßnahmen immer mehr der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H., die im Jahre 1897 vom Bund der Landwirte, der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, dem Reichsverbande der deutschen land-

---

20. Deutscher Landwirtschaftsrat (wie oben) 1. Nachtrag S. 14.

wirtschaftlichen Genossenschaften, der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse für Deutschland und der Vereinigung der christlichen Bauernvereine als kaufmännisches Organ für die Beschaffung des Bedarfes an Thomasmehl gegründet worden war[21]. Sie war somit als Zentralstelle aller großen wirtschaftlichen Organisationen der deutschen Landwirtschaft für die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen am geeignetsten. Ihr wurde die Verteilung der Futtermittel übertragen.

Frei verfügen durfte sie nur über die Futterstoffe, die aus dem besetzten Gebiet und aus dem Auslande bezogen wurden, die ihr von der Zentraleinkaufsgenossenschaft übergeben wurden und die sie selbst bezogen hatte.

Im Jahre 1915 wurde dann eine Reichsfuttermittelstelle errichtet, die die im Lande vorhandenen Futterstoffe festzustellen und die Art und Weise ihrer Verteilung anzuordnen hatte; die Verteilung selbst lag nach wie vor in den Händen der Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte. Damit war ein System geschaffen worden, das auf der einen Seite einen vollen Ueberblick über die Erzeugung aller Futtermittel herbeiführen und auf der anderen Seite eine möglichst zweckmäßige Verteilung gewährleisten wollte. Durch die Abschnürung unseres Landes hörte der Freiverkehr mit Futtermitteln bald ganz auf. Jeder Milchviehhalter mußte sich mit dem zufrieden geben, was ihm der Kommunalverband zuwies. Gewiß standen den Kommunalverbänden, die eine hohe Einwohnerzahl aufzuweisen hatten, mehr Futterstoffe zur Verfügung als den anderen, denn diese wurden einmal nach der in den Bezirken des Kommunalverbandes beschlagnahmten Brotgetreidemenge, dann nach der Größe des Viehbestandes an die Kommunalverbände verteilt.[22] Aber diese Mengen reichten in den Gebieten intensivster Milchwirtschaft zur Aufrechterhaltung der Milchbetriebe nicht aus. Es mußte manches Stück Rindvieh dem Metzger hingegeben werden.

a 2) Der Rindviehbestand im rheinisch-westfälischen Industriegebiet während des Krieges.

In unserem Untersuchungsbezirk bewegte sich der Rindviehbestand in den einzelnen Jahren folgendermaßen:[23]

---

21. Deutscher Landwirtschaftsrat, (wie oben) 4. Nachtrag S. 140.

22. Warmbold, (wie oben) S. 14 u. S. 43 B. V. O. über den Verkehr mit Futtermitteln vom 31. 3. 1915 R. G. Bl. S. 195/200.

23. Preuß. Statistik 1913, Bd. 252 S. 42 ff., 75 ff u. 111 ff, Bd. 260 S. 58 ff., 98 ff. und 138 ff. Die angeführte Statistik gibt nur den Dezemberviehbestand eines jeden Jahres wieder und kann deswegen nicht

Jahr:	Ueberhaupt:[24]	Davon: Kälber unter 3 Mon.:	Jungvieh bis zu 2 Jahren:	2 Jahre alte und ältere Kühe:
1913	39 771	1 717	7 414	28 968
1914	39 506	1 904	9 331	27 119
1915	35 193	1 210	8 184	24 551
1916	36 213	2 195	9 905	23 313
1917	35 866	1 561	9 810	24 863
1918	37 919	1 688	10 061	24 082

Nehmen wir den Stand des Rindviehs im Industriegebiet für 1913 mit 100 % an, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr:	Ueberhaupt:[24]	Davon: Kälber unter 3 Mon.:	Jungvieh bis zu 2 Jahren:	2 Jahre alte und ältere Kühe:
1913	100 %	100 %	100 %	100 %
1914	99,8 %	116,6 %	125,8 %	93,5 %
1915	88,8 %	70,5 %	110,4 %	84,7 %
1916	91,1 %	127,8 %	134,9 %	80,5 %
1917	90,2 %	90,9 %	132,2 %	85,8 %
1918	95,3 %	98,3 %	135,7 %	83,2 %

In ganz Preußen bewegte sich der Viehbestand folgendermaßen:[25]

Jahr:	Ueberhaupt:[24]	Davon: Kälber unter 3 Mon.:	Jungvieh bis zu 2 Jahren:	2 Jahre alte und ältere Kühe:
1913	100 %	100 %	100 %	100 %
1914	103,4 %	112,2 %	114 %	98,6 %
1915	95,7 %	67,7 %	105,8 %	95,8 %
1916	98,2 %	91,2 %	111,9 %	93,2 %
1917	93,2 %	85,6 %	108,5 %	89,2 %
1918	81,2 %	82,2 %	79,3 %	89,1 %

als endgültiges Ergebnis für die betreffenden Jahre aufgeführt werden; denn gerade der Viehbestand ist sehr vielen Schwankungen unterworfen, sodaß jede Zählung nur ein Bild von dem Zähltage gibt. Weitere Viehzählungen für die betreffenden Jahre anzuführen war insofern überflüssig, als für die ersten Jahre des Krieges noch keine monatlichen Erhebungen stattfanden und dadurch für die Erhebungen in den früheren Jahren uns der Vergleich fehlt.

24. Einschl. Ochsen und Bullen.

25. Preuß. Statistik., Bd. 252, S. 8, 48, 82, Bd. 260, S, 3 ff,

Vergleichen wir diese beiden Aufstellungen miteinander, so sehen wir, daß der Jungviehbestand sowohl in Preußen als auch in unserem Gebiet immer über den von 1913 hinausging, mit Ausnahme des letzten Jahres, in dem er in Preußen hinter ihm zurückblieb. Die Jungviehzunahme war in Preußen geringer als in unserem Bezirk. Die Zahl der Kälber ging im Industriegebiet zweimal — im Jahre 1914 und 1916 — über die von 1913 hinaus, während sie in Preußen nur 1914 höher war, in anderen Jahren dagegen sehr tief unter dem Bestand von 1913 stand; die Zahl der Kühe dagegen hatte sich in Preußen nur sehr wenig verringert. Im Industriegebiet ist die Abnahme viel gewaltiger. Die Gesamtabnahme des Viehbestandes war ebenfalls in Preußen geringer und vor allem viel gleichmäßiger. Nur das Jahr 1918 weist hier einen erheblichen Verlust auf, während das Jahr 1914 sogar eine geringe Zunahme für Preußen zeigte.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hatten wir dagegen zunächst eine Abnahme, die mit 88,8 % im Jahre 1915 ihren tiefsten Stand erreichte, dann nahm der Viehbestand aber wieder zu und hatte im Jahre 1918 bis auf 5 % den Friedensstand erreicht.

Die gewaltige Zunahme des Jungvieh- und des Kälberbestandes im Dezember 1914 ist in der Hauptsache der B. V O. vom 11. September (R. G. Bl. S. 405) zuzuschreiben, die bestimmte, daß Kälber unter einem Schlachtgewicht von 75 kg und weibliche Rinder unter 7 Jahren für die Dauer von 3 Monaten nicht geschlachtet werden durften. Unter normalen Verhältnissen wäre der Viehbestand im Dezember 1914 infolge der mäßigen Futterernte des Jahres 1914 niedriger gewesen als der von 1913[26]. Diese künstliche Erhaltung des Jungviehs führte für Preußen, wo das Jungvieh 1913 etwa 40 %[27] des Gesamtviehbestandes ausmachte, eine Vermehrung des Gesamtviehbestandes herbei, während dieser im Industriegebiet schon infolge des geringeren Einflusses, den das Jungvieh auf seine Höhe hatte, — betrug der Anteil des Jungviehs an dem Gesamtbestand im Jahre 1913 doch etwa nur 20 % — etwas hinter dem Jahre 1913 zurückblieb.

Der starke Rückgang im Jahre 1915 dagegen ist wohl in der Hauptsache der überaus schlechten Futterernte dieses Jahres zuzuschreiben. Mußten doch im Herbst 1915 fast alle Magerrinder die sonst von den Winterstallmastgebieten zur Mästung aufgekauft wurden, dem Schlachthof zuwandern[28]. Daneben mögen

---

26. Dr. Niklas, Die Entwicklung der Viehbestände während des Krieges, S. 2.

27. Preuß. Statistik, Bd. 252, S. 3.

28. Dr. Niklas, (wie oben) S. 11.

aber auch die umfangreichen Schweineschlachtungen, die auf Grund der B. V. O. über die Sicherstellung von Fleischvorräten vom 25. Januar 1915 (R. G. Bl. S. 45) im Jahre 1915 vorgenommen worden waren, die Nachfrage nach Rindfleisch insofern erhöht haben, als das Bedürfnis nach Schweinefleisch infolge der durch die Bestimmung hervorgerufenen fast vollständigen Vernichtung unseres Schweinebestandes nicht mehr befriedigt werden konnte und infolgedessen mehr Rindfleisch verzehrt wurde.[29] Das Jahr 1916 brachte durch seine reichliche Futterernte wieder eine Vermehrung des Rindviehbestandes. In Preußen wurde der Friedensbestand bis auf 1,8 % erreicht, im Industriegebiet konnte er sich nur um 3 % erholen. Die Jahre 1917 und 1918 hatten im allgemeinen mittelmäßige Futterernten.[30]

Die Abnahme des Rindviehbestandes im Industriegebiet war somit in der Hauptsache auf die Verringerung der Zahl der Kühe zurückzuführen. Diese mußten infolge des Mangels an Kraftfutterstoffen abgeschafft werden, während das Jungvieh, das fast ausschließlich von Grün- und Rauhfutter lebte, auch während des Krieges besser erhalten werden konnte. Durch die Abnahme der Kühe im Industriegebiet verloren sehr viele Betriebe ihre Einnahmequelle und die Volksernährung wurde durch die Verringerung der Milchproduktion gefährdet. Natürlich wirkte diese Abnahme nicht auf alle Milchbetriebe gleichmäßig ein. Am meisten hatten

a 3. Die Abmelkkewirtschaften.

unter den geschilderten Zuständen zu leiden und die kleinbäuerlichen Milchbetriebe blieben zuerst auf der Strecke. Diese hatten nicht soviel Kapital zur Verfügung, daß sie sich auf lange Zeit mit den nötigen Futterstoffen bei Kriegsausbruch eindecken konnten. Auch fehlte es ihnen zumeist an dem nötigen Ueberblick, um die Entwicklung der Wirtschaftslage voraussehen zu können. Sie mußten einen Teil ihres Viehs bald verkaufen, weil sie kein Futter mehr hatten und keins beschaffen konnten. Dadurch verringerte sich ihre Produktionsbasis so, daß sie auch, wenn sie die Futtermittel, die ihnen ihr Betrieb lieferte, zur Milchproduktion verwendet hätten, doch nicht soviel verdient hätten, um für sich und ihre Familie den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Sie lösten sich nach und nach ganz auf und ihre Leiter gingen zu anderen Berufen über, suchten in den nächsten Fabriken und Zechen ihr Brot zu verdienen und die Kriegsindustrie stellte sie bereitwillig ein.

29. ders. (wie oben) S. 11.

30. Berichte über den Saatenstand d. Jahres 1914 bis 1918, Preuß. Statistik, Bd. 257, S. 40 und 60.

Mit der Auflösung dieser Milchbetriebe gingen auch die Verwertungsmöglichkeiten der Küchenabfälle der städtischen Bevölkerung verloren. Die kleinen Milchbetriebe hatten vor dem Kriege dafür gesorgt, daß die Kartoffelschalen und Speisereste nicht in den Mülleimer wanderten, sondern dem Vieh zugute kamen[31]. Infolge des Ausbleibens der Kleinbauern wußte die städtische Bevölkerung nicht, was sie mit diesen Stoffen anfangen sollte, obgleich sie während des Krieges ein reges Interesse an der Verwertung der Abfallstoffe bekommen hatte. Den größeren Landwirten standen keine Kräfte zur Verfügung, die diese Stoffe einsammeln konnten. Viele Städte stellten deswegen Personen an[32], die diese Abfallstoffe zu sammeln hatten und verkauften sie dann an die Milchviehbesitzer.

Die rationellen Abmelkewirtschaften, verschwanden auch mehr und mehr von der Bildfläche. Sie hatten noch mehr unter der allgemeinen Futterknappheit zu leiden, als die kleinbäuerlichen Milchbetriebe, weil sie ja sämtliche Futterstoffe für ihr Vieh kaufen mußten. Sie arbeiteten deshalb auch mit größeren und fühlbareren Verlusten als diejenigen Milchwirtschaften, die wenigstens einen Teil ihrer Futterstoffe im eigenen Betriebe erzeugten. Die Kraftfutterarten waren sehr teuer geworden und für die festgesetzten Höchstpreise konnte man keine bekommen. Die Produktionskosten der Milch wuchsen nach den Berechnungen Dr. Weinkamp-Neuhaus[33] schon in den ersten Monaten gewaltig an.

Die Abmelkewirtschaften hatten infolgedessen schon einige Monate nach Kriegsbeginn eine erhebliche Steigerung ihrer Milchherstellungskosten aufzuweisen, verteuerte sich doch die Herstellung eines Liters Milch bei ihnen um etwa die Hälfte. Am 1. August 1915 waren die Herstellungskosten um 12,7 Pf. pro l angewachsen,[34] während für die natürlichen Milchbetriebe die Verluste nicht annähernd so groß waren. Die Besitzer der Abmelkewirtschaften hielten ihren Viehbestand so lange aufrecht, wie es ihnen möglich war und suchten sich trotz der schwierigen Lage und der für sie ganz ungeeigneten Schlachtverbote zu halten, denn die Verordnungen über das Schlachten von Milchvieh trafen ihre Betriebsführung sehr. Durch das Schlachtverbot der weib-

31. Gegen diese Art des Sammelns der Futterstoffe sind vielfach vom hygienischen Standpunkt Bedenken geäußert worden, so z. B. von Schlossmann: „Viehhandel und Milchregulative, Wiesbaden 1919“ und Arnold: „Zur Frage der Milchversorgung der Städte“, Jena 1911.

32. Nach mündlichen Berichten.

33. Landwirtschaftl. Ztg. f. Westf. u. Lippe 1915 S. 28.

34. Landwirtsch. Ztg. f. d. Rheinprovinz 1915, S. 583.

lichen Rinder unter 7 Jahren waren sie gezwungen, entweder nur älteres Vieh zu kaufen und das in ihrem Stall stehende jüngere Vieh an Landwirte abzugeben – natürlich zu einem viel billigeren Preis, als der Schlachtpreis war — oder es eben so lange zu behalten, bis es an den Metzger verkauft werden durfte. Durch das Verbot, Kälber unter 150 Pfund Schlachtgewicht an den Metzger zu verkaufen, mußten sie auch diese Tiere wenigstens vier Wochen ernähren, was eine unnatürliche Belastung ihres Betriebes bedeutete, denn die Kälber werden in den ersten Wochen nur mit Milch gefüttert. Für die Herstellung eines derartig hohen Schlachtgewichtes waren etwa 400–500 **Liter Frischmilch** erforlich[35]

Als durch das schlechte Futterjahr 1915 die in Deutschland erzeugten Futtermittel weit unter den Durchschnitt zurückgingen, waren auch die rationellen Abmelkewirtschaften gezwungen, ihren Rindviehbestand zu reduzieren und allmählich ganz aufzulösen. Beschleunigt wurde dieser Prozeß durch die hohen Preise des Schlachtviehs, die trotz des zunehmenden Auftriebs stark ansiegen und im Winter 1915/16 ihren Friedensstand um das doppelte überschritten hatten, während der Milchpreis sich infolge seiner behördlichen Regelung dagegen nur um einige Prozent erhöht hatte.[36] Auch im Jahre 1916 blieb dieses Mißverhältnis zwischen Milch- und Fleischpreis bestehen. So kostete z.. B. im Durchschnitt der Jahre 1909/1913 ein kg Vollmilch im Ruhrrevier 0,10 M im Großhandel und 0,22 M im Kleinhandel. 1916 zahlte man dort für 1 kg Vollmilch 0,31 M im Großhandel und 0,38 M im Kleinhandel.[37]

Für Rinder, Färsen und Kühe zahlte man dagegen in den letzten Jahren durchschnittlich 0,58–0,62 M pro kg, im Herbst 1916 für dieselbe Rindviehgattung 1,30–1,90 M pro kg[37]

Die Betriebsleiter der Abmelkewirtschaften, die gezwungen waren, ihren Betrieb aufzulösen, gingen in andere Berufe über. Vielfach wurden sie auch von den Kommunen nach der behördlichen Regelung der Milchverteilung damit betraut, die von den Landwirten gelieferte Milch in den Städten zu verteilen, sei es, daß sie die Kommission zum Milchvertrieb von der Stadt erhielten und diese für eigene Rechnung verteilten, sei es, daß sie als Funktionäre der Kommunalverwaltungen handelten und auf Rechnung der Stadt den Milchvertrieb regelten. Für diese Aufgaben waren sie ja besonders geeignet. Sie besaßen die nötigen Räume

35. Milchwirtschaftliches Zentralblatt 1915, S. 281.

37. Areboe, Preisverhältnisse landwirtschaftl. Erzeugnisse (Beiträge zur Kriegswirtschaft Heft 6) S. 26 ff.

37. Areboe, (wie oben), S. 52 u. 55.

und die notwendigen Erfahrungen auf diesem Gebiet.

Die rationellen Abmelkewirtschaften der größeren Landwirte gingen unter dem Futtermangel auch zurück. Ihre Besitzer legten sich in der Hauptsache auf Viehzucht. Die gewaltige Zunahme des Jungviehbestandes im Industriegebiet während des Krieges ist hauptsächlich auf die Umstellung dieser Wirtschaften zurückzuführen.

Die Milchproduktion ging nach und nach ausschließlich auf die bäuerlichen Betriebe über. Diese konnten ihren Viehbestand wenigstens einigermaßen aufrechterhalten, weil die Fütterung ihres Viehs auf einer viel breiteren Basis beruhte und sich vor allen Dingen auf die Erzeugnisse ihrer eigenen Wirtschaft stützte. Natürlich zwang der Wegfall der früheren Kraftfutterzugabe auch sie, ihren Milchviehbestand etwas zu verkleinern, aber nicht so weit, daß sie dadurch ihren Unterhalt einbüßten. Die Zahl der bäuerlichen Milchbetriebe vergrößerte sich dadurch, daß viele früher reine Ackerwirtschaften mehr und mehr dazu übergingen, sich einen Viehbestand zuzulegen, weniger um die Milchproduktion zu heben, als um den für ihren Betrieb nötigen Dünger zu bekommen. Allerdings war die Zunahme doch so gering, daß sie für die Versorgung der Städte mit Frischmilch kaum in Frage kam, wie überhaupt die bäuerlichen Betriebe nicht annähernd in der Lage waren, den Frischmilchbedarf der Städte zu decken. Schon vor dem Kriege gewannen sie nicht soviel Milch pro Kuh, wie die Abmelkewirtschaften.

Das ihnen durch den Krieg fehlende Kraftfutter suchten sie durch Erweiterung des Anbaues von Futterstoffen auf ihren eigenen Ländereien zu ersetzen. Nach der Anbaustatistik der Kriegsjahre wurde besonders die Gerste immer mehr angebaut. Der Gerstenanbau in unserem Gebiet war in der Zeit von 1913 bis 1918[38] der folgende:

Jahr	Wintergerste	Sommergerste
1913	1140 ha	75 ha
1914	1236 ha	105 ha
1915	1103 ha	132 ha
1916	1288 ha	(einschl. Sommergerste)
1917	923 ha	732 ha
1918	1276 ha	232 ha

38. Preuß. Statistik, Band 240, S. 27 ff. Bd. 248, S. 28 ff., Bd. 250, S. 28 ff. I, S. 38 ff. II, S. 36 ff III, S. 52 ff. IV.

Bei dieser Aufstellung ist zu berücksichtigen, daß die Erhebungsmethode sich im Jahre 1915 geändert hatte. Auch waren vor 1915 die Landwirte vielfach bestrebt, eine größere Fläche anzugeben, als sie in Wirklichkeit bebaut hatten; nach 1915 gaben sie, soweit es ihnen möglich war, eine geringere Fläche an. So ist es wahrscheinlich, daß der Gerstenbau sich mehr ausgedehnt hat als die Zahlen ergaben. Diese Vergrößerung der Anbaufläche ist wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Gerste nie ganz der Zwangsgesetzgebung unterstellt war. Es wurden im ersten Jahre 50 %[39] und in den weiteren Kriegsjahren 40 %[40] der selbsterzeugten Menge dem Landwirt zur Verwendung in seinem Betriebe belassen.

Diese Mittel ersetzten natürlich nicht annähernd die früher verwendeten Futterstoffe.. Die Kühe ließen in ihrer Milchergibigkeit von Jahr zu Jahr nach[41], 1918 rechnete man nur noch 4 Liter pro Tag und Kuh. Bei den Landwirten schwand auch immer mehr das Interesse an der Steigerung der Milchproduktion im eigenen Betriebe. Ihre Initiative war gelähmt worden, da das Mißverhältnis zwischen Herstellungskosten und Milchpreis immer größer wurde,[42] eine intensive Milchwirtschaft kam also nicht mehr in Frage. Wenn der Landwirt sich noch weiter um die Vermehrung seines Futters bemühte, so tat er das weniger um der Steigerung der Milchproduktion willen, als aus Liebe zu seinem Vieh. Auch wurden in dem ersten Kriegsjahre infolge der günstigeren Fleischpreise die Futtermittel aus dem eigenen Betriebe vielfach zum Mästen von Rindern benützt.[43] Neben dem Rückgang der Milcherzeugung trat auch eine große Unregelmäßigkeit in der Milchlieferung ein. Die neuzeitliche Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die Städter in allen Jahreszeiten die gleiche Menge Milch erhielten. Dies konnte durch die gleichmäßige Fütterung ermöglicht werden. Jeder Milchwirt des Industriegebietes legte das Kalben seiner Kühe so, daß er das ganze Jahr hindurch eine gleich große Menge Milch aus seinem Stalle abgeben konnte. Dies geschah dadurch, daß sich die Kühe in ihrer Laktationsperiode ablösten. Die meisten Kühe wurden im Winter zum Kalben gebracht, weil sich dann die Milchergibigkeit der Kuh aus natürlichen Ursachen verringert. Dadurch, daß das Optimum der Laktationsperiode in die Wintermonate gelegt wurde, erzielte man soviel Milch, wie die Kuh den Sommer

---

39. B. V. O. vom 28. 6. 1915 (R. G. Bl. S. 282)
40. B. V. O. vom 6. 7. 1916 (R. G. Bl. S. 659),
41. Landwirtschaftl. Ztg. f. d. Rheinprovinz 1918 S. 470.
42. Landwirtschaftl. Ztg. f. d. Rheinprovinz 1918 S. 470.
43. Areboe, (wie oben) S. 26 ff. (Das hier angegebene trifft auch für das Industriegebiet zu.)

hindurch, wenn ihre Laktationszeit zu Ende ging, erzeugte. Jetzt war dies nicht mehr möglich, denn die Kuh muß — wie jedes Tier — wenn sie tragend ist, besonders gut gefüttert werden. Im Kriege waren die Futtermittel gerade im Winter so knapp geworden, daß man wieder zum Sommer- und Herbstkalben übergehen mußte. Aber nicht nur in dieser Hinsicht war der landwirtschaftliche Milchbetrieb gezwungen, sich auf einen natürlicheren Betrieb einzustellen, sondern auch in Bezug auf die Futterstoffe überhaupt wurde er wieder von den natürlichen klimatischen Verhältnissen seines engsten Bezirkes abhängig. Wir sehen aus der Viehstatistik unseres Gebietes während der Kriegsjahre, wie fein der Viehstand auf die klimatischen Verhältnisse reagierte. Das trockene Jahr 1915, das eine mangelhafte Futterernte hatte, weist einen geringeren Viehbestand auf als das futterreiche Jahr 1916. Die Rinderstatistik von 1916 führt allein 2195 Kälber unter 3 Monaten auf ein Bestand, der vor dem Kriege in unserem Bezirke kaum erreicht wurde.

a 4. Der Milchabsatz.

Der Rückgang des Viehbestandes und die starke Verringerung der Milchproduktion hatte zur Folge, daß die Frischmilchbelieferung der Städte sehr nachließ. So sank zum Beispiel die tägliche Milchzufuhr nach Dortmund während des Krieges und der Nachkriegszeit von 90 000—100 000 Liter zur Zeit der Schwemme auf 30 000 Liter und im Winter von 80 000 Liter auf 8 000 Liter[44]. In Duisburg ging die durchschnittliche Milchzufuhr in diesem Zeitraum um 70—75 % zurück[45]. Die Behörden waren gezwungen, die Milch öffentlich zu bewirtschaften. Durch die Bundesratsverordnung vom 2. September 1915 (R. G. Bl. S. 545) wurde die Verwendung von Milch für die Herstellung von Backwaren und ihr öffentlicher Verkauf untersagt und die Kommunalverbände angewiesen, die Milchverteilung öffentlich zu regeln. Auf Grund der Verordnung vom 4. November 1915 (R. G. Bl. S. 223) gaben die Kommunalverbände Milchkarten aus, die nur für solche Personen bestimmt waren, die zuerst mit Milch versorgt werden mußten, wie Kinder, Kranke, Schwangere und alte Leute. Schon vorher hatte die Regierung Bestimmungen über die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch aufgestellt.[46]

Jeder Milchbezugsberechtigte gab seine Karte an den nächsten Milchhändler oder Landwirt ab, von dem er die Milch erhalten konnte. Die Landwirte wurden dadurch gezwungen, an einen von der Behörde festgesetzten Kundenkreis ihre Milch zu liefern.

---

44. Nach Mitteilung der Milchversorgung G. m. b. H. Dortmund.

45. Nach Mitteilung der Milchversorgung G. m. b. H. Duisburg.

46. B. V. O. vom 4. 8. 1914 in der Fassung vom 14. 12. 1914 (R. G. Bl. S. 516).

Mancher alter Kunde mußte daher ausgeschaltet werden. Daß die Landwirte diese Maßnahmen nicht gerade begrüßten, ist wohl zu verstehen und viele kehrten sich wenig an diese Bestimmungen. Sie fühlten sich ihrer alten Kundschaft und ihren Verwandten gegenüber verpflichtet — dies spielte gerade im Industriegebiet zwischen Landwirt und Kundenkreis eine große Rolle — und belieferten diese noch weiter, während sie die Milch, die sie darüber hinaus besaßen, den Milchkartenbesitzern abgaben. Bei der allgemeinen Milchknappheit kam es nun sehr oft vor, daß der Milchbedürftige wohl eine Milchkarte, aber keine Milch erhielt, während mancher von denen, denen laut Bestimmung keine Milch zustand, versorgt wurde. Die Behörde sah sich in Anbetracht dieser Zustände gezwungen, grundlegendere Maßnahmen für die Versorgung mit Milch zu treffen. Es wurden von den einzelnen Städten des Industriegebietes Einrichtungen — Milchversorgungen — geschaffen, denen die Versorgung der Bevölkerung mit Milch übertragen wurde. Die Milchproduzenten im Industriegebiet hatten ihre Milch an die von diesen Behörden in den einzelnen Stadtbezirken errichteten Milchsammelstellen abzuliefern, die dann die Verteilung der Milch übernahmen[47]. Durch diese Maßnahmen hatte man zwangsweise eine Instanz zwischen Produzenten und Konsumenten geschoben. Der alte, im Industriegebiet seit Jahrzehnten geführte Kampf zwischen Milchhändler und Milcherzeuger war zu Gunsten der ersteren entschieden worden.

Aber nicht nur die Verteilung, sondern auch die Bewirtschaftung der Milch wurde damit dem Landwirt abgenommen. Der Bauer mußte pro Kuh täglich eine bestimmte Menge Milch an die Sammelstelle abliefern, die sie verteilte und die die in dem Bezirk nicht zur Verwendung gelangende Milch an die Hauptsammelstelle schickte, wo sie entrahmt und zu Milchprodukten weiterverarbeitet werden sollte. Die Landwirte wurden immer schärfer überwacht. Alle Woche erschien eine Kommission, die eine Stallprobe vornahm, und diejenigen Landwirte, die nicht genug Milch geliefert hatten, wurden bestraft. Nach § 15 der Bekanntmachung über Speisefett vom 20. 6. 1916[48] durften die Kommunen die kleinen Buttermaschinen, die sich in jedem bäuerlichen Haushalt befanden, versiegeln. Dem Bauer war damit verboten, sich seine Butter selbst herzustellen. Zwar erhielt er von den Sammelstellen wöchentlich eine bestimmte Menge Butter, die sich nach der Anzahl der in seinem Haushalte befindlichen Personen richtete, diese Menge war aber gerade im Industriegebiet so klein bemessen, daß sie kaum für ein paar Tage reichte.

---

47. Aus dem Material der Vereinigten Milchversorgungen für das Industriegebiet Essen.

48. R. G. Bl. S. 758, .

Doch diese Maßnahmen genügten nicht, die Städte waren gezwungen, ihr Augenmerk auch auf die Erhöhung der Milchanfuhr zu richten. Dies geschah einmal dadurch, daß sie eigene Milchproduktionsstätten errichteten, zum anderen dadurch, daß man versuchte, die Milchanfuhrgebiete auszudehnen. So hatte sich Dortmund z. B. eigene Milchviehställe geschaffen, die im Sommer $^1/_3$ und im Winter $^2/_3$ der in Dortmund notwendigen Milch lieferten.[49] Das Milchzufuhrgebiet der Städte erweiterte sich um 160 % im Vergleich zur Vorkriegszeit.[50] Die Zuchtgebiete des Niederrheins und nördlichen Westfalens wurden zur Versorgung des Industriegebietes mit Milch herangezogen. Dies konnte dadurch ermöglicht werden, daß man den Milchpreis für die Produzenten ab Einlieferungsstation vereinbarte, sodaß die „Milchversorgungen" die Frachtkosten mit übernahmen. Da die Milchversorgungen die Frachtkosten auf irgend eine Weise bestreiten mußten, wurde der Preisunterschied zwischen Erzeuger- und Konsumentenpreis von 2 Pfennig im Frieden auf 6—10 Goldpfennig in der Kriegs- und Nachkriegszeit erhöht. Hierdurch fühlten sich die Landwirte des Industriegebietes sehr benachteiligt, sie hatten das Empfinden, daß sie zu gering bezahlt wurden, während der Handel zu viel verdiene. Als besonders ungerecht empfanden sie es, daß Dortmund die Milch, die es in eigenen Betrieben erzeugte, weit über dem amtlich festgesetzten Höchstpreis verkaufte.[51]

Auf dem Gebiete der Milchwirtschaft war somit der Landwirt als „Wirtschaftender" in des Wortes eigenster Bedeutung ausgeschaltet, ihm wurde die Herrschaft über sein Produkt entzogen. Zwar war er berechtigt, eine geringe Menge Milch zur Verwendung als Frischmilch im eigenen Haushalt zurückzubehalten aber alle übrige mußte er restlos der Sammelstelle zur Verfügung stellen. Durch diese Maßnahmen hatte der Landwirt auch das Interesse an der Produktionssteigerung verloren. Dieses suchte man dadurch anzuregen, daß man den Landwirten, die besonders pünktlich ihre Milch ablieferten, eine gewisse Kraftfutterprämie zuwies, aber man erreichte damit nicht viel, weil der niedrige Milchpreis es dem Landwirt einfach nicht erlaubte, größere Aufwendungen für die Milchproduktion zu machen.

a 5. Die Fleischversorgung..

Der Landwirt hatte nicht nur das Recht, über die Verwendung seiner Milch zu entscheiden, verloren, er durfte in den letzten zwei Kriegsjahren auch nicht mehr über sein Vieh verfügen. Der gewaltige Auftrieb des Viehs im

---

49. u. 50. Aus den Materialien der Vereinigten Milchversorgungen Essen.

51. Landw. Ztg. f. Westf. und Lippe 1917 S. 61,

Herbst 1915 ließ die Befürchtung entstehen, daß unsere weitere Fleischversorgung erheblich gefährdet würde. Man ging deswegen im Frühjahr 1916 dazu über, die Fleischversorgung öffentlich zu regeln.[52] Den Viehandelsverbänden wurde die Fleischversorgung anvertraut. Sie beschafften das Vieh unter Benutzung des Handels und durch den Kommunalverband. Die dem Verbande angeschlossenen Viehhändler traten als Kommissionäre des Verbandes auf und suchten das Vieh auf privatem Wege zu erhalten.[53] Mancher von ihnen wurde auch zum Vertrauensmann seines Kommunalverbandes ernannt und hatte in dieser Eigenschaft das von dem Kommunalverband abzuliefernde Soll an Schlachtvieh innerhalb seines Bezirkes zu beschaffen.[54] Jeder Kreis hatte Viehkataster anzulegen. Der Landwirt mußte jede Veränderung in seinem Viehbestand sofort anmelden und durfte sein Vieh nur an einen Kommissionär verkaufen. Dieser war auch, wenn er von dem Kommunalverband als Vertrauensmann bestellt war, berechtigt, zur Deckung des Fleischbedarfes der Kommunalverwaltung die Ställe der Landwirte zu kontrollieren und schlachtreife Tiere ohne die Zustimmung der Besitzer gegen Entschädigung zu nehmen. Diese Maßnahme griff ebenfalls sehr in den Betrieb des Landwirtes des Industriegebietes ein. Es war bei ihm üblich, daß er die Tiere direkt an den Metzger verkaufte. Die von der Behörde eingesetzte Zwischeninstanz verteuerte den Viehpreis unnötig, oder, was hier richtiger ist, sie verringerte den Verdienst der Landwirte, denn der behördlich festgesetzte Schlachtviehpreis kam den Landwirten nicht vollständig zugute. Aus ihm mußten ja die Kommissionäre für ihre Bemühungen entschädigt werden. Dem Landwirt ging ein Gewinn verloren, während die Kommissionäre es vielfach verstanden, für sich unrechtmäßige Gewinne einzustreichen, stammten sie doch fast alle aus den Kreisen, die sich von jeher mit dem An- und Verkauf von Vieh befaßt hatten. Gerade im Industriegebiet sind sehr viele Veruntreuungen der Viehhändler vorgekommen. Mancher Kommissionär leitete das für den Kommunalverband beschlagnahmte Vieh eines Landwirtes in den Schleichhandel. Für einen Bauern war es gewiß nicht erfreulich, wenn er die seinem Stalle gegen seinen Willen als „schlachtreif" entführte Kuh bei einem Nachbarn wiederfand.

b) Die Ackerwirtschaften.

Der Ackerbau hatte ebenfalls unter den Kriegsbedingungen z

52. Skalveit, Die Viehhandelsverbände in der Kriegswirtschaft S. 1 ff.
53. Ders. S. 10 ff.
54. Ders. S. 15 ff.

leiden Technisch wirkte auf seine Entwicklung während der Kriegszeit der fehlende Kunstdünger ein, denn die hohen Vorkriegserträge der deutschen Landwirtschaft waren in der Hauptsache auf den hohen Kunstdüngerverbrauch zurückzuführen.[55] Ein großer Teil dieser Dungstoffe kam vor dem Kriege aus dem Auslande; dieser konnte im Kriege nicht mehr bezogen werden. Zwar gelang es der deutschen Industrie, diese Stoffe durch neue Methoden künstlich aus der Luft zu bannen, doch wurden die erzeugten Mengen fast restlos in der Kriegsindustrie gebraucht.

Neben der Abnahme des Kunstdüngerverbrauchs trat im Industriegebiet noch ein starker Rückgang in dem Verbrauch von tierischem Dünger ein, der darauf beruhte, daß die wenigen noch im Industriegebiet vorhandenen städtischen Pferdebesitzer den Dünger, der infolge der Kunstdüngerknappheit an wirtschaftlichem Wert gewonnen hatte, nur gegen Pferdefutter eintauschten und ihn deswegen meist an größere landwirtschaftliche Betriebe in ländlichen Gegenden verschickten, die leichter die dafür erforderlichen Hafermengen der öffentlichen Bewirtschaftung des Hafers entziehen konnten. Die Wirtschaften des Industriegebietes, die auf die Verwendung dieses Düngers eingestellt waren, sahen sich gezwungen, ihre Wirtschaftsweise zu ändern, sich einen Viehbestand zuzulegen, um den notwendigen Dünger im eigenen Betrieb erzeugen zu können.[56]

In wirtschaftlicher Beziehung litten die Ackerwirtschaften ebenso stark unter der Zwangswirtschaft und der mit dieser verbundenen Preispolitik wie die Milchbetriebe, denn infolge der durch den Ausfall der Düngemittel hervorgerufenen Verringerung der Ernteerträge war der Staat gezwungen, die erzeugten Lebensmittel restlos der Volksernährung zur Verfügung zu stellen.

Unter dem 25. Januar 1915 wurde die Ernte 1915 durch das Gesetz über den Verkehr mit Brotgetreide schon vollständig der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellt. Diese Verordnung ist grundlegend für die ganze Kriegsversorgung gewesen. Sie ordnete die Beschlagnahme sämtlichen Brotgetreides mit der Trennung der Frucht vom Boden an. Freigegeben wurden nur die Mengen für die Selbstversorgung der im Haushalt des Erzeugers vorhandenen Personen und zwar pro Kopf 9 kg im Monat sowie die Saat. Die Erzeuger hatten das Getreide bis zur Ablieferung so zu behandeln, daß es vor Verderben geschützt wurde. Die Beschlagnahme wurde von den Kommunalverbänden durchgeführt, die der mit dem Gesetz geschaffenen Reichsgetreidestelle unterstellt waren. Die Reichsgetreidestelle hatte als oberste Instanz

---

55. Grossmann: Düngemittel im Kriege (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 15) S. 1 ff.

56. Nach mündlichen Berichten.

den Verkehr mit Brotgetreide zu regeln und zu überwachen. Die Kommunalverbände mußten aus den in ihrem Bezirk erzeugten Beständen an Brotgetreide die in ihrem Gebiet vorhandene Bevölkerung mit Brot versorgen, den Ueberschuß hatten sie an die Reichsgetreidestelle abzugeben. Diese wies die Mengen den Verbänden zu, die ihren Getreidebedarf aus eigener Erzeugung nicht decken konnten. Die Kleie wurde an die Kommunalverbände nach der Menge des erzeugten Getreides und der in dem Verbande vorhandenen Viehwirtschaften durch die Reichsfutterstelle verteilt. Den Ueberschuß hatte sie der Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirtschaft G. m. b. H. zur Verfügung zu stellen.

Neben dem Brotgetreide wurde bald auch der Hafer beschlagnahmt. Der Hafer, das wichtigste Nahrungsmittel der Pferde, wurde vor allem für die im Kriege verwendeten Pferde benötigt. Die Bundesratsverordnung vom 13. Februar 1915 (R.G.Bl. S. 81) stellte die gesamte inländische Hafermenge der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung zur Verfügung. Die Landwirte durften nur für die in ihrem Betriebe verwendeten Pferde eine geringe Menge zurückbehalten, die zuerst 1½ kg pro Tag und Pferd betrug und sich von Zeit zu Zeit je nach Vorrat veränderte. Weiter konnte für die Zweihufer, soweit sie als Zuchtvieh und Zugvieh Verwendung fanden, ein geringes Quantum im Betriebe verbleiben. Auch die Gerste stellte man durch die Verordnung vom 23. Juli 1915 (R.G.Bl. S. 455) unter öffentliche Bewirtschaftung. Mit ihrer Beschlagnahme betraute die Regierung die Reichsfuttermittelstelle. Als unterste Instanz hatte der Kommunalverband die Beschlagnahme wie bei Hafer und Brotgetreide durchzuführen. Doch gab man dem Erzeuger einen Teil seines Ertrages frei. Anfangs wurde nur die Hälfte der Ernte beschlagnahmt, später nur 40 % der Ernte freigelassen.

Wie der Düngermangel und die Zwangsgesetze auf den Ackerbau unseres Untersuchungsgebietes einwirkten, zeigen uns eine Uebersicht über die Entwicklung der Hektarerträge der 6 wichtigsten Fruchtarten in den 4 landwirtschaftlich bedeutendsten Kreisen unseres Bezirkes und eine Untersuchung über die Bewegung der Anbaufläche der bedeutendsten Fruchtarten in dem gesamten Untersuchungsgebiet.

Die Hektarerträge der Landkreise Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Dienslaken in den Jahren 1914—1918[57]

---

57. Preuß. Statistik, Bd. 248, S. 27 ff., Bd. 250, S. 27, S. 36, 55, 74. Für die Jahre 1915—1918 sind die Schätzungen der vo

(in 100 kg pro ha)

I. Dortmund:

	1914	1915	1916	1917	1918
Winter-Weizen	24	25,4	22,6	15,8	20,1
Winter-Roggen	22,4	23,8	19,5	17,4	19,6
Winter-Gerste	21,7	28,2	22,5	17,8	22,2
Hafer	25,6	14,5	15	14,4	14,7
Kartoffeln	194	210,8	141	153,4	143,8
Futterrüben	452	502,4	498	517	421

II. Bochum.

	1914	1915	1916	1917	1918
Winter-Weizen	23,9	22,5	22,3	18,2	19,3
Winter-Roggen	22,6	23,8	21,5	19,9	19,5
Winter-Gerste	29,3	28,9	21,3	18,6	18,2
Hafer	28,1	13,9	16	14,6	15,7
Kartoffeln	176,6	213,5	121	140,8	111,8
Futterrüben	404,8	430	424	400	353

III. Gelsenkirchen

	1914	1915	1916	1917	1918
Winter-Weizen	23,9	23,3	22	14,7	21,1
Winter-Roggen	19,9	22,4	21,3	20	18,2
Winter-Gerste	24,9	26,7	22,7	13,9	16,1
Hafer	18,8	11,3	16,8	14	13,9
Kartoffeln	184,2	176,9	97,7	137	128,9
Futterrüben	364,9	342,9	412	400	293

IV. Dienslaken:

	1914	1915	1916	1917	1918
Winter-Weizen	23,4	21,2	15,8	16	14,5
Winter-Roggen	19	18	14,6	14	14,1
Winter-Gerste	21,4	18,7	16,3	17	14,4
Hafer	22	13,5	15,8	13	10,8
Kartoffeln	127,3	157	46	118	139,9
Futterrüben	353,2	398	320	250	316,

Aus der angeführten Aufstellung ist zu ersehen, daß die Ergibigkeit der Fläche in den einzelnen Kreisen sehr verschieden war. Von den 4 angeführten Kreisen haben für alle Kulturarten

---

den Kreisausschüssen der einzelnen Kreise ernannten Taxatoren genommen. Nur im Kreise Dienslaken sind 1917 die Schätzungen der Vertrauensleute der Landwirtschaftskammer angeführt, da diese den tatsächlichen Ergebnissen am besten entsprachen.

Dortmund und Bochum die höchsten Erträge aufzuweisen. Diese Unterschiede sind einmal auf die Bodenqualität zurückzuführen, denn die zuletzt genannten Kreise besitzen eine fruchtbarere Ackerkrume als z. B. der Kreis Dienslaken, dessen Fläche in der Hauptsache aus Lehm und Sand besteht, der an vielen Stellen mit Kies durchsetzt ist; dann aber auch die Art der Festsetzung der Hektarerträge; diese beruht auf Schätzung und entspricht deshalb nicht immer den tatsächlichen Ergebnissen[58]. Setzen wir den Durchschnittsertrag der 4 angeführten Kreise für das Jahr 1914 = 100, so ergibt sich folgendes Bild:

	1914	1915	1916	1917	1918
Winter-Weizen	100	97,1	87,4	67,2	78,5
Winter-Roggen	100	105,2	79,5	84,7	84,7
Winter-Gerste	100	114,5	85,2	67,8	72,8
Hafer	100	56,3	67,3	59,1	58
Kartoffeln	100	111,1	89,4	80,5	76,8
Futterrüben	100	106,4	100,5	104,5	87,8

Der Durchschnitts-Hektarertrag der 6 Fruchtarten bewegte sich in der Provinz Westfalen in der gleichen Zeit folgendermaßen:[59]

	1914	1915	1916	1917	1918
Winter-Weizen	100	97	94,5	74	75,5
Winter-Roggen	100	100	84,2	74,2	79,2
Winter-Gerste	100	106,2	83,2	77,2	76,8
Hafer	100	67,1	77,2	56	56,5
Kartoffeln	100	109,2	61,1	86,1	77,6
Futterrüben	100	96,2	77,9	81,2	73,8

Beide Tabellen zeigen einen Rückgang der Hektarerträge, der aber nicht gleichmäßig, sondern in Schwankungen verläuft und bei den einzelnen Fruchtarten sehr verschieden ist. In Westfalen haben wir schon im Jahre 1915 eine Abnahme bei Weizen, Hafer

---

58. Wie stark einzelne Schätzungen voneinander abweichen, ersehen wir z. B. daraus, daß die vom Kreisausschuß bestellten Taxatoren im Kreise Dienslaken im Jahre 1917 den Hektarertrag des Weizens mit 12,3 Doppelzentnern, den des Roggens mit 12,5 Dopp. Ztn. und den der Gerste mit 11,6 Dopp. Ztn. abschätzten, während die Vertrauensleute der Landwirtschaftskammer in dem gleichen Jahre den Weizenertrag auf 16,— den Roggenertrag auf 14 und den Gerstenertrag auf 17 Dopp. Ztn. pro ha bemaßen.

59. Preuß. Statistik, Bd. 257, S. 66 ff. (Nach den Schätzungen der von den Kreisausschüssen ernannten Taxatoren).

und den Futterrüben zu verzeichnen. In den 4 angeführten Kreisen sind nur Weizen und Hafer unter den Ertrag von 1914 gesunken, während 1915 die Erträge der Futterrübe um 6, des Roggens um 5, der Gerste um 14,5 und der Kartoffeln um 11 % über den Erträgen von 1914 standen und damit die Ertragszunahme dieser Fruchtarten in Westfalen überstiegen.

Am meisten ging der Haferertrag pro ha zurück, er sank in unserem Untersuchungsgebiet schon 1915 um 44 %, erholte sich in den folgenden Jahren wieder um einige Prozent und stand 1918 mit 42 % unter dem Hektarertrag von 1914 um 2 % über dem in Westfalen. Der gewaltige Rückgang des Haferertrages ist in der Hauptsache den Witterungsverhältnissen der einzelnen Jahre zuzuschreiben, denn der Hafer hat in Westfalen und dem nördlichen Rheinland oft stark unter der Witterung zu leiden; entweder tritt kurz nach der Saat eine längere Trockenheit ein, sodaß er nicht keimen kann, oder seine Blutezeit fällt in eine Regenperiode, die seine Befruchtung verhindert. Ein so gutes Haferjahr wie 1914 erlebt das nördliche Randgebiet des rheinischen Schiefergebirges selten.

Wie weit der Hektarertrag der anderen Fruchtarten durch die Witterung beeinflußt wurde, ersehen wir aus den Schwankungen der Erträge der angeführten Fruchtarten in den gleichen Jahren. So hat z. B. das gute Futterjahr 1916 den Hackfruchtbau sehr ergibig gestaltet, während 1918 die Witterung dem Getreide günstiger war.

Die Jahre 1916—1918 brachten in unserem Untersuchungsgebiet für Weizen einen größeren Rückgang als in Westfalen. Das Sinken des Hektarertrages der Gerste war in den Jahren 1917 und 1918 in Westfalen ebenfalls geringer als in dem Industriegebiet. Dagegen haben die anderen Fruchtarten in Westfalen einen größeren Rückgang ihres Hektarertrages zu verzeichnen. Für alle Fruchtarten zusammen ist der Ertragsrückgang in Westfalen größer als in unserem Untersuchungsbezirk und setzte dort auch früher ein. Dieses Nachlassen der Erträge der Fruchtarten ist auf die Abnahme der Intensität der landwirtschaftlichen Produktion zurückzuführen. Die fehlenden Dungstoffe riefen im ersten Kriegsjahre noch nicht eine Ertragsminderung hervor, weil der Boden noch infolge der Düngervorratswirtschaft, die vor dem Kriege allgemein betrieben wurde, reichlich Nahrung für die Pflanzen aufgespeichert hatte, von denen diese in den ersten Jahren zehren konnten. Das Industriegebiet hatte infolge seiner Lage eine intensivere Wirtschaft betrieben als der Durchschnitt der landwirtschaftlichen Betriebe in Westfalen, sein Boden hatte mehr Dungstoffe aufgespeichert, deswegen ließ die Ergibigkeit dort nicht so schnell und zu gewaltig nach. Auch stand den Landwirten des Industriegebietes pro ha eine größere Menge tierischen

Düngers zur Verfügung, da sie im allgemeinen einen höheren Viehbestand besaßen als die landwirtschaftlichen Betriebe in den ländlichen Gegenden Westfalens.

Besonders auffällig ist es, daß im Industriegebiet die Futterrüben noch im Jahre 1917 ihren Hektarertrag von 1914 um 4 % überschritt, trotzdem sie doch gerade neben einem großen Arbeitsaufwand einen gut gedüngten Boden verlangt. Für die Landwirtschaft des Industriegebietes war die Futterrübe das einzige Erzeugnis, dessen Ertrag sie restlos im eigenen Betrieb verwerten durfte. Sie legte sich deswegen mit besonderer Sorgfalt auf die Erzeugung dieses Produktes, um für ihr Vieh wenigstens ein Futtermittel mit hohem Nährgehalt zu gewinnen. Im Jahre 1918 ging dann der Hektarertrag der Futterrübe zurück, was zum Teil auf die für diese Frucht ungünstigen Witterungsverhältnisse zurückzuführen, zum Teil einem Zurückgehen der Intensität zuzuschreiben ist, die einmal dadurch bedingt war, daß die Landwirtschaft immer mehr das Interesse an der Erzeugung landwirtschaftlicher Güter verlor, zum anderen der 1918 von sehr vielen Landwirten betriebenen Nebenbeschäftigung zuzuschreiben war, die infolge ihres hohen Ertrages immer mehr Kräfte aus dem landwirtschaftlichen Betrieb herauszog. Dem relativ hohen Düngeraufwand beim Futterrübenbau ist es neben der günstigeren Höchstpreisgestaltung für Roggen in unserem Untersuchungsgebiet auch zu verdanken, daß der Roggenertrag hier prozentual nicht so tief sank wie in Westfalen. Denn bei der Fruchtfolge Futterrübe — Roggen braucht der Roggen in gut gedüngtem Boden in unserem Untersuchungsgebiet keine besondere Dungzugabe, um einen hohen Ertrag zu bringen, während Weizen und Gerste in ein Rübenfeld gesät wenigstens noch Kopfdünger benötigen, wenn sie gute Erträge bringen sollen.

Nach der Anbaustatistik[60] wurden in unserem Untersuchungsgebiet folgende Flächen mit Getreide bestellt:

---

60. Bei der Betrachtung der im folgenden aufgeführten Zahlenreihen müssen wir berücksichtigen, daß die Erhebungsmethode der Anbauflächen sich während des Krieges geändert hat und infolgedessen der Vergleich der Anbauflächen der einzelnen Jahre miteinander keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit machen kann.

Jahr	Winter-Weizen:	Sommer-Weizen:	Winter-Roggen:	Sommer Roggen:	Winter-gerste	Sommer-gerste:	Ha-fer
1913	6689 ha	21 ha	16972 ha	16 ha	1140 ha	75 ha	8995 ha
1914	5392 ha	99 ha	16840 ha	24 ha	1236 ha	105 ha	9206 ha
1915	5185 ha	68 ha	14587 ha	29 ha	1103 ha	132 ha	7490 ha
1916	3999 ha	59 ha	12590 ha	14 ha	1288 ha		5460 ha
1917	3153 ha	62 ha	9465 ha	24 ha	923 ha	732 ha	4534 ha
1918	3215 ha	43 ha	9118 ha	39 ha	1276 ha	232 ha	4925 ha

Setzen wir die Anbaufläche für 1913 = 100, so gelangen wir zu folgenden Ergebnissen:

Jahr	Winter-Weizen:	Sommer-Weizen:	Winter-Roggen:	Sommer Roggen:	Winter-gerste	Sommer-gerste:	Ha-fer
1913	100	100	100	100	100	100	100
1914	80,8	471,9	99,2	150	108,4	140	102,3
1915	77,5	323,8	85,9	181,2	96,7	176	83,3
1916	59,8	280,9	74,1	87,5	106		61,9
1917	47,1	295,2	55,7	150	80,9	976	50,4
1918	48	204,7	53,7	243,7	111,4	309,1	54,7

In Preußen bewegte sich die Anbaufläche dieser Fruchtarten folgendermaßen:[61]

Jahr	Winter-Weizen:	Sommer-Weizen:	Winter-Roggen:	Sommer Roggen:	Winter-gerste	Sommer-gerste:	Ha-fer
1913	100	100	100	100	100	100	100
1914	103	100,7	101,7	91,4	107,8	97,2	106,2
1915	100,3	106,7	100,2	111,2	106,9	98,0	104,1
1916	82,9	85,7	92,2	111,3	92,9		81,6
1917	75,7	67,2	85,5	105,7	176,1	91	74,6
1918	75,2	63,5	89,1	100,03	222,6	86,9	79,8

Die Aufstellungen zeigen einen Rückgang der Anbaufläche für Winterroggen, Winterweizen und Hafer, der in unserem Untersuchungsgebiet viel größer ist als in Preußen. Das Industriegebiet hat dagegen ein bedeutendes Anwachsen des Sommeranbaues für Roggen, Weizen und Gerste zu verzeichnen, während in dem gesamten Staatsgebiet nur der Sommerroggen seinen Flächenbestand bis 1918 behaupten konnte, und die Fläche für Sommerweizen und Sommergerste um 10 % bezw. 14 % zurückgegangen ist.

Besonders stark war die Zunahme des Sommergetreideanbaues in dem von uns zu betrachtenden Bezirk in den Jahren,

61. Für Preußen ohne die abgetretenen Gebiete Preuß. Statistik, Bd. 271, S. 6.

denen ein nasser, für die Ackerbestellung ungünstiger Herbst vorausging. Dann konnte die gesamte Fläche mit den geringen Arbeitskräften nicht eingesät werden, und ein Teil mußte für die Frühjahrsbestellung liegen bleiben.

Die Gerste hat sowohl in Preußen wie im Industriegebiet eine Zunahme ihrer Anbaufläche zu verzeichnen, doch ist im Industriegebiet das Anwachsen der Gerstenanbaufläche viel größer als in Preußen.

Neben dem Rückgang des Brotgetreideanbaues in unserem Bezirk ist auch eine Verschiebung innerhalb der Anbaufläche eingetreten, die aus der Statistik nicht zu ersehen ist. In den Betrieben, die schon vor dem Kriege Brotgetreide anbauten, ging die Anbaufläche zu Gunsten anderer Früchte zurück, während die kleineren Besitzer mehr und mehr dazu übergingen, Brotgetreide zu säen; dies ist darauf zurückzuführen, daß die Verwendungsart des geernteten Brotgetreides im Industriegebiet während des Krieges eine andere wurde. Es wanderte früher in die Futterkrippe oder wurde verkauft. Das im Industriegebiet gezogene Brotgetreide fand wegen seines geringen Klebergehaltes als Nahrungsmittel keine Verwendung mehr, da ja bessere ausländische Ware in reichlichem Maße und bequem vom Markte bezogen werden konnte. Dies änderte sich, als die von Tag zu Tag schlechter werdende Ernährungslage jeden, der ein Stück Land besaß, dazu trieb, Korn zu säen, um den Brotbedarf seines Haushaltes befriedigen zu können. Ueber den Hausbedarf hinaus noch Brotgetreide anzubauen reizte den Landwirt immer weniger. Den Zwang zur Ablieferung empfand er immer drückender, zumal die Höchstpreise für die einzelnen Getreidearten so niedrig gehalten wurden, daß sie den Produktionskosten kaum entsprachen.

Nach einer Untersuchung in der Landwirtschaftlichen Zeitung für die Rheinprovinz waren im Jahre 1918[62] die Preise für Roggen, Gerste und Hafer um 60 % gegenüber dem Friedenspreise gestiegen, während die Preise für:

Kartoffeln um	80 %
Pferde um	600—900 %
tragende Färsen um	500—600 %
Geschirr um	700 %
Pflüge um	200 %
Maschinen um	150—300 %

über den Friedenspreis angewachsen waren. Diese niedrige Festsetzung der Höchstpreise für die Getreidearten traf die gesamte Landwirtschaft Deutschlands. Die Landwirte unseres Untersu-

62. Landwirtschaftliche Zeitung für die Rheinprovinz 1918 S. 443.

chungsgebietes wurden darüber hinaus durch diese Zwangsmaßnahmen noch insofern besonders geschädigt, als die Regierung die Höchstpreise für das Industriegebiet nicht in demselben Verhältnis zu dem Friedenspreise der betreffenden Produkte festsetzte, wie in den übrigen Gebieten, sondern niedriger.

Nach einer Zusammenstellung in Wirtschaft und Statistik[63] stieg der Höchstpreis in unserem Untersuchungsgebiet für Roggen in den Jahren 1915 und 1916 ungefähr im gleichen Verhältnis wie in den ländlichen Gegenden Deutschlands, 1917 blieb er dagegen hinter der Preissteigerung der übrigen Gebiete zurück um sich im Jahre 1918 der Preissteigerung in diesem Distrikten wieder anzupassen.

Der Weizenpreis dagegen blieb in seiner Steigerung hinter den anderen Gebieten zurück. Der Roggen ist infolge seiner günstigen Preisgestaltung auch während der Kriegszeit in unserem Gebiet nicht so stark in seinem Anbau und in seinem Ertrag pro ha zurückgegangen wie der Weizen.

Die Höchstpreise für Gerste wurden dagegen in demselben Verhältnis wie in den Bezirken Berlin und Stettin festgesetzt, ihr Peis stieg in den einzelnen Jahren prozentual höher als die Preise für Roggen und Weizen. Die Landwirte des Industriegebietes bemühten sich deshalb auch immer mehr, die Anbaufläche für Gerste zu erweitern, zumal sie auch einen Teil der Gerstenernte im eigenen Betrieb verwerten konnte.

Der Haferpreis lockte, trotzdem er für das Industriegebiet relativ höher festgesetzt worden war als die Preise für die übrigen Getreidearten, zur Vergrößerung des Haferanbaues nicht, da derselbe zu stark unter der Witterung zu leiden hatte und infolgedessen das Risiko für den Landwirt zu groß war. Die Landwirte begnügten sich deshalb damit, ihren eigenen Haferbedarf zu befriedigen. In ganz Preußen hat dagegen die günstige Haferpreisgestaltung dahin gewirkt, daß der Haferanbau nicht so stark gesunken ist, wie der Anbau für Roggen und Weizen.

Die Anbaustatistik für Kartoffeln und Futterrüben gibt uns folgende Zahlen:[64]

Jahr:	Kartoffeln:	Futterrüben:
1913	10 289 ha	2 742 ha
1914	10 463 ha	3 339 ha
1915	10 130 ha	3 250 ha
1916	4 448 ha	3 680 ha
1917	2 593 ha	2 659 ha
1918	3 079 ha	3 012 ha

63. 1921 S. 299.

64. Preuß. Statistik, (vergl. S. 36 Nr. 57).

Setzen wir die Anbaufläche dieser Fruchtarten im Jahre 1914 = 100, so gelangen wir zu folgenden Ergebnissen:

a) in unserem Untersuchungsgebiet:

Jahr:	Kartoffeln:	Futterrüben:
1913	100	100
1914	101,5	121,7
1915	98,4	118,5
1916	43,2	134,5
1917	25,1	133,4
1918	29,9	109,8

b) In Preußen:[65]

Jahr:	Kartoffeln:	Futterrüben:
1913	100	100
1914	101,5	108
1915	105,1	117,7
1916	83,7	102,4
1917	75,9	103,3
1918	84,1	122,5

Im Industriegebiet hat sich der Kartoffelanbau im Jahre 1915 um etwas vergrößert, ging in den folgenden Jahren zurück und war im Jahre 1918 um 70 % seines Vorkriegsumfanges gesunken. Im gesamten Staatsgebiet sehen wir bis zum Jahre 1916 ein Anwachsen des Kartoffelanbaues und in den letzten beiden Kriegsjahren eine Abnahme, die 1917 mit 25 % unter dem Umfang von 1913 ihren tiefsten Stand erreicht hatte und 1918 wieder um 10 % angewachsen war.

Doch ist die Kartoffelanbaufläche in unserem Untersuchungsgebiet nicht so stark zurückgegangen wie die Statistik angibt. Die vielen kleinen Kartoffelparzellen der gewerblich tätigen Bevölkerung wurde in den letzten Kriegsjahren von der Statistik zu wenig erfaßt. Allerdings hat bei den Landwirten der Kartoffelanbau während des Krieges abgenommen; teils ist dies auf die Arbeiterverhältnisse zurückzuführen, zum größten Teil aber auf die Preisrelation zwischen Pflanz- und Esskartoffeln. Der Landwirt des Industriegebietes ist auf den Bezug von Pflanzkartoffeln angewiesen, er bezieht jedes Jahr den größten Teil der Kartoffelmenge, die er anpflanzen will, aus dem Osten. Da auch für die Kartoffel ein Preis festgesetzt war, der den Produktionskosten nicht entsprach, begnügte sich der Landwirt mit dem Anbau von soviel Kartoffeln wie er selbst verwenden konnte, trotzdem die Regierung in beiden letzten Jahren Prämien für die Erweiterung des Kar-

65. Preuß. Statistik, Band 275, S. 7.

toffelbaues aussetzte[66]. Auch wurde von den Landwirten der Kartoffelbau deswegen eingeschränkt, weil die Kartoffelfelder sehr oft von Dieben heimgesucht wurden.

Der Rübenanbau hatte dagegen sowohl im Industriegebiet wie in Preußen eine Zunahme erfahren, die in unserem Untersuchungsgebiet größer ist als in Preußen und dort 1916 mit 33 % über dem Umfang von 1913 ihren höchsten Punkt erreichte, um im Jahre 1918 um 24 % unter dem Vorkriegsumfang zurückzugehen, während sie in Preußen 1915 17 % über der Anbaufläche von 1913 stand, dann wieder erheblich sank und 1918 um 22 % über der Fläche vom letzten Vorkriegsjahre ihren höchsten Punkt erreichte.

Auch hier sehen wir, daß der Futterrübenbau bis 1917 in unserem Untersuchungsgebiet immer beliebter wurde, da die Futterrüben für die dortigen Landwirte nicht unter die Zwangsgesetze fielen und im eigennen Betrieb verwertet werden konnten. Der Rückgang der Anbaufläche der Futterrübe im letzten Kriegsjahre ist zum Teil auf den Rückgang des Milchviehes und die Aenderung der Fütterungsweise des noch vorhandenen Viehes zurückzuführen, dann aber auch auf die im Jahre 1918 schon stark betriebene Nebenbeschäftigung der Landwirte unseres Gebietes.

Die Entwicklung des Gemüsebaues können wir nicht genau verfolgen, da uns die Statistik keine Zahlen darüber gibt. Vor dem Kriege hatte man den statistischen Aufzeichnungen über Gemüsebau sehr wenig Bedeutung beigelegt und sie nur bei der Bodenstatistik, die alle 11 Jahre, zum letzten Male 1913, aufgestellt wurde, berücksichtigt. Während des Krieges und vor allem in den Nachkriegsjahren suchte man den Gemüsebau immer mehr in den Kreis der Erhebungen hineinzuziehen. Aber infolge der immer größer werdenden Ungenauigkeit der Angaben der Bauern, die bei dem Gemüsebau eher etwas verheimlichen konnten als bei den übrigen Kulturarten, darf man ihr keinerlei Bedeutung beilegen. Der Gemüsebau nahm im Industriegebiet in der Hauptsache deswegen zu, weil die Gemüseproduktion nicht in dem Maße der Zwangswirtschaft unterlag, wie die anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Wohl gab es auch hier Verteilungsgesellschaften, die im Prinzip ebenso handelten wie die übrigen Kriegsgesellschaften, doch blieb dem Landwirt insofern mehr Freiheit, als das Gemüse als leicht verderbliches Produkt sehr schnell dem Konsumenten zugeführt werden muß. Allein der intensive Gemüsebau konnte sich schon infolge des Arbeiterman-

66. Landwirtschaftl. Zeitung f. d. Rheinprovinz 1918, S. 85.

gels wenig ausdehnen. Die extensive Feldgemüsekultur erwarb sich mehr und mehr den Markt, was ihr um so leichter war, als in der hungernden städtischen Bevölkerung der Wunsch nach Qualitätsgemüse zurückging, sie mit Gemüse jeglicher Art zufrieden war. Wie weit sie ihren Anspruch auf Güte und Geschmack zurückgeschraubt hatte, ersehen wir daraus, daß während der letzten Kriegsjahre Runkelrübenblätter als Nahrungsmittel in erheblichen Mengen auf den Märkten des Industriegebietes verkauft werden konnten. Der Gemüsebau wurde von den mittelbäuerlichen Wirtschaften meist mit wenig Arbeitsaufwand betrieben; sie säten ein Stück ihres Feldes, sei es als Stoppel- oder Vorfrucht, mit Gemüse ein, bearbeiteten das Land während der Kulturperiode sehr wenig und verkauften eben das, was gewachsen war. Ein Streben nach möglichst hohen Erträgen auf einer eng begrenzten Fläche, wie es in der intensiven Gemüsekultur üblich ist, war nicht vorhanden.[67]

4. Die indirekten Einwirkungen des Krieges auf die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes

a Allgemeines.

Neben den geschilderten Ursachen, die die landwirtschaftlichen Betriebe des Industriegebietes sehr stark beeinflußten und sie zum Teil vollständig umgestalteten, wirkten noch Faktoren ein, die weniger einen rein wirtschaftlichen Zwang zur Veränderung der Betriebsweise ausübten, als die Betriebsführung sehr erschwerten (wie z. B. die Felddiebstähle) oder auf die seelische Einstellung der Betriebsleiter zu den Dingen einwirkten. Sie nahmen ihm die Lust zur Erhöhung seiner Produktion, beschleunigten dadurch die Anpassung der Betriebe an die veränderte Wirtschaftslage und drängten zum Teil über die wirtschaftliche Notwendigkeit des Grades der Extensivierung hinaus. Diese Faktoren resultierten aus dem zunehmenden Gegensatz zwischen Stadt und Land.

b) Der wachsende Gegensatz zwischen Stadt und Land.

Die Zwangsbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte konnte die fehlenden Lebensmittel nicht ersetzen. Es entstand eine große Mißstimmung im Volke, die sich gegen die Landwirtschaft richtete, obgleich diese durch die Kriegsbestimmungen mit am härtesten getroffen war, denn während die anderen Volksschichten doch fast ausschließlich als Konsumenten die Zwangs-

67. Nach mündlichen Berichten.

wirtschaft verspürten, waren die Landwirte auch als Produzenten der Zwangswirtschaft vollständig unterstellt. Die allgemeine, schon im Jahre 1915 eintretende Mißstimmung gegen die Landwirte und die Vorwürfe über die Hinterziehung von Nahrungsmitteln sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Ergebnisse der Landwirtschaftsstatistik schon vor dem Kriege den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprachen[68]. Sie waren im Durchschnitt um 10% übertrieben. Man warf den Landwirten nur vor, sie hätten diese Mengen nicht abgeliefert. Trotzdem schon im Jahre 1915 die Fehlerquellen der deutschen Landwirtschaftsstatistik aufgedeckt worden waren, wurde dies nicht in dem Umfange der Oeffentlichkeit unterbreitet, wie es notwendig gewesen wäre. Im Gegenteil, städtisch orientierte Zeitungen fuhren fort, die Landwirtschaft für die Lebensmittelknappheit verantwortlich zu machen. Die landwirtschaftlichen Zeitungen und die mehr amtlichen Organe der Landwirtschaft, die Landwirtschaftskammern, konnten mit ihren Richtigstellungen gegen diese sich ausbreitende Propaganda gegen die Landwirtschaft nicht an. Die Folge davon war, daß ein großer Riß in der Volksgemeinschaft sich öffnete, der Gegensatz zwischen Stadt und Land immer größer wurde. Selbst die unteren Behörden, mit denen die Landwirte zu tun hatten, unterlagen dieser Massenpsychose und gerade in unserem Untersuchungsgebiet hatten die Landwirte die Folgen dieser Propaganda sehr stark zu spüren. Die Beamten der Kommunalverbände traten hier den Landwirten besonders verständnislos entgegen. Gewiß mußten sie, um ihre schwere Aufgabe erfüllen zu können, darauf bedacht sein, die Agrarprodukte ihres Bezirkes restlos für die öffentliche Verteilung heranzuziehen, aber sie vergaßen ihre Verpflichtung zur Unparteilichkeit, nahmen offensichtlich Stellung gegen die Landwirtschaft und untergruben durch ihre Ausdrucksweise den Landwirten gegenüber ihre unverständlichen Anordnungen und ihre oft sich wiederholenden in jeder Weise unfeinen Kontrollverfahren das Vertrauen der Landwirte zum Staate immer mehr[69].

In der Bevölkerung unseres Gebietes hatte die entstehende Mißstimmung anfangs zur Folge, daß die in gewerblichen Betrieben arbeitende Bevölkerung ihre freie Zeit nicht mehr zu Arbeiten in den benachbarten landwirtschaftlichen Betrieben verwendete. Später hielt sich die Bevölkerung für berechtigt, dem Landwirt die Frucht vom Felde zu nehmen. Die Felddiebstähle

---

68. v. Batocki, Die Preisbildung im Kriege. (Beiträge zur Kriegswirtschaft Heft 1, S. 1 ff.)

69. Nach mündlichen Berichten.

nahmen von Jahr zu Jahr zu und wurden von der städtischen Bevölkerung nicht mehr als unrecht empfunden.

c) Die Felddiebstähle.

Wir haben gesehen, daß ein sehr großer Teil der Bevölkerung des Industriegebietes im Nebenberuf Landwirtschaft betrieb. Neben einem Stück Gartenland, das sie bearbeiteten, hielten sich sehr viele, vor allem die Bergleute, ein oder zwei Schweine für den eigenen Bedarf. Die Futtermittelknappheit erschwerte ihnen während des Krieges das Schweinemästen. Sie schafften sich daher Schafe oder Ziegen an. Besonders letztere wurden sehr bevorzugt.

So stieg die Zahl der Schafe von 10616 1913 auf 28770 im Jahre 1921. Die Zahl der Ziegen von 36082 auf 59453. Vom Jahre 1921 an ist dann wieder eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen[70].

Die Mehrzahl derjenigen, die sich ein Stück Vieh zulegten, hatte nicht das nötige Wiesen- und Weideland zur Verfügung, um die Tiere ernähren zu können, sondern war gezwungen, sich Land zu pachten. Der Landwirt schätzte seine Grünflächen natürlich von Tag zu Tag höher ein, da sie ja zur Hauptfutterquelle seines Viehes geworden waren. So trat auch hier der von Tag zu Tag zunehmenden Nachfrage ein immer kleiner werdendes Angebot gegenüber. Zu einem Ausgleich dieser Relation kam es infolge des staatlichen Eingriffes durch Festsetzung der Höchstpreise für Kleinpachtungen nicht. Das Ergebnis dieser Maßnahmen war, daß weitaus der größte Teil der Landsuchenden nicht befriedigt werden konnte., Sie suchten die Ernährung ihres Viehs das sie keinesfalls wieder abschaffen wollten, auf illegalem Wege zu ermöglichen. Die Landwirte, die diese Entwicklung voraussahen und wenigstens ihre nächsten Nachbarn mit dem gewünschten Lande ausstatteten, um dadurch Diebstählen dieser Leute zuvorzukommen, sahen sich insofern getäuscht, als sich diese mehr Tiere zulegten, als das gepachtete Land ernähren konnte und infolgedessen auch das fehlende Futter stahlen. Diese Diebstähle wurden in den letzten Kriegsjahren mit größter Dreistigkeit ausgeführt. Die Presse, der Hunger, die Habsucht und eine schwache Regierung ließen den Eigentumsbegriff immer mehr entschwinden. Dazu kam, daß die Tiere ja aus ganz anderen Motiven gehalten wurden, als in den ruhigen Tagen des Friedens. Da waren Kaninchen, Schafe, und Ziegen immer mehr Luxusgegenstände gewesen. Gewiß nahm man die Produkte, die sie lieferten, ent-

---

70. Preuß. Statistik, Band 252, S. 9. 75, 78, 111, 114, Bd. 260, S. 9 und 10. Aus d. Mat. d. pr. stat. Landesamtes. Zeitschrift des pr. stat. Landesamtes 61. Jahrg. S. 146, 62. Jahrg. S. 280.

gegen; der Hauptgrund des Haltens bestand indessen darin, daß sie Abwechslung in der Tätigkeit und dadurch Erholung verschafften. Konnte man ihre Erzeugnisse doch viel bequemer und mit weniger Arbeitsaufwand vom Markte beziehen. So wurden die Haustiere weniger zur Erlangung wirtschaftlicher Güter als zur Beschaffung von Genüssen ideeller Natur gehalten. Daher war es auch selbstverständlich, daß der Eigentümer sich eine gute und sichere Futterquelle verschaffte. Gewiß mag es auch einige gegeben haben, die das Futter stahlen, aber doch kann man im allgemeinen sagen, daß der Felddiebstahl vor dem Kriege im Vergleich zur Kriegs- und Nachkriegszeit eine geringe Rolle gespielt hat.

Die Felddiebstähle erstrecken sich nicht nur auf die Produkte, die dem Kleinvieh als Nahrung dienen konnten, sondern auch auf Kartoffeln und Gemüse. Besonders Kartoffeln wurden in großen Mengen gestohlen.

5. Die Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebsführung und der Produktionsrichtung der Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

a) Der Uebergang zur Bedarfswirtschaft.

Wie handelte der Landwirt unter diesen Verhältnissen?

Wir sahen, daß die durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Umwälzungen einen großen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe im Industriegebiet auflösten, alle in ihrer Form und Produktionsrichtung veränderten. Die kleineren Leute, die die Landwirtschaft nur im Nebenberuf ausüben konnten, sorgten vorwiegend für ihren eigenen Bedarf. Ein Interesse an der Produktion hatte die Landwirtschaft überhaupt nur soweit, als sie die Erzeugnisse ihres Hofes für den eigenen Haushalt oder ihr Vieh verwerten konnte. Die Landwirte wurden in jeder Weise „Selbstversorger". Wir erwähnten bereits, daß sie mehr und mehr dazu übergingen, das Brot für den eigenen Haushalt aus eigenem Korn herzustellen. Die noch vorhandenen Backöfen setzte man wieder in Stand, wo keine mehr vorhanden waren, wurden entweder neue errichtet oder man gab einem benachbarten Bäcker das Mehl — entweder schon geknetet oder im Rohzustande — aus dem er das Brot herstellte. Die Selbstversorgung erstreckte sich aber noch auf andere Bedarfsartikel. So wurde z. B. der Hafer vielfach zu Mehlspeisen verarbeitet, in geringem Umfange wurde auch Flachs zur Herstellung von Stoffen angebaut. Doch war die Umformung zur Hauswirtschaft durch die Kriegsgesetze, die sich auch auf diese Erzeugnisse erstreckten, gehemmt. Festere Formen der

neuen Wirtschaftsweise entstanden erst nach dem Kriege, als die Zwangswirtschaft wenigstens für diese Produkte aufgehoben war und die Landwirte allmählich ihre Verarbeitung wieder erlernt hatten.

Erst in zweiter Linie stand die Versorgung der übrigen Bevölkerung. Die kleineren Betriebe waren den Verhältnissen nicht mehr gewachsen. Sie konnten nicht soviel produzieren, um ihre Familie zufriedenzustellen und waren deshalb gezwungen, einen Teil ihrer Arbeitskraft anderweitig zu verwerten. Wo in den mittleren und größeren landwirtschaftlichen Betrieben in den letzten beiden Kriegsjahren noch Interesse an der Produktion über den Hausbedarf hinaus vorhanden war, kamen die Erzeugnisse in den Schleichhandel, der in unserem Untersuchungsgebiet sehr verbreitet war.

b) Der Kriegswucher und die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

Der Landwirtschaft wird noch heute der Vorwurf gemacht, sie habe durch ihren Kriegswucher unseren Zusammenbruch herbeigeführt. Gewiß hat die deutsche Landwirtschaft gegen die Gesetze des Staates verstoßen; man kann von einer Schuld des Bauerntums sprechen. Ob aber der Bauer der allein Schuldige war, ist eine andere Frage. Die Entstehung des Schiebertums beruht auf dem großen Mißverhältnis zwischen Produktion und Bedarf an Nahrungsmitteln. Die Regierungspolitik suchte durch Höchstpreise die natürliche Marktrelation, die sich auf das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage einspielte, zu durchkreuzen, und die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse so niedrig zu halten, daß die Produktionskosten nicht annähernd gedeckt wurden. Die Folge davon war, daß die Landwirtschaft ihre Produktion nicht vermehrte, die vorhandenen Nahrungsmittel den Bedarf nicht deckten und die Menge der dem Einzelnen zugewiesenen Nahrungsmittel zu niedrig war. Der Städter suchte seinen Nahrungsmittelbedarf auf jede Weise zu befriedigen. Er bot, je knapper die Nahrungsmittel wurden, um so höhere Preise für die einzelnen Produkte. Viele deckten sich, soweit es ihnen möglich war, mit den notwendigen Lebensmitteln ein. Es entstand das „Lebensmittelhamstern".

Von Seiten der Nachfrage wurden somit alle Mittel angewendet, um die verlangten Nahrungsmittel zu erlangen. Die ungleichmäßigen Einkommen ermöglichten es den Glücklichen mit höheren Gehältern und den reichen Schichten, Preise für die Lebensmittel zu bieten, die weit über den gesetzlich festgelegten standen. Die Käufer überboten sich überall, wo mehrere auf einen Gegenstand reflektierten. Diese Tatsache, die psychologisch sehr wohl zu ver-

stehen ist, erhöhte die Preise gewaltig. Der Landwirt widerstand anfangs dem Ersuchen der Käufer, da er zuerst sehr schwer gegen die gesetzlichen Bestimmungen ankämpfen mußte; auch spielte während der ersten Zeit das Gefühl für die Allgemeinheit noch eine Rolle. Aber allmählich wurde er mürbe. Das Drängen der Städter verstärkte sich mit dem Anwachsen unserer Not. Die starken Vermögensneubildungen ließen manchen so hohe Angebote machen, daß der Landwirt schon darauf einging. Die Kriegsgesetze verloren ihr Gewicht einmal, weil sie zu tief in die landwirtschaftliche Tätigkeit einschnitten und das Wirtschaften in so enge Grenzen zwangen, daß der Landwirt sie übertreten mußte, zum anderen dadurch, daß die Beamten selbst versuchten, auf illegalem Wege Lebensmittel zu erhalten, wodurch sie die Autorität des Staates untergruben. Mit den Gegenständen, die sehr schnell hergestellt und verzehrt werden mußten, wie z. B. Milch und Butter begann es. Später wurde Fleisch und Brotgetreide in erheblichem Umfange in den Schleichhandel gebracht. Neben den erwähnten Ursachen waren es vor allem die Beispiele der übrigen Schichten der Bevölkerung, ihre ungerechtfertigten Vorwürfe, die den Landwirt immer mehr auf den eigenen Vorteil hinwiesen.

Gerade für die Landwirtschaft des Industriegebietes erreichte der Schleichhandel bald sehr große Bedeutung. Auf sie wirkten die Veränderungen unseres Wirtschaftslebens während des Krieges in viel stärkerem Maße ein als auf die übrigen Landwirte. Sie hatten das Elend der hungernden Volksschichten tagtäglich vor Augen, erfuhren schon frühzeitig von dem Schlemmen der Menschen, „die den Krieg verstanden". Sie wußten, daß man in gewissen Restaurants der Städte für gutes Geld alles haben konnte. Sie erhielten täglich von der infolge der Kriegsindustrie sehr konsumfähigen Bevölkerung ihrer Umgebung reichliche Angebote und konnten auch viel leichter die Waren auf dunklen Wegen ihren Abnehmern zuführen, als die Landwirte in ländlichen Gegenden.

In der Nachkriegszeit sind z. B. bei alten ehrwürdigen Bauernfamilien des Industriegebietes regelrechte Schlächtereien aufgedeckt worden, die eine Unmenge von Fellen enthielten. Da gerade das Vieh infolge seiner ständigen Bewegung nicht so genau kontrolliert werden konnte wie die landwirtschaftlichen Produkte, war es für den Schleichhandel besonders geeignet.

Der Schleichhandel hätte einen noch größeren Umfang angenommen, wenn der Krieg den Landwirten des Industriegebietes nicht eine Arbeitsgelegenheit verschafft hätte, die sie ihrem Betriebe anpassen konnten und die ihnen Aussicht auf hohen Verdienst gab. Dies war die im Industriegebiet unter dem Namen „Kohlenfahren" bekannte Beförderung der Kohle mit Pferdegespannen.

6. Das landwirtschaftliche Nebengewerbe.

Der Krieg brachte uns neben der Lebensmittel- und Kleiderstoffknappheit auch einen Mangel an Heizungsmitteln, der aber weniger auf das tatsächliche Fehlen der Heizstoffe als auf die ungenügende Zahl der Transportmittel zurückzuführen war. „Während in den Städten die Menschen froren, mußten in den Bergwerksbezirken tausende von Zentnern Kohle auf die Halden der Zechen gebracht werden.“[71]

Um diesen Uebelständen abzuhelfen, sah sich die Regierung im Jahre 1917 gezwungen, die öffentliche Bewirtschaftung auch auf die Kohlen auszudehnen. Durch die Verordnung vom 28. Februar 1917 (R. G. Bl. S. 193). wurde ein Reichskommissar für die Kohlenverteilung ernannt, der neben dem Kohlenverbrauch den Kohlentransport zu den Konsumstätten in der Weise regelte, daß die Kohlenförderung per Bahn und Schiff in Zukunft in der Hauptsache nur für weitere Strecken in Frage kommen sollte; innerhalb der Kohlenabbaugebiete und ihrer näheren Umgebung sollte der Kohlentransport dagegen in erster Linie von Pferdegespannen — im Wege des Landabsatzes — vorgenommen werden. Durch diese Maßnahmen hatte man eine Kohlenbeförderungsart wieder ins Leben gerufen, die von dem Kohlenkahn und der Eisenbahn vor dem Kriege fast gänzlich verdrängt worden war.

Der Kohlenabsatz im Wege des Landabsatzes[72] belief sich im Jahre 1913 auf 863225 t = 0,89 % vom Gesamtabsatz des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikates, 1918 auf 1285524 t = 1,5 % und 1919 auf 1883885 t = 3 %, um dann in den folgenden Jahren wieder zurückzugehen. 1922 betrug er nur noch 1605605 t = 1,8 % des Gesamtabsatzes.

Da es in der Kriegszeit an den nötigen Spann- und Arbeitskräften fehlte, konnte sich diese Art des Kohlentransportes nur sehr langsam entwickeln. Die unbefriedigte Nachfrage nach Fahrzeugen hatte eine Steigerung der Frachtkosten zur Folge, die einzelne Landwirte veranlaßte, in ihrer freien Zeit Kohlenfuhren zu übernehmen. Die gute Erwerbsquelle zog immer mehr Landwirte zu dieser Tätigkeit. Nach und nach schafften sich die Besitzer kleinerer lanwirtschaftlicher Betriebe ein Pferd an und fuhren Kohlen. Immer bewußter stellten sie sich auf diese Beschäftigung ein. Die Zunahme des Landabsatzes in den Jahren 1917 und 1918 ist ausschließlich darauf zurückzuführen daß die Landwirte sich in weitestem Ausmaße mit dem Kohlentransport befaßten. Nach Kriegsende stieg die Nachfrage nach Fahrzeugen infolge der schnellen Umstellung unserer Industrie und des damit

---

71. Otto Huè, Volk in Not, S. 1 ff.

72. Nach Mitteilungen des Kohlensyndikats.

zunehmenden Kohlenverbrauchs immer mehr (vor allem nahm die Textilindustrie des südlichen Randgebietes sehr bald ihre Tätigkeit wieder auf), während die Eisenbahn durch den Verlust der vielen Güterwagen, die sie an den Feindbund abgeben mußte, nicht genügend Wagen bereitstellen konnte, wodurch der Kohlenabsatz per Bahn sehr zurückging. Diese steigende Nachfrage reizte die aus dem Militärdienst Entlassenen und die infolge der plötzlichen Einstellung der Kriegsmaterialfabrikation arbeitslos gewordenen Arbeiter zu dem Ankauf von Pferden, die sie von den von der Westfront heimkehrenden Truppen für einen Spottpreis erwarben. Das Kohlenfahren dehnte sich immer mehr aus; jüngere Zechen, die nur Bahnanschluß hatten, bauten Ladevorrichtungen für Gespanne. Doch bald überstieg das Angebot der Gespanne die Nachfrage erheblich, zumal die Automobile infolge ihrer niedrigeren Transportunkosten den Pferdegespannen scharfe Konkurrenz machten. Dieses Ueberangebot von Gespannen hatten zur Folge, daß die Frachtkosten im Verhältnis zur allgemeinen Preissteigerung gewaltig zurückgingen. So wurden in dem südlichen Teil des Industriegebietes für die Last für ein Pferd, die 24 Zentner beträgt, auf eine Entfernung von 15 km (die ein Pferd mit dieser Menge einmal am Tage zurücklegen kann) in den Jahren 1918 und 1919 durchschnittlich M 48,—, im Januar und Februar 1920 etwa M 64,— und bis Ende des Jahres 1920 etwa 86,— an Fracht pro Tag gezahlt. Die Unkosten, bestehend aus Futter- und Beschlagkosten Geschirreparaturen, Stallmiete, Abnutzungsquote für das Geschirr, die infolge der schlechten Straßen sehr hoch bemessen werden mußte usw., beliefen sich bis Dezember 1918 auf M 15,—, im Januar 1919 durchschnittlich auf M 25,—, Anfang 1920 auf M 35,— später auf M 45, pro Tag. Der Nettoverdienst machte somit bis Dezember 1918 pro Tag M 33,—, 1919 M 28,—, im Januar und Februar 1920 M 29,—, von März an etwa M 41,— aus.[73]

Nach Calver stiegen die monatlichen Ernährungskosten einer vierköpfigen Familie, berechnet nach den Friedensportionen deutscher Marinesoldaten[74] in unserem Bezirk von M 26,33 im Frieden auf M 64,19 im Jahre 1918, M 91,86 im Juli, M 116,33 im Dezember 1919, M 156,13 im Februar und M 710,40 im März 1920. Die Lebensmittelkosten wuchsen somit in der Zeit von 1918 bis März 1920 um das 11-fache, während das Nettoeinkommen beim Kohlenfahren bis Februar 1920 zurückging und im März um ein geringes gestiegen war. Diejenigen, welche sich 1918 ein Pferd zugelegt hatten und von dem Verdienst aus dem Kohlenfahren

73. Nach den Mitteilungen eines Fuhrunternehmers.

74. Calver: Monatl. Uebersichten über Lebensmittelpreise 1913 Heft 12, S. 7 und 9, 1918 Heft 12, S. 7 und 9, 1919 Heft 7 und 12, S. 7 und 9, 1920 Heft 3, S. 7 und 9.

Stallmiete und Futter bezahlen mußten, waren infolge dieser niedrigen Frachtsätze gezwungen, diese Beschäftigung allmählich wieder aufzugeben. Im Jahre 1920 wurde das Kohlenfahren mit Pferdegespannen fast ausschließlich wieder von Landwirten betrieben. Sie waren dadurch, daß sie die Futtermittel zum größten Teil in ihren Betrieben zogen und ihr Pferd durch Landarbeiten auch anderweitig ausnutzen konnten, in der Lage, zu diesen niedrigen Preisen zu fahren. Selbst in späteren Jahren, als der Autoverkehr in der Hauptsache den Kohlentransport im Landabsatz übernommen hatte, sah man in den Wintermonaten noch viele kleinere Landwirte Kohlen fahren, obgleich der Entgelt so niedrig bemessen war, daß von dem Erlös einer Tagesfuhre die Pferdeunterhaltungskosten pro Tag nicht bestritten werden konnten. Sie fuhren, um ihre brachliegenden Arbeitskräfte auf irgend eine Weise zu verwenden, ihre eigene Zeit und ihren Arbeitsaufwand rechneten sie nicht. In der ersten Zeit hat das Kohlenfahren den Landwirten reichlichen Gewinn gebracht und auch später war es noch für manchen kleineren Landwirt von Vorteil. Es ermöglichte diesem das Halten eines Pferdes. Allerdings wurde die Feldbestellung oft sehr vernachlässigt. Dies war besonders im letzten Kriegsjahr und in den Jahren 1919 und 1920 der Fall, als die Landwirte infolge der großen Verbreitung des Kohlenfahrens oft den ganzen Tag auf dem Ladeplatz warten mußten, bis sie Kohle erhielten.

II. Die Nachkriegszeit und die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industrigebietes.

1. Die neue Staatsform und die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

Mit der Untersuchung der durch den Krieg für die Landwirtschaft des Industriegebietes entstandenen Nebenbeschäftigung sind wir bereits in die Nachkriegszeit eingetreten. In ihr wirkte neben den wirtschaftlichen Zuständen vor allem die politische Umgestaltung unseres Vaterlandes auf die Landwirtschaft ein. Der Regierungswechsel traf insofern auch die Landwirtschaft unmittelbar, als durch ihn die Wahlmethode für die Wahl der Kommunalvertretungen eine andere wurde. Die Landwirtschaft unseres Bezirkes hatte vor dem Kriege trotz der starken Industrialisierung des Gebietes doch noch einen Einfluß auf die Gestaltung ihrer engsten Umgebung gehabt. In den Gemeinden führten meist die Landwirte das Siegel des Gemeindevorstehers. Auch unter dessen Beratern sowie den Amts- und Kreisvertretern befand sich mancher Landwirt. Durch die Einführung des neuen Wahlrechtes

(V. O. vom 24. 1.. 1919 Pr. Ges. Sammlg. S. 36), das sich auf die Parteien stützte, wurde der Landwirtschaft fast jede Einwirkungsmöglichkeit genommen[1]. Die Arbeiterschaft, die in unseren Bezirken 70—90 % der gesamten Bevölkerung ausmachte, kam durch dieses Wahlsystem in den Gemeindevertretungen zur Herrschaft. Die Finanzlage der Gemeinde wurde jetzt kaum noch berücksichtigt. Für Maßnahmen, die sich nur eine gut fundierte Gemeinde erlauben konnte, wurden, ohne nach Deckung zu fragen, große Summen ausgegeben. Durch diese Ausschaltung des Landwirtes aus dem öffentlichen Leben, die Unmöglichkeit, hier eingreifen zu können, gewann er natürlich keinerlei Vertrauen zu der neuen Regierung. Seine Familie war eng mit dem Boden verwachsen und litt unter der Mißwirtschaft, die getrieben wurde.

Dazu kam noch, daß die Gemeindevertretungen, soweit sie den industriellen Kreisen angehörten, ihre Parteistellung auch in ihren Amtsgeschäften durchblicken ließen und Verfügungen erließen, die von einer einseitigen Einstellung gegen die Landwirtschaft zeugten (z.B.Beschlagnahme von Lebensmittel usw.)Sie besaßen keinerlei Verständnis für landwirtschaftliche Dinge und hatten die durch den Krieg hervorgerufenen Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie noch nicht vergessen; im Gegenteil, sie suchten jetzt, wo sie am Ruder waren, die Gegensätze noch zu verschärfen. Auch wurden die Verfügungen, die der neue Staat erließ, meist in einseitigem Sinne gegen die Landwirtschaft durchgeführt. Während im Kriege die Schranken, die der Betriebsführung durch die Zwangsgesetze auferlegt worden waren, in der Hauptsache auf die landwirtschaftliche Betriebsgestaltung einwirkten, traten jetzt mehr Bestimmungen, welche die landwirtschaftlich genutzten Flächen der Betriebe betrafen, in den Vordergrund.

2. Die Siedlungsgesetze und die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

a) Bereitstellung von Gartenland.

bung auch auf die äußere Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebe in verschiedener Richtung ein. Er versuchte, jegliches Land, das zur landwirtschaftlichen bezw. gärtnerischen Nutzung geeignet war, als landwirtschaftliche Produktionsstätte zu verwenden. So wurde durch die Bundesratsverordnung vom 31 Mai 1915 (R. G. Bl

1. Landwirtschaftl. Zeitg. für Westfalen und Lippe, 1919, S. 39.

S. 210) über die Sicherung der Ackerbestellung sämtliches Ackerland, das nicht benutzt wurde, den Kommunalverbänden zur Bewirtschaftung überwiesen. Diese Verordnung galt anfangs nur bis 1915, durch B. V. O. vom 9. September 1915 (R. G. Bl. S. 757) wurde sie bis Ende 1916 verlängert. Die B. V. O. vom 4. April 1916 (R. G. Bl. S. 236) versuchte auch die städtischen Grundstücke, soweit sie unbebaut waren, zur landwirtschaftlichen bezw. gärtnerischen Nutzung heranzuziehen. Die B. V. O. vom 9. März 1917 (R. G. Bl. S. 225) über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung brachte eine Verschmelzung der beiden Verfügungen. Ihre Geltungsdauer dehnte die B. V. O. vom 23. Februar 1918 (R. G. Bl. S. 87) bis Ende 1919 aus.

Natürlich konnte durch diese Verfügung nicht soviel Land bereit gestellt werden, daß es dem Bedürfnis nach Gartenland genügt hätte. Die Folge davon war ein Ansteigen der Pachtpreise für Kleingartennutzung, sodaß sich die Regierung gezwungen sah, in Gemeinden von 10 000 Einwohnern und mehr die unteren Verwaltungsbehörden mit der Festsetzung von Höchstpreisen zu betrauen (B. V. O. vom 4. April 1916, R. G. Bl. S. 234). Diese Verordnung verursachte eine Massenkündigung von Pachtverträgen, die die Regierung durch die B. V. O. vom 12. Oktober 1917 (R. G. Bl. S. 897/98), in der sie bestimmte, daß Kleingartengrundstücke, die vor der Ueberlassung an den Pächter brach gelegen hatten, nur aus wichtigen Gründen gekündigt werden könnten, zu verhindern suchte. Rief diese Bestimmung auch in landwirtschaftlichen Kreisen Mißstimmung hervor, so wurde ihre Notwendigkeit doch grundsätzlich voll anerkannt. Während des Krieges hieß es ja vor allen Dingen, die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse unter Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte auf jede Weise zu heben. Auch wirkte ihre zeitliche Begrenzung (da sie nur für die Dauer des Krieges galten) sowie das Vertrauen in die Macht, die sie erließ, beruhigend.

Nach der Revolution änderte sich die Sachlage vollkommen. Alle Welt glaubte, daß auf dem schnellsten Wege die Sozialisierung herbeigeführt werden würde; den damals erschienenen Zeitungsnachrichten zufolge wollte man ja den Boden an erster Stelle zu Allgemeingut machen. So kann man es verstehen, daß gerade die am 4. Februar 1919 erlassene Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung (R. G. Bl. S. 179) die Landwirte sehr beunruhigte. War sie doch auch in der Form nicht recht glücklich gewählt. Sie bestimmte, daß sämtliches Kulturland, das brach lag oder in den letzten Jahren nicht ordentlich bewirtschaftet worden war, den betreffenden Kommunalverbänden für die Dauer von 6 Jahren zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Grundstückseigentümer mußten auf Anordnung der Kommunalverbände genaue Berichte über ihre Ländereien einreichen; und über das Land,

das der Kommunalverband in Bewirtschaftung nahm, hatten die Arbeiter- und Soldatenräte zu entscheiden. Auf Grund dieser Verordnung wurden gerade im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sehr viele landwirtschaftlich benutzte Grundstücke aus der Bewirtschaftung der Eigentümer genommen, und, um die Masse zu befriedigen, den Kommunalverbänden zur Verfügung gestellt. Daß in unserem Untersuchungsgebiet diese Verfügung in rigoroser Weise zur Durchführung kam, war auf die feindselige Einstellung der unteren Verwaltungsbehörden gegenüber den Landwirten zurückzuführen.

Die Kleingarten- und Kleinpachtlandverordnung vom 31. Juli 1919 (R. G. Bl. S. 1371), die im wesentlichen eine Verlängerung der während des Krieges erlassenen Pachtschutzverordnung war, erhöhte dadurch, daß sie die freie Verfügungsgewalt der Eigentümer über ihre Besitzungen noch weiter einschränkte und die Regelung der Pachtverhältnisse den unteren Verwaltungsbehörden vollständig überantwortete, den Eigentümer also mehr oder weniger ausschaltete, die feindselige Einstellung der Landwirte gegenüber dem Staate.

Diese Verfügungen waren bemüht, den durch den Krieg in der städtischen Bevölkerung erwachten Wunsch nach einem Stück Gartenland voll zu befriedigen, ohne auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen, wodurch sich diese sehr zurückgesetzt fühlte. Es war selbstverständlich, daß sich die Landwirte mehr und mehr gegen diese Beschränkungen wehrten, doch blieben alle Bemühungen ihrerseits ohne Erfolg. Die schematische Durchführung der Gesamtbestimmungen im Industriegebiet hatte zur Folge, daß mancher landwirtschaftliche Betrieb nicht organisch bewirtschaftet werden konnte. Selbst Kriegsteilnehmer, die während des Krieges gezwungen waren, einen Teil ihrer Ländereien in Gartenpacht zu vergeben, bemühten sich vergeblich, dieses Land wieder für ihre eigene Wirtschaft nutzbar zu machen. Besonders schlimm war es um die Preise für Kleingartennutzung bestellt. Sie hatten nicht etwa die Höhe wie vor dem Kriege, sondern waren von den Kommunalverbänden herabgesetzt worden, trotzdem die Geldentwertung schon 1919 durch das Anschwellen der Preise überhaupt sich bemerkbar machte. Selbst in den späteren Jahren wurden diese Preise nicht der Geldentwertung angepaßt. Man kann die Kommunalverbände selbst wohl kaum dafür verantwortlich machen, denn es währte sehr lange, bis die Erkenntnis über die Ursachen der Teuerung der Produkte sich allgemein durchgesetzt hatte. Wenn die Landwirte im Industriegebiet sich in der Folge immer mehr darum bemühten, das in Kleingartennutzung gegebene Land wieder an sich zu ziehen und es selbst zu bewirtschaften, so taten sie das nicht aus wucherischen Gründen, sondern die Notwendigkeit drängte sie dazu.

Die Landwirtschaft hat, wie jede andere Berufsklasse unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems nach dem höchsten Nutzen unter Berücksichtigung des kleinsten Mittels zu streben. Vor dem Kriege lehrte sie dieser Grundsatz die Auflösung der landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Aufteilung in Parzellenpacht, nach dem Kriege warf die Eigenwirtschaft einen höheren Ertrag als die Kleingartenpacht ab. Es wäre interessant, die Frage zu untersuchen, ob es nicht besser gewesen wäre, dem Drängen der städtischen Bevölkerung in diesem Punkte nicht soweit nachzugeben, sondern die Einspielung der Pachtpreise dem natürlichen Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu überlassen. Sicher wären die Pachtpreise dann bald so hoch geworden, daß der größere Teil der Pachtländereien wieder an ihre Eigentümer zurückgegangen wäre. Aber ob durch die dann eintretende Eigenbewirtschaftung der Landwirt, der nicht mehr wie während des Krieges unter dem Mangel an Arbeitskräften zu leiden hatte, für die Gesamtheit unseres Volkes nicht mehr Nahrungsmittel pro Hektar gezogen hätte, bleibt dahingestellt; war doch während des Krieges und in der Nachkriegszeit ein großer Teil derjenigen, die sich mit Gartenarbeit befaßten, nicht in der Lage, ihr Land ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Durch mehrfaches Befragen der Landwirte, die einen Teil ihrer Ländereien jahrweise Pächtern als Kartoffelland überlassen hatten, habe ich festgestellt, daß sich die betreffenden Stücke in den folgenden Jahren, wenn sie sie mit anderen Fruchtart, etwa mit Roggen, bestellt hatten, noch bis weit in den Sommer hinein durch geringeren Saatenstand von den Teilen, die der Landwirt selber bewirtschaftet hatte, abhoben. Auf Ländereien, die für mehrere Jahre in Kleingartennutzung gegeben worden waren, hatten die Landwirte jahrelang viel Mühe und Arbeit aufzuwenden, um sie wieder auf den Kulturstand ihrer übrigen Besitzung zu bringen.

b) Die Mieterschutzgesetze.

Auch die im Jahre 1919 erlassenen Mieterschutzgesetze hatten insofern für die Landwirte des Industriegebietes nachteilige Folgen, als sie die besonderen Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens in unserem Untersuchungsgebiet nicht berücksichtigten. War doch sehr viel Gartenland als Bestandteil des Mietsvertrages anzusehen. Bei der behördlichen Festsetzung der Wohnungsmieten wurde dieses Gartenland nicht etwa aus dem Mietsvertrage herausgenommen, sondern die Entschädigung dafür war trotz der niedrigen Mietspreise mit in der Wohnungsmiete enthalten. Bestrebungen der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen, hierin eine Aenderung herbeizuführen, blieben erfolglos, da auch vom Rechtsstandpunkte aus die Gartenpacht als ein

Teil des Mietsvertrages angesehen wurde. Erst gegen Ende des Jahres 1922 gelang es der Landwirtschaft des Industriegebietes, durch Abmachungen mit den Mieterschutzverbänden und dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk diese Verhältnisse in der Weise zu regeln, daß die Pacht für Gartenland extra bezahlt wurde[2].

c) Bereitstellung von Baugelände.

Die bisher angeführten Bestimmungen lassen die Eigentumsverhältnisse unberührt. Durch die Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919, abgeändert am 9. Dezember 1919 (R. G. Bl. S. 1908) wurden Wohnungskommissare ernannt, die befugt waren, im Wege der Enteignung die nötigen Grundstücke zu beschaffen, wenn zum Bau von Kleinwohnungen geeignetes Land nicht in genügendem Umfange auf dem freien Markt zu erwerben war. Da infolge der Inflation sich der Verkehr auf dem Grundstücksmarkt mehr und mehr einschränkte, mußte fast sämtliches Land, das bebaut werden sollte, enteignet werden. Besonders im Industriegebiet mit seiner dichten und ständig zunehmenden Bevölkerung — war doch die Einwohnerzahl der Städte über 20 000 Einwohner in der Zeit von 1910 bis 1920 um etwa 22 % gestiegen[3] — und seiner großen Wohnungsnot wurden auf diese Weise manchem Landwirt Teile seines Grundstückes genommen. Diese Maßnahmen verschärften sich durch die einheitliche Wohnungsbaupolitik des am 15. 1. 1920 (Preuß. Gesetzessammlung S. 286) ins Leben gerufenen Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, der am 3. 9. 1920 seine Tätigkeit aufnahm, noch mehr. Er war zu dem Zweck gegründet worden, 150 000 Bergleute zur Hebung der Kohlenproduktion im Industriegebiet anzusiedeln und erhielt zu diesem Zweck die Befugnis, in 311 Gemeinden die Siedlungspolitik einheitlich und in großzügiger Weise zu regeln.[4] An sich ist diese Entwicklung zu begrüßen, da die Siedlungspolitik im Industriegebiet am besten von einer Stelle aus zentralistisch betrieben wird. Es ist selbstverständlich, daß die landwirtschaftlich zu nutzende Fläche zugunsten dieser Maßnahmen verringert werden muß. Allein die Art der Enteignung bei der immer stärker werdenden Geldentwertung war keineswegs gutzuheißen. Durch sie ist mancher Landwirt an den Bettelstab gekommen! Die einzig richtige Entschädigung für enteignete Grundstücke wäre eine Entschädigung durch Land in ländlichen Gegenden gewesen, wie sie auch im Jahre 1922 allmählich eingeführt wurde.

---

2. Beschluß der Sitzung vom 26. April 1922.
3. Vierteljahrshefte, Statistik des Deutschen Reiches 1920 II S. 15.
4. Rhein.-Westfälische Zeitung v. 3. und 4. September 1920.

Diese Maßnahmen wirkten naturgemäß auch insofern auf die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten im Industriegebiet ein, als durch sie das durch den Krieg schon stark geschwächte Bestreben der Landwirte, für die notleidenden Städter möglichst viel Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, noch mehr schwand.

3. Die wirtschaftlichen Einwirkungen auf die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in der Nachkriegszeit.

Neben den erwähnten Ursachen, die die landwirtschaftliche Betriebsführung der Betriebe, die von ihnen getroffen wurden, schädigte und psychologisch fast alle Landwirte sehr stark beeinflußten, lastete in den ersten Nachkriegsjahren die Zwangswirtschaft noch sehr stark auf den Betrieben. Erst nach und nach wurde sie aufgehoben, meistens erst dann, wenn sich niemand mehr nach ihren Bestimmungen richtete. Außerdem wirkte der Verfall unserer Währung auf die landwirtschaftlichen Betriebe ein; die Landwirte des Industriegebietes wurden jedoch nicht so sehr davon betroffen wie diejenigen in rein ländlichen Gegenden, da sie ihre Produkte ihren Abnehmern persönlich übergeben und Zug um Zug ihre Waren gegen Geld eintauschen konnten. Durch den Währungsverfall wurde mancher Besitz, der vor dem Kriege unter der Hypothekenlast zusammenzubrechen drohte, entlastet und die Hypothekenzinsen, die in früheren Zeiten einen großen Prozentsatz der Betriebsausgaben ausmachten, spielten eine von Jahr zu Jahr geringere Rolle. Die Betriebsführung litt dagegen sehr unter der Inflation. Es war während der letzten Periode fast unmöglich, die Zukunftsgestaltung des Betriebes zu überblicken und für längere Zeit im voraus zu disponieren. Die Geldeinkünfte mußten sofort wieder in Sachwerten angelegt werden, wenn sie nicht unter der Hand entwertet werden sollten. Sehr viele unnütze Gegenstände sind von der Landwirtschaft erworben worden, die während der Stabilisierung zur Beschaffung des notwendigen Betriebskapitals nur mit Verlust entäußert werden konnten. Erhöht wurde die Unsicherheit der landwirtschaftlichen Produktion im Frühjahr 1920 durch die Kommunistenherrschaft im Industriegebiet, die stellenweise durch Zwangsaushebung von Pferden, Beschlagnahme von Pflanzkartoffeln und dergl. sehr tief in die landwirtschaftliche Betriebsführung eingriff.

4. Die landwirtschaftlichen Betriebe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in der Nachkriegszeit.

a) Die Viehwirtschaften.

Der Rindviehbestand des rheinisch westfälischen Industriegegebietes bewegte sich in den Jahren von 1918 bis 1923 wie folgt:

Jahr	Ueberhaupt:[5]	Kälber unter 3 Monaten:	Rinder bis zu 2 Jahren:	Kühe, Kalbinnen
1913	39 771	1717	7414	28 969
1918	37 819	1688	1060	24 082
1919	32 561	1361	8949	20 859
1920	32 319	1614	9818	20 146
1921	32 288	1359	9128	20 993
1922	27 819	1015	5714	17 810
1923	36 927	2072	7188	26 663

Setzen wir den Viehbestand in unserem Untersuchungsgebiet vom Jahre 1913 gleich 100, so gelangen wir zu folgenden Ergebnissen:

Jahr	Ueberhaupt:[5]	Kälber unter 3 Monaten:	Rinder bis zu 2 Jahren:	Kühe, Kalbinnen
1913	100	100	100	100
1914	95,3	98,3	135,7	83,2
1919	81,9	79,3	121,2	72,0
1920	81,3	94,0	132,3	69,7
1921	81,1	79,1	123,1	72,4
1922	69,8	59,1	79,8	61,4
1923	95,1	120,6	96,9	92,0

Die Zahlen zeigen uns, daß der gesamte Viehbestand bis zum Jahre 1922 ständig zurückgegangen ist. Im Jahre 1922 war die Zahl der Kälber bis zu 3 Monaten am meisten gesunken. Die Zahl der Kühe bis zu 2 Jahren, die im Jahre 1920 um etwa 32 % über den Vorkriegsbestand angewachsen war, stand im Jahre 1922 um etwa 24 % hinter dem Bestande von 1913 zurück. Die Milchkühe hatten ebenfalls einen sehr starken Verlust aufzuweisen. Der gewaltige Rückgang des Rindviehbestandes im Jahre 1922 ist in der Hauptsache der überaus schlechten Futterernte dieses Jahres zuzuschreiben. Das Jahr 1923 weist eine erhebliche Vermehrung des Rindviehbestandes auf, doch sind die für 1923 angeführten Zahlen nicht ohne weiteres mit den vorhergehenden Zahlen zu vergleichen, denn die Viehzählung für das Jahr 1923 fand im Oktober statt, während früher die Hauptviehzählung im Dezember eines jeden Jahres vorgenommen wurde. Im Oktober wird der Viehbestand immer größer sein als im Dezember, da um diese Zeit das Mastvieh des Sommers sowie das Jungvieh noch nicht als Schlachtvieh auf den Markt gebracht worden ist. Und gerade das Jahr 1923 gab dem Landwirt infolge der überaus guten Futterernte und dem für Weidegang so gut ge-

5. Einschließlich Ochsen und Bullen.

eigneten Herbst sehr wenig Anreiz zum Verkauf seines Viehs. Dann wurde in diesem Herbst das Vieh vielfach auch deswegen zurückgehalten, weil es eine sichere Kapitalsanlage war, und gerade in der letzten Periode der Inflation, die in die Monate September bis November des Jahres 1923 fiel, war es für den Landwirt sehr unvorteilhaft, Produkte gegen Geld zu veräußern.

b) Die Milchbetriebe.

Die Milchbetriebe hatten während der Inflationszeit unter denselben Bedingungen zu arbeiten wie in der Kriegszeit. Hochwertige Futterstoffe wurden noch nicht aus dem Auslande eingeführt. Die von England bei Kriegsausbruch über uns verhängte Blockade wurde nach Kriegsende zwar aufgehoben, doch waren wir infolge des Sinkens unserer Kaufkraft nicht in der Lage, die nötigen Futterstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Aber auch in anderer Hinsicht war es für die Milchbetriebe unmöglich, ihren Milchviehbestand wieder aufzufüllen. Die Zwangsbewirtschaftung der Milch und der nach ihrer Aufhebung (Bekanntmachung vom 30. 4. 1921 R. G. Bl S. 498) eingesetzte Ausschuß für die Festsetzung der Milchpreise, der unter dem Vorsitz eines Vertreters des Oberpräsidenten aus Vertretern der Konsumenten und Produzenten bestand, setzte den Milchpreis so niedrig fest, daß er nicht den Produktionskosten entsprach, wie aus folgender Uebersicht, die einen Vergleich der Steigerung des Milchpreises mit dem Anwachsen der Heu- und Strohpreise wiedergibt, zu ersehen ist:

Die Preise für Heu und Stroh (im Großhandel) und für Milch (im Kleinhandel) in Dortmund:
(in Prozent)

Jahr	Heu	Stroh	Milch	Jahr	Heu	Stroh	Milch
1913[6]	100	100	100	1913[6]	100	100	100
1919[7]				1920[8]			
Jan.	380	280	270	Jan.	1450	1100	490
April	380	280	270	April	1910	1680	800
Juli	640	340	270	Juli	1090		1200
Oktbr.	1000	320	290	Oktbr.	1610	1450	1200
1921[9]				1922[10]			
Jan.	1370	1430	1200	Jan.	4390	3400	1740
April	1480	1440	1250	April	8020	4860	3650
Juli	1780	1140	1500	Juli	59340	92900	4950
Oktbr.	3220	1060	1900	Oktbr.	23790	12640	21250

6. Preuß. Statistik, Bd. 244, S. 5 ff.
7. Preuß. Statistik, Bd. 263, S. 8 ff.
8. Preuß. Statistik, Bd. 266, S. 8 ff.
9. Preuß. Statistik, Bd. 269, S. 2 ff.
10. Preuß. Statistik, Bd. 273, S. 4 ff.

Die Viehwirtschaften betrieben deshalb in dieser Zeit in der Hauptsache Viehaufzucht.

Im Jahre 1923 trat mit der Zunahme des Milchviehbestandes eine geringe Vermehrung der Milchproduktion ein, obgleich sich die Milchpreise im Vergleich zu den Produktionskosten nicht gehoben hatten. Die Milcherzeugung wurde deshalb wieder bevorzugt, weil sie tägliche Einnahmen brachte, die bei der fortschreitenden Geldentwertung für die laufenden Ausgaben bequem verwendet werden konnten. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die nur einmal im Jahre gewonnen wurden, mußten entweder mit Arbeitsaufwand und Gefahr des Verlustes aufgespeichert oder ihr Erlös mußte in Sachwerten angelegt werden, um ihn vor der Entwertung zu schützen. Sie konnten deswegen nicht gut für die laufenden Ausgaben herangezogen werden. Man verfütterte diese Erzeugnisse auch vielfach, obgleich sie in der letzten Zeit der Inflation im Preise sehr hoch standen und bei direktem Absatz einen höheren Gewinn erzielt hätten.

Die Milchknappheit führte dazu, daß sich die Milchbeschaffungs-Organisationen der Städte mehr und mehr entwickelten. In fast jeder größeren Stadt unseres Untersuchungsgebietes wurden nach den Vorbildern von Essen, Duisburg und Dortmund „Milchversorgungen mit beschränkter Haft", eingerichtet. Es gelang, zur Beteiligung an diesen Unternehmungen neben der Kommunalbehörde als Vertreter der Konsumenten Vertreter des Handels und der Landwirtschaft heranzuziehen. Im Jahre 1919 schlossen sich die Milchversorgungen der Städte des gesamten Industriegebietes zu einem Verbande zusammen, der seine Geschäftsstelle nach Essen legte.

Im wesentlichen schritt man auf den während des Krieges eingeschlagenen Wegen der Milchbeschaffung und Milchverteilung fort. Das Milchanfuhrgebiet wurde über die holländische Grenze hinaus ausgedehnt. In einzelnen Städten errichteten die Milchversorgungen Milchhöfe, die einmal die aus den entfernteren Gegenden bezogene Frischmilch durch starkes Abkühlen für den Konsum haltbar machten und dann die in den Sommermonaten nicht abgesetzte Milch verarbeiteten.

c) Die Pferdezucht.

Nach dem Kriege legten sich viele Landwirte unseres Gebietes auf Pferdezucht. Der Krieg und das Versailler Diktat hatte den Pferdebestand Deutschlands sehr gelichtet. Die Folge hiervon war eine Preissteigerung, die die Landwirtschaft dazu anreizte, Pferde aufzuziehen. Der Pferdebestand in unserem Untersuchungsgebiet verlief während der Jahre 1918 bis 1922 wie folgt:

Jahr[11]	Pferde überhaupt	Pferde unter 3 Jahren:
1913	40 385	2 361
1918	25 448	2 100
1919	28 443	2 233
1920	28 330	2 345
1921	30 155	3 456
1922	26 831	3 759

Bei der Würdigung dieser Zahlen müssen wir berücksichtigen, daß sich nach dem Kriege der Automobilverkehr sehr verbreitete. Das Pferd verschwand aus den gewerblichen Betrieben fast vollständig. Das Jahr 1922 weist einen erheblichen Rückgang im Pferdebestand auf der darauf zurückzuführen ist, daß in diesem Jahre das Kohlenfahren nachließ. Die Zahl der Pferde unter 3 Jahre vermehrte sich dagegen von Jahr zu Jahr. Die Pferdezucht nahm bei den Landwirten des Industriegebietes einen derartigen Umfang an, daß sehr viele landwirtschaftliche Betriebe — auch kleinere Wirtschaften — ihren Rindviehbestand fast vollständig veräußerten und auf ihren Weiden nur Fohlen gehen hatten.

d) Die Ackerwirtschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in der Nachkriegszeit.

Der Getreideanbau bewegte sich in unserem Untersuchungsgebiet in den Jahren 1918—1923 folgendermaßen:[12]

im Jahre	Winter-Weizen: ha	Sommer-Weizen: ha	Winter-Roggen: ha	Sommer Roggen: ha	Gerste: ha	Hafer. ha
1918	3218	43	9118	39	1508	4925
1919	4545	59	9567	84	1512	5028
1920	3890	68	11811	31	1604	6478
1921	3501	35	8743	8	1486	5453
1922	3322	68	8872	74	1181	5609
1923	3621	39	9553	74	2185	6050

Vergleichen wir diese Zahlen mit denen der Kriegs- und Vorzeit, so sehen wir, daß der Weizen- und der Roggenbau eine geringe Steigerung im Verhältnis zu den Kriegsjahren aufzuweisen haben, aber noch nicht annähernd den Vorkriegsumfang erreicht haben. Die Gerste allein hatte im Vergleich zu der Anbaufläche vor dem Kriege erheblich zugenommen. Der Hafer ist etwas in

11. Aus dem Mat. d. Pr. Stat. Landesamtes. Zeitschr. d. Pr. Stat. Landesamtes 61. Jahrgang S. 146, 62. Jahrg. S. 280, 63. Jahrg. S. 194,

12. Preuß. Stat. Bd. 157 S. 38 ff., Bd. 263 S. 58 ff., Bd. 267 S. 58 ff., Bd. 271 S. 48 ff, Bd. 275 S. 48 ff.

seinem Anbau zurückgegangen. Daß sich der Roggen- und Weizenanbau nicht weiter ausdehnte, ist vor allem auf die Getreideumlage zurückzuführen, die eine Verlängerung der Zwangsgesetze über Brotgetreide darstellte.[13]. Der Unterschied zwischen dieser neuen Verordnung und den Kriegsbestimmungen über Brotgetreide bestand vor allen Dingen darin, daß während des Krieges jeder Landwirt verpflichtet war, sein sämtliches Getreide mit Ausnahme der Mengen für seine Selbstversorgung dem Kommunalverbande zur Verfügung zu stellen. Die Umlage wollte nur einen Teil der Brotgetreideerzeugung für die Volksernährung sicherstellen, und jeder Landwirt war verpflichtet, einen gewissen Teil, dessen Größe sich nach seinem Betriebsumfang und der Größe seiner Getreideanbaufläche richtete, der öffentlichen Versorgung zuzuführen. Der wichtigste Punkt bei der Umlage war die Preisgestaltung. Für das Umlagegetreide wurde der Preis behördlich geregelt, während der Preis des Getreides, das im Freiverkehr veräußert wurde, dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterlag.

Nun wurden im Industriegebiet die Getreidehöchstpreise auch in der Nachkriegszeit in einem schlechteren Verhältnis zu den Vorkriegspreisen festgesetzt als in den anderen Bezirken Deutschlands.

So stiegen die Umlagepreise für Roggen und Weizen in den verschiedenen Gebieten folgendermaßen:[14]

Jahr	Weizen	Roggen	Weizen	Roggen	Weizen	Roggen
	in Dortmund		Berlin—Stettin		Ostpreußen	
1913	100	100	100	100	100	100
1919	127	197	162	205	193	205
1921	387	515	464	533	518	531
1922	586	757	518	764	755	763

Dazu kam noch, daß diese Preise, die den Produktionskosten entsprechen sollten, der fortschreitenden Geldentwertung nicht angepaßt wurden und wie aus der folgenden Aufstellung zu ersehen ist — oft sehr tief unter dem Marktpreise lagen.

Vergleich zwischen Umlagepreis und Berliner Börsennotierungen:[15]

(in Goldmark für 50 kg)

	Weizen		Roggen		Hafer	
	Umlage	Berl. Börse	Umlage	Berl. Börse	Umlage	Berl. Börse
1913	—	9,94	—	8,22	—	8,11
Aug. 21	5,73	11,—	5,23	8,66	4,48	8,88
Juli 22	0,98	9,57	0,89	7,16	0,77	8,88
Okt. 22	2,—	9,18	1,87	8,36	1,68	9,07
Dez. 22	4,98	8,62	4,56	7,55	3,60	7,29

13. R. G. Bl. 1921 S. 737—750.

14. Wirtschaft und Statistik, 1921 S. 299.

15. Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang S. 17.

Diese Preisverhältnisse riefen unter den Landwirten eine große Mißstimmung hervor und nahmen ihnen alle Lust zur Vergrößerung der Anbaufläche. Das Gesetz an sich war sehr geeignet, die Landwirtschaft in sich zu spalten. Dadurch, daß jeder Landwirt der Ansicht war, er hätte mehr abgegeben als sein Nachbar, sind vielfach Streitigkeiten entstanden. Nur die landwirtschaftlichen Organisationen und die Notwendigkeit des engsten Zusammenschlusses aller Landwirte verhinderte eine Spaltung.

Nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft paßten sich die Getreidepreise sehr schnell der fortschreitenden Geldentwertung an[16]. Die hätte eigentlich eine Erweiterung des Getreidebaues im Jahre 1923 verursachen müssen. Sie erfolgte jedoch nicht, weil die Landwirte infolge der gewaltigen Preissprünge im letzten Stadium der Inflation die günstigen Getreidepreise nicht erkannten.

Der Kartoffelbau spielte während der Nachkriegszeit für die Landwirte des Industriegebietes eine ebenso geringe Rolle wie in der Kriegszeit. Seine Anbaufläche nahm während der zu betrachtenden Nachkriegsjahre im Vergleich zu der Fläche der letzten Kriegsjahre nicht zu. Die Kartoffel wurde nur für den eigenen Haushalt angebaut.

Der Futterrübenanbau vergrößerte sich in der Nachkriegszeit, wie aus folgender Uebersicht zu ersehen ist:

1913	2742 ha[17]	1921	3701 ha
1919	3012 ha	1922	3827 ha
1920	3633 ha	1923	3529 ha

Die Jahre 1918 und 1919 wiesen gegen das Jahr 1917 einen Rückgang auf. 1920 hat der Futterrübenbau den Umfang von 1917 wiederum erreicht, um dann bis 1922 weiter anzuwachsen. Die Futterrübe hatte während der Inflationszeit ihre Eigenschaft als fast einziges nahrhaftes Viehfutter für die Rinder der landwirtschaftlichen Betriebe unseres Gebietes noch nicht verloren und wurde deshalb mit Ausnahme der Jahre 1918 und 1919, die die Arbeitskräfte der Landwirtschaften unseres Gebietes in der Hauptsache für die Nebenbeschäftigung in Anspruch nahmen, mit besonderer Vorliebe angebaut.

Der Gemüsebau dehnte seine Anbaufläche in der Nachkriegszeit ebenfalls aus. Die aus dem Felde zurückgekehrten Land-

16. Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang S. 16 ff.

17. Preuß. Statistik, Band 257, S. 38 ff., Bd. 263 S. 58 ff. Bd. 267, S. 58 ff., Bd. 271, S. 48 ff. Bd. 275, S. 48 ff.

wirte legten sich, wenn ihnen das Kohlenfahren nicht behagte, meist auf die Gemüsekultur, die infolge der großen Nachfrage nach Gemüse und der durch den Krieg entstandenen Gewöhnung der Bevölkerung an gröbere Gemüsearten sehr hohe Einnahmen versprach. Allein der Gemüsebau hatte als ausgesprochener Spezialbetrieb mit einmaliger Einnahme im Jahre sehr stark unter der stetig zunehmenden Geldentwertung zu leiden.

Der Intensitätsgrad in der Landwirtschaft des Industriegebietes in der Nachkriegszeit.

Der Durchschnittshektarertrag der Landkreise Dortmund, Bochum,, Gelsenkirchen und Dinslaken:[18]

1914	100	100	100	100	100	100
1920	60	62	50	58	65	99,9
1921	82	81	83	78	62	97
1922	55	69	45	51	87	96
1923	85	84	80	94	82	102

Die angeführten Zahlen sagen uns, daß die Hektarerträge sämtlicher Fruchtarten unter denen von 1914 liegen. Das Jahr 1922 weist einen besonders tiefen Stand für die angeführten Getreidearten auf, der in der Hauptsache auf die Witterung dieses Jahres zurückzuführen ist. Am niedrigsten sind die Erträge des Brotgetreides. Die Gerste hat die größten Schwankungen aufzuweisen, sie wird in unserem Untersuchungsgebiet ebenso wie der Hafer besonders stark von der Witterung beeinflußt. Der Ertrag der Futterrübe hat bis 1922 nur einen ganz geringen Rückgang aufzuweisen. Das Jahr 1923 zeigt sogar eine Steigerung des Ertrages. Der Boden war in der Nachkriegszeit so sehr erschöpft, daß er noch nicht wieder den Ertrag von 1914 bringen konnte, trotzdem der Düngemittelverbrauch in der Nachkriegszeit in unserem Bezirk gewaltig zugenommen hat. Die Landwirte legten vielfach ihr Geld in Dünger an, um es vor der Entwertung zu schützen. Besonders intensiv wurde, wie schon erwähnt, der Futterrübenanbau betrieben, aber auch die Gerste wurde mit größerer Sorgfalt als die übrigen Getreidearten angebaut.

5. Die Selbstversorgung in der Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nach dem Kriege.

Die Landwirtschaft suchte die im Kriege begonnene Selbstversorgung in den ersten Nachkriegsjahren aufrecht zu erhalten

18. Preuß. Statistik, (vergl. Anm. 17, S. 66).

und noch auszubauen. Besonders beliebt wurde die Schafhaltung. Fast jeder Landwirt im Industriegebiet besaß ein Schaf. Dieses Haustier war infolge der Intensivierung schon fast aus allen Bauernställen verschwunden gewesen, weil man sein Erzeugnis, die Wolle, billiger vom Markt beziehen konnte; jetzt jedoch wurde es in den bäuerlichen Kreisen wieder heimisch. Aber nicht wegen der Ersparnis von Arbeitskräften, wie es auf den größeren Gütern Ostdeutschlands vielfach der Fall war, hielt man das Schaf, sondern um den Landwirtsfamilien die nötigen Stoffe für ihre Kleidung zu liefern. Aus der Viehzählung der Jahre 1918 bis 1922 entnehmen wir, daß die Zahl der Schafe im Verhältnis zum Frieden fast um das dreifache gestiegen ist.

Doch verschwand im Jahre 1923 das Bestreben der landwirtschaftlichen Bevölkerung, für die eigene Wirtschaft möglichst alle Produkte selbst zu erzeugen, mehr und mehr. Der Markt lieferte allmählich wieder alle Bedarfsartikel bequemer und billiger als der eigene Betrieb.

5. Der Ruhreinbruch und die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

Im Januar 1923 rückten die Franzosen und Belgier in das Industriegebiet ein und unterbanden das dortige Wirtschaftsleben vollständig. Die Landwirte, bei denen die feindlichen Truppen einquartiert wurden, waren in der Bewirtschaftung ihres Betriebes gehemmt. Der Feind belegte ihre Scheunen und Ställe. Einige mußten ihr Vieh verkaufen um für die feindlichen Soldaten den nötigen Raum bereitstellen zu können. Im Frühjahr und Sommer 1923 wurde durch Geländeübungen manche Kultur vernichtet. Allgemein getroffen wurde die Landwirtschaft unseres Untersuchungsgebietes durch die gewaltige Verkehrsstockung und durch die Unsicherheit, die durch die Ausschaltung des dortigen Sicherheitspolizeidienstes ständig zunahm. Die Verkehrshemmungen unterbanden in der Hauptsache den Bezug von Kunstdünger. Infolge der Ausschaltung der Polizei nahmen die Felddiebstähle wieder überhand. Die Arbeitslosigkeit hatte zur Folge, daß die landwirtschaftlichen Produkte im Industriegebiet sehr schlecht Absatz fanden. Am stärksten lastete die Besatzung doch auf der Psyche des Landwirtes. Die willkürliche Paßkontrolle und das Benehmen der französischen Truppen, die sich als Herren aufspielten, lähmten das Erwerbsstreben der Bevölkerung vollständig.

6. Zusammenfassung.

Aus unseren Betrachtungen geht hervor, daß sich die Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes während der Inflationszeit noch nicht von den Folgen des Krieges erholen konnte, ja, es traten in diesem Zeitraum neue Faktoren auf, die auf den landwirtschaftlichen Betrieb dieselben Wirkungen ausübten wie die Kriegserscheinungen, ihn mehr extensivierten und während der ersten Jahre mehr auf Selbstversorgung einstellten als vorher. Das Interesse an der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse war vollständig verloren gegangen, die staatlichen Maßnahmen in Bezug auf Gewinnung von Garten- und Baugelände sowie die Höchstpreispolitik, nicht zuletzt auch die politische Machtstellung der Industriearbeiter hatten die letzten Reste einer Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber, die noch über den Krieg hinaus in der Landwirtschaft vorhanden war, vernichtet. Auch in der Landwirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes setzte sich das mit der Revolution einsetzende Streben nach Gewinn ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit immer mehr durch. Es war zum ersten Motiv des Landwirtes geworden. Die Inflationsperiode und das „Loch im Westen" boten Gelegenheit zur Auswirkung dieses Prinzips und mancher Landwirt hat sich rege an den Schiebergeschäften beteiligt. Auch das Kohlenfahren bot reichliche Gelegenheit zu diesen Handlungen, denn in der Nachkriegszeit ging die Förderung stark zurück. Die Industrie hatte sich schnell auf die Erzeugung von Friedenswaren umgestellt und stand in vollster Blüte, die, wie wir jetzt wissen, nur eine Scheinblüte war. Sie brauchte Kohle und bezahlte für sie jeden Preis.

Auf der anderen Seite können wir in dieser Zeit einen starken Zusammenschluß der Landwirte des Industriegebietes bemerken. Sie erkannten, daß sie, wenn sie im Kampfe gegen die übrigen, ihnen feindlich gesinnten Volksschichten bestehen wollten, sich zu einer festen Organisation zusammenschließen und einheitlich vorgehen mußten. Der nach dem Kriege gegründete westfälische Landbund fand unter den Landwirten des Industriegebietes viele Mitglieder. Der Westfälische Bauernverein gründete im Jahre 1919 einen Zweckverband für die Landwirte des Industriegebietes, der sich in seiner Organisation den besonderen Verhältnissen des Industriegebietes anpaßte. Die Regierung hätte, wenn sie den Landwirten in diesen Jahren nur etwas Verständnis entgegengebracht und durch ihre Preispolitik nicht jede Regung zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe schon im Keime erstickt hätte, um die Versorgung der Großstädte mit Frischmilch und sonstigen leicht verderblichen Produkten nicht so besorgt zu sein brauchen, denn die Landwirte hatten im allgemeinen

die Lust und Liebe zu ihrem Beruf wiedergefunden. Sie erkannten jetzt die Bedeutung ihres Berufes und mancher Landwirt, der unter den Vorkriegsverhältnissen seinen Sohn einem gewerblichen Berufe zugeführt hätte, ließ ihn jetzt Landwirt werden. Die Freude am landwirtschaftlichen Berufe war allenthalben wieder erwacht, nicht aber die Freude an der Herstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für den Markt; hierfür bestanden die geschilderten Schranken. Der Grund für diese Umstellung ist neben der allgemeinen Nahrungsmittelknappheit vor allem darin zu suchen, daß die stetig zunehmende Geldentwertung eine allgemeine Entschuldung des Grundbesitzes mit sich brachte. Der Bauer konnte aufatmen und fühlte sich wieder als Herr auf seiner Scholle. Die Bodenpreisfrage lockte ihn auch nicht mehr zum Verkauf, die Papiermarkbeträge wurden durch die fortschreitende Inflation bald entwertet.

Interessant wäre es, einmal zu untersuchen, wie sich die Rentabilitätsverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe während des Krieges und der Nachkriegszeit gestalteten; allein es ist uns nicht möglich, hierfür genaue Zahlen aufzuführen, da sie nicht zu beschaffen sind.

Im allgemeinen kann man sagen, daß es der Landwirtschaft unseres Bezirkes durch die stetig zunehmende Geldentwertung, die die hypothekarische Belastung von vor dem Kriege schon an sich verringerte, und durch die Verdienste aus dem Kohlenfahren gelungen ist, ihre Schulden abzutragen. Viele Landwirte waren sogar in der Lage, auf ihrem Hofe neue Häuser und Scheunen zu errichten; die Mittel dazu hatten sie in den meisten Fällen der Nebenbeschäftigung zu verdanken. Diejenigen Landwirte, die die Kriegsverordnungen nicht übertraten und alles restlos dem Staate zur Verfügung stellten, hatten aus der Landwirtschaft keine Verdienste hervorgeholt, die anderen aber, die schon während des Krieges ihre Produkte in den Schleichhandel brachten, konnten natürlich Gewinne aufweisen.

7 Das Jahr der Stabilisierung.

Nach der Neuordnung unseres Geldwesens wurde auch das Wirtschaftsleben wieder geregelter. Für die deutsche Landwirtschaft trat bald nach der Stabilisierung der Währung eine Wirtschaftskrise ein, die in der Hauptsache auf den gewaltigen Steuerdruck und das fehlende Betriebskapital zurückzuführen war. Unsere Kapitaldecke war so kurz, daß den Landwirten nur sehr geringer Kredit gewährt werden konnte. Eigenes Kapital besaßen sie nicht, denn während der Inflationszeit hatten sie das Geld, was sie nicht sofort für die Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse oder für ihren Betrieb benötigten, in Sachwerten angelegt. Sie waren nun, um ihre Betriebsausgaben und vor allem ihre Steu-

ern bezahlen zu können, gezwungen, ihre Produkte für jeden Preis abzugeben. Es gelangten dadurch in kurzer Zeit viel mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse auf den Markt, als dieser aufnehmen konnte. Dieses Ueberangebot rief einen gewaltigen Preissturz hervor. So sanken im Frühjahr 1924 die Getreidepreise bis auf 50 % ihrer Vorkriegshöhe, während die Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel um diese Zeit fast alle über dem Friedenspreis lagen[19].

Die Landwirtschaft unseres Untersuchungsgebietes empfand anfangs diese Krise nicht so stark, da die Milch, ihr wichtigstes Erzeugnis, im Gegensatz zu dem Getreide im Winter 1923/24 einen Preis aufwies, der ab Stall 80 % über dem Friedenspreis stand, im Sommer um 30 % zurückging und im Winter 1924/25 sich um 20 % über dem Durchschnittsvorkriegspreis hielt[20].

Die günstige Milchkonjunktur veranlaßte viele Landwirte, ihren Milchviehbestand zu vergrößern. Die Zuchtpferde wurden vielfach gegen Milchkühe eingetauscht. Auch Abmelkewirtschaften wurden wieder errichtet. Es setzte bei den Landwirten eine kräftige Nachfrage nach Milchvieh ein, die zur Folge hatte, daß das Milchvieh im Preise gewaltig anstieg. So kostete z. B. im Oktober des Jahres 1924 in Essen eine Milchkuh 700—800 Mark (= 100 % über Friedenspreis), während man für Schlachtkühe nur 300—400 Mark zahlte.[21] Mit dem Anwachsen der Milchviehpreise verlor auch der hohe Milchpreis für den Betrieb mehr und mehr an Bedeutung. Die Betriebsunkosten, die an sich schon höher waren als vor dem Kriege, wurden durch das teure Milchvieh noch vergrößert, so daß der hohe Milchpreis tatsächlich keinen Gewinn abwarf. Das mit dem Anwachsen des Milchviehbestandes zunehmende Frischmilchangebot rief im Herbst des Jahres 1924 eine Absatzstockung hervor. Die Städte hatten die Verträge, die sie in den Jahren der großen Milchknappheit mit den Landwirten der Zuchtgebiete abgeschlossen hatten, noch nicht aufgehoben und waren gezwungen, diese Milch zuerst abzunehmen. Einzelne Kommunalverwaltungen — vor allem Dortmund — bezogen sogar soviel Milch aus eigenen Ställen, daß sie 50 % ihres Milchbedarfes damit decken konnten. Die neu entstehenden Milcherzeugungsstätten mußten sich ein neues Absatzgebiet suchen und stießen auf immer größere Schwierigkeiten. Die während des Krieges und der Inflationszeit erschlossenen Milchquellen lieferten dem Industriegebiet eine ausreichende Milchmenge. Die Konsumenten waren vielfach durch die lange Milchnot der Milch so

19. Skalweit: Die deutsche Agrarkrise. Wirtschaftsdienst 1924 S. 165.

20. Aus dem Material der Vereinigten Milchversorgungen Essen.

21. Nach den Wirtschaftsberichten der landwirtsch. Zeitschr.: Feld und Wald.

entwöhnt, daß sie ihren Milchverbrauch nicht vergrößerten. Zum Teil waren sie auch nicht in der Lage, die teure Milch zu kaufen, denn ihre Kaufkraft war im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich gesunken. So betrug z. B. der Reallohn eines Bergarbeiters im Industriegebiete — der wichtigsten Berufsgruppe unseres Untersuchungsgebietes — pro Woche[22].

Im Jan. 1924 M. 31,38 d. s. 83,4 % des Vorkriegseinkommens
Im Apr. 1924 M. 29,94 d. s. 88,2 % des Vorkriegseinkommens
Im Juli 1924 M. 34,02 d. s. 90 % des Vorkriegseinkommens
Im Sept. 1924 M. 33,47 d. s. 89 % des Vorkriegseinkommens

Der Winter 1924 25 hatte im Industriegebiet eine derartige Milchschwemme aufzuweisen, wie sie vor dem Kriege niemals vorhanden war. Die Vieh- und besonders die Abmelkewirtschaften gingen vielfach wieder zurück. Besonders gefährlich war dieser Konjunkturumschlag für die Betriebe, die zur Errichtung von Abmelkeställen einen Kredit erhalten hatten, der infolge der Geldknappheit mit 15- 20 % verzinst werden mußte. Sie waren niemals in der Lage, aus dem Verdienst diese Zinsen zu zahlen.

Zu dieser Milchabsatzkrise kam dann noch im Herbst 1924 die überaus schlechte Getreideernte, die gerade unser Gebiet sehr hart traf. Die gewaltige Steuerlast machte sich infolge der sich für die Landwirte unseres Gebietes immer ungünstiger gestaltenden Wirtschaftslage mehr und mehr fühlbar. Die Steuern, zu deren Errechnung meist die Vorkriegsverhältnisse zugrunde gelegt wurden (Wehrbeitragswert), belasteten die Landwirtschaft unseres Gebietes mehr als die Landwirtschaft in ländlichen Gegenden, weil der Kleinbetrieb vor dem Kriege relativ höher veranlagt worden ist und im Industriegebiet die Bodenpreise, die als Grundlage für die Veranlagung genommen wurden, erheblich über dem Ertragswert der Grundstücke standen. Die Steuern und sonstigen Abgaben entsprachen 1923 25 im allgemeinen dem Zinsbetrag, den ein Hof bei 50 %iger Belastung vor dem Kriege aufzubringen hatte[23].

So trat dann gegen Ende des Jahres 1924 eine allgemeine Depression ein, die augenblicklich noch anhält und deren Folgen noch nicht zu überblicken sind.

---

22. Wirtschaft und Statistik 1924, S. 128, 178, 241, 313, 375, 440, 512, 579 u. 643.

23. Vergl, Beckmann, Die landwirtschaftl. Krisis (Frankf. Ztg. Nr. 319 v. 30./4. 25).

Schlußbetrachtungen.

Wir sahen, daß durch den Krieg die landwirtschaftlichen Betriebe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, die einen großen Teil Rohstoffe (in der Hauptsache Futtermittel) vom Markte bezogen, aufgelöst werden mußten und sich, wenn es die ihnen zur Verfügung stehende Fläche erlaubte, auf eine natürliche landwirtschaftliche Betriebsform einstellten, andernfalls den Charakter „landwirtschaftlicher Betrieb" überhaupt aufgeben mußten. Die Landwirte waren in der Hauptsache auf die im eigenen Betrieb erzeugten Produkte angewiesen. Das Bestreben, möglichst viel Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, schwand mehr und mehr. Der Verdienst lockte sie immer weniger. Die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Produkte hemmte die Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Das Streben nach einer hoher Geldeinnahme schwand aber auch deswegen, weil sich ein wichtiger Posten ihrer jährlich wiederkehrenden Geldausgaben mit dem Steigen des Preisniveaus mehr und mehr verringerte. Dies waren die Hypothekenzinsen, die infolge der hohen Belastung der landwirtschaftlichen Grundstücke im Industriegebiet eine gewaltige Rolle spielten. Schon während des Krieges empfanden die Landwirte dies als eine Erleichterung und während der Inflationszeit belasteten die Zinsen des Betriebsausgabekonto überhaupt nicht mehr. Ebenso war es mit den Steuern und sozialen Abgaben, die zwar ziemlich hoch festgesetzt waren, aber dadurch, daß sie in entwertetem Gelde bezahlt wurden, auf die Betriebskosten kaum enien Einfluß hatten. Durch das Fortfallen dieser beiden wichtigen Posten der Betriebsausgaben waren sehr viele Landwirte in der Lage, in ihren Betrieben größere Kapitalien aus den laufenden Einnahmen zu investieren.

Wenn die Landwirtschaft im allgemeinen Gewinne erzielt hat, so ist dies weniger darauf zurückzuführen, daß sie, die Not der städtischen Bevölkerung ausnutzend, übermäßig hohe Preise für ihre Produkte forderte, als darauf, daß sich ihre Zinsleistungen verringerten und während der letzten Inflationszeit überhaupt fortfielen. Mit dem Ausfall dieser Leistungen verschwand auch die Notwendigkeit, hohe Geldeinnahmen zu erzielen. Die Landwirte konnten sich deshalb auch in höchstem Ausmaße auf

Selbstversorgung einstellen, auf ihren kleinen Flächen zwei und drei Fohlen laufen lassen, die ja erst nach recht langer Zeit verkauft werden konnten und überhaupt ihre enge Verflechtung mit dem Markt lösen. Im Sommer 1923 trat dadurch, daß die Steuern in Goldmark berechnet wurden, eine Aenderung ein, und mit der Stabilisierung war die Landwirtschaft gezwungen, sich wieder darauf einzustellen, ein möglichst hohes Geldeinkommen zu erzielen. Die Betriebsunkosten (hauptsächlich die Steuern) belasteten den Betrieb sehr hoch. Damit wurden auch wieder dieselben Motive wie vor dem Kriege für den Landwirt leitend. Er suchte wieder enge Fühlung mit dem Markt. Die Milchwirtschaften lebten auf, Kraftfutterstoffe wurden in reichem Ausmaß gekauft, auch die Gemüsekulturen entfalteten sich wieder. Das Jahr 1924 weist eine Tendenz zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe und zu engerer Verflechtung mit dem Markt auf. Doch muß die Landwirtschaft in der Nachkriegszeit unter anderen Bedingungen arbeiten als vor dem Kriege.

Vor dem Kriege hatten wir im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein gesundes, in der Entwicklung begriffenes Wirtschaftsleben. Die Industrie dehnte sich mehr und mehr aus. Die steigenden Löhne ermöglichten eine ständige Zunahme des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte.

Augenblicklich herrscht in unserem Untersuchungsgebiet eine Industriekrise. Selbst die Kohle findet keinen Absatz mehr, sodaß sehr viele Zechen stillgelegt werden müssen. Auch die Eisenindustrie kündigt schon Arbeiterentlassungen an. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist so gesunken, daß diese nicht einmal mehr die Milchmengen, die ihnen vor dem Kriege täglich zugeführt wurden, konsumieren. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse finden somit keinen Abnehmer mehr und damit ist die Höchstgrenze ihrer Produktion bereits überschritten. Die Landwirte dürfen die Erzeugung vor allem hochwertiger Produkte, wie Milch und Gemüse, nicht vergrößern. Ihre Arbeitskräfte außerhalb ihres Betriebes zu verwenden, ist ebenfalls fast unmöglich. Auch hier ist eine Aenderung eingetreten. Lohnfuhren für die Industrie kommen kaum noch in Frage. Das Automobil hat ihnen diese Verdienstquelle genommen.

Die Milchverteilung ist durch die öffentliche Regelung des Milchverkehrs dem Landwirt vollständig entzogen worden. Jeder Landwirt, auch der kleinste, kann nur noch als Milchproduzent auftreten. Er hat seine Milch an die Milchversorgungs G. m b. H., abzuliefern, die sie den Verbrauchern zuführt. Was ein kleiner Landwirt dadurch verliert, ersehen wir aus folgendem Beispiel: Ein Landwirt, der 5 Kühe hat, lieferte vor dem Kriege aus seinem Betrieb täglich 30 Liter und 50 Liter erhielt er täglich aus einem

benachbarten größeren Betrieb. Zum Transport und zur Verteilung dieser Milchmenge benötigte er täglich 3 Stunden und verdiente in dieser Zeit M 1,60, das sind im Jahre M 584,—, eine Summe, die in einem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb eine gewaltige Rolle spielt. Heute kann er die Milch nicht mehr verteilen dieser Verdienst geht ihm verloren und die Arbeitskraft, die er ganz gut auf diese Arbeit verwenden könnte, liegt brach. Er ist somit gezwungen, sich eine andere Beschäftegung zu suchen und wird meistens keine finden, die er seinem Betriebe anpassen kann.

Die Entwicklung führt somit dahin, daß diese kleineren Wirtschaften immer mehr als landwirtschaftliche Betriebe ausgeschaltet werden müssen. Arbeitsintensive Kulturen, die ohne Gespann auch auf der kleinsten Fläche mit Erfolg durchgeführt werden können, also in der Hauptsache Gemüsebau, kommen im Industriegebiet infolge der geschilderten Ursachen (sowohl wirtschaftlicher wie technischer Art) in den meisten Fällen nicht mehr in Frage. Zupachtungen von Land, um auf diese Weise spannfähig zu werden und eine Verwendung für die vorhandenen Arbeitskräfte zu finden, ist ebenfalls fast unmöglich. Die Pachtpreise sind infolge der großen Nachfrage nach Gartenpacht so hoch, daß sie über dem Ertrag liegen.

Gewiß sehen wir daran, daß vor dem Kriege landwirtschaftliche Familienbetriebe noch überall bestanden, obgleich sie eine Rentierung im üblichen Sinne — wie Avereck nachgewiesen hat — nicht mehr aufzuweisen hatten, daß es den Familienwirtschaften nicht auf die Erzielung eines hohen Kapitalzinses ankommt, sondern auf eine möglichste Ausnutzung ihrer Arbeitskraft.

Wenn man dies berücksichtigt, ist es auch zu verstehen, daß mancher Landwirt im Jahre 1921 22 noch Kohlen fuhr, obgleich er mit dem Erlös hieraus höchstens seine Pferdehaltungskosten begleichen konnte. Augenblicklich sind die Familienmitglieder, die Arbeitskräfte nicht vollständig in der eigenen Wirtschaft verwerten können, infolge der Unmöglichkeit, zeitweise Nebenbeschäftigung zu finden, die sie neben ihren Betriebsarbeiten ausführen gezwungen, sich einen anderen Hauptberuf zu suchen. Wir konnten beobachten, daß sehr viele Betriebe bis zu 6 ha, die vor dem Kriege ein Pferd besaßen und deren Leiter in der eigenen Wirtschaft arbeiteten, einen anderen Beruf ergreifen, und die Bestellung ihrer Felder durch benachbarte größere Betriebe vornehmen lassen mußten.

Die größeren Wirtschaften behalten nur einen ihrer Söhne im Betriebe, die übrigen Kinder lassen sie — oft unter den größten Entbehrungen — einen anderen Beruf er-

lernen. Unter diesen Verhältnissen ist es zu verstehen, daß schon sehr oft wieder bei den Landwirten des Industriegebietes der Wunsch lautbar wird, ihren Hof zu verkaufen, zumal die Bodenpreise im vergangenen Jahre durchweg den Vorkriegspreisen entsprachen.

Der Krieg hatte die Entwicklung zur Auflösung der landwirtschaftlichen Betriebe unterbrochen, doch nach der Stabilisierung setzte diese Tendenz mit erneuter und verstärkter Kraft ein, und sie zu hemmen wird unmöglich sein; es handelt sich vielmehr darum, den Landwirten des Industriegebietes, soweit sie noch Lust zur Landwirtschaft haben, dabei behilflich zu sein, sich in rein landwirtschaftlichen Gegenden einen Hof zu kaufen.

Literaturverzeichnis

Aereboe, Frdr., Die Landwirtschaft und der Krieg. Zschr. d. L. K. f. Schlesien 1916, S. 100, 144.

—, Die Anpassung des landwirtschaftlichen Betriebes an die besonderen Verhältnisse des Krieges. Ebenda 1915, S. 5, 24.

—, Preisverhältnisse landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Beiträge zur Kriegswirtsch.). Berlin 1916.

—, Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre, 4. Aufl. Berlin 1919.

Arnold, Zur Frage der Milchversorgungen der Städte, Jena 1911.

Altkemper, J., Die Landwirtschaft im Kreise Recklinghausen und Gelsenkirchen unter dem Einfluß der Industrie, Bonn 1905.

Avereck, W., Die Landwirtschaft unter dem Einfluß von Bergbau und Industrie im rheinischen Ruhrkohlengebiete, Leipzig 1913.

Brödermann, Die Landwirtschaft im Kriege und in der Zukunft, Mecklenburg, landw. Wochenschr. 1917, S. 179—183.

Backhaus, A., Kriegsleiden der Provinz Ostpreußen, Nachr. a. d. Klub der Landw, zu Berlin 1915, Nr. 588, S. 5554—59.

v. Batocki, Die Preisbildung im Kriege, (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Berlin 1916.

Brinkmann, Th., Die Oekonomik des landwirtschaftlichen Betriebes (Grundriß der Nationalökonomik) Tübingen 1922.

—, Die Stellung des Abmelkebetriebes in der neuzeitlichen Landwirtschaft, (Frühligs Landw. Zeitg., Heft 13, 1914).

Calver, Monatliche Uebersichten über Lebensmittelpreis Berlin 1913, 1918—1922.

Dade, H., Die deutsche Landwirtschaft nach dem Kriege, Oldenburg. Landw.-Blatt, 1918, S. 401, 418.

—, Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft während des Krieges. Landw. Annalen d. Mecklenburg. Vereins 1915, S. 319, 326, 334.

—, Lage der Landwirtschaft im 2. Kriegsjahr (Landw. Wochenschrift f. d. Provinz Sachsen 1916, S. 2—6, 13—16.)

—, Die Aufgaben der Landwirtschaft nach dem Kriege, Landw. Jahrbuch f. Bayern, Jahrg. 7, 1917, S. 1—13.

Dtsch. Landwirtschaftsrat, Uebersicht über die amtlichen Maßnahmen während des Krieges, Berlin 1914—1916.

Esslen, J. B., Die deutsche Landwirtschaft in: Schriften d. Ver. f. Sozialpolitik Bd. 155, 1916, S. 191—245, (Teil I.)

Fröhlich, W., Einfluß sonstiger Kriegswirkungen auf den Landwirtschaftsbetrieb. Jahrb. d. DLG., Jg. 32 1917, 213—218.

Görtz, H., Ueber die Landwirtschaft im Kreise Cleve, Landw. Jahrb. Bd. 51, 1917, S. 175—296.

Grossmann, Düngemittel im Kriege 1917 (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Berlin 1917).

Hochrattel, H., Der Einfluß des Krieges auf die Landwirtschaft. Amtsblatt d. L.-K. f. d. Bez. Wiesbaden 1916, S. 7—11.

Krämer, H., Die Landwirtschaft und der Krieg in: Deutsche Naturwissenschaft, Technik und Erfindungen im Weltkriege, Herausg. v. B. Schmidt, München-Leipzig 1919.

Huè, Otto, Volk in Not, Dortmund 1918.

Hundt, Die Steinkohlenformation des Ruhrkohlenbeckens (Festschrift zum 8. Allgem. Dtsch. Bergmannstage, Dortmund 1904).

Kranold, H., Der Krieg und die deutsche Landwirtschaft Sozialistische Monatshefte 1918, Jg. 24, S. 321—28.

Landw. Zeitung für Westfalen u. Lippe, Münster 1914—24.

Landw. Zeitung für die Rheinprovinz, Bonn 1914—1924.

Landw. Versuchsstation der Prov. Westfalen, Die Beschädigung der Vegetation durch Rauch mit besonderer Berücksichtigung des rhein.-westf. Industriegebietes, Münster 1915.

Leinert, R., Krieg und Landwirtschaft, Die Neue Zeit 1918, Jg. 36, Bd. 1, S. 265—72.

Linneweber, G., Die Landwirtschaft in den Kreisen Dortmund und Hörde unter dem Einflusse der Industrie (164 S.) Stuttgart 1909.

Meyer, Lothar, Beeinflussung der deutschen Landwirtschaft durch den Krieg. Konservat. Monatsschrift, Jg. 74, 1917, S. 342—354.

Nasse, W., Der Rhein als Wasserstraße, Tübingen 1903.

Niklas, Die Entwicklung der Viehbestände während des Krieges. (Beiträge zur Kriegswirtschaft), Berlin 1916.

Reinecke, W., Die Entwicklung des bäuerlichen Erbrechtes von 1815 bis 1912 (Beiträge zur Gesch. des westfäl. Bauernstandes), Berlin 1912

v. Rümker, Der Krieg und die deutsche Landwirtsch. Illustr. landw. Zeitg. 1915, S. 97.

— und Warmbold, Kriegsmaßnahmen für Ackerbau und Viehzucht (26 S.) Berlin, Barey 1915.

Steinberg, J., Krieg und Landwirt (34 S.) Bonn, Marcus und Weber (Deutsche Kriegsschriften S. 27).

Sedlmayr, Krieg u. Landw., Wiener ldw. Ztg. 1916, S. 39, 45.

Strehlow, Die Boden- und Wohnungsfrage des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Essen 1911.

Schulze-Briesen, Die Genossenschaft zur Regulierung der Vorflut und der Abwässerreinigung im Emschergebiet, Kattowitz 1907.

Skalweit, Die Viehhandelsverbände in der Kriegswirtschaft. (Beiträge zur Kriegswirtsch.) Berlin 1916.

Wygodzinski, W., Die rheinische Landwirtschaft in: Die Rheinprovinz 1815—1915, Bonn, Marcus und Weber, S. 250—300.

Wirtschaft u. Statistik, Berlin 1921.
Warmbold, Futtergetreide im Kriege (Beiträge zur Kriegswirtsch.) Berlin 1916,
Schossmann, Viehhandel und Milchregulative, Wiesbaden 1919.
Statistik des Deutschen Reiches, Band 209, 212, 265.
Vierteljahrs-Hefte: Statistik d. Dt. Reiches Berlin 1920.
Preuß. Ges. Sammlung, Jahrg. 1898.
Preuß. Statistik, Band 234, 239, 240, 244, 246, 248, 250, 252, 257, 260, 263, 266, 269, 271, 273, 275.
Zeitschr. d. Preuß. Stat. Landesamtes. Berlin, 1919—1925.
Zitzen, Hat unsere Landwirtschaft und Agrargolitik im Kriege versagt? Deutsche landw. Presse 1917 S. 305, 311.

Lebenslauf.

Ich, Hugo Jesinghaus, wurde am 7. Juli 1898 zu Nächstebreck Kr. Schwelm/Westfalen geboren, besuchte anfangs die Volksschule meines Heimatdorfes, ging dann zur Realschule nach Schwelm und mit Obersekunda — Reife zur Ober-Realschule nach Elberfeld.

Am 11. November 1916 trat ich in den Heeresdienst und verlor am 4. Juni 1918 in Flandern auf Beobachtung durch einen Granatsplitter meinen linken Arm. Während meines Aufenthalts im Heimatlazarett machte ich die Reifeprüfung, wurde im März 1919 aus dem Lazarett entlassen, mußte aber im Jahre 1919 noch in ärztlicher Behandlung bleiben. In dieser Zeit war ich als Volontär in der Amtsverwaltung zu Hasslinghausen tätig. Ostern 1920 ließ ich mich an der Hochschule für Staats- und Wirtschaftswissenschaft in Detmold immatrikulieren, blieb dort 4 Semester und hatte während des letzten Semesters Gelegenheit gehabt, in der Lippischen Staatsbank das Bankwesen praktisch zu erlernen. Ostern 1922 ging ich zur Friedrich-Wilhelms-Universität nach Berlin, studierte dort bis Ostern 1925; seit Mai 1923 war ich bei der Roggenrentenbank tätig.

Die mündliche Doktorprüfung bestand ich am 31. Juli 1925 mit dem Prädikat „cum laude".